

2 **Aus dem Inhalt**

3 **Präambel „Original sozial – konsequent solidarisch. Kurswechsel.“**

4

5 **I. Umverteilen – Schutzschirm für Menschen**

6 **II. Sozialer und ökologischer Umbau**

7 **III. Alternativen von links – neue Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik**

8 **IV. Öffentlich statt Privat**

9 **V. Bildung ist keine Ware**

10 **VI. Kultur für alle**

11 **VII. Gleiche Rechte für alle – aktive Demokratie verwirklichen**

12 **VIII. Es ist an der Zeit – linke Politik von und für Frauen**

13 **IX. Kein Fußbreit dem Faschismus**

14 **X. Konsequent gegen Krieg**

15

16 **Präambel**

17 **Original sozial - konsequent solidarisch**

18 **Kurswechsel**

19 Mit unserem Wahlprogramm und einer zukünftig möglichst starken Fraktion im nordrhein-
20 westfälischen Landtag wollen wir die Interessen der Menschen in NRW artikulieren, die sich
21 eine andere Politik wünschen: eine Politik, in der nicht die Profite sondern die Menschen an
22 erster Stelle stehen. Deswegen fordern wir, DIE LINKE. NRW, einen radikalen Kurswechsel.
23 Das „Casino“ der Finanzmärkte muss endlich geschlossen und die Krise für einen nachhaltigen
24 Politikwechsel genutzt werden. Die politisch Verantwortlichen müssen abgewählt werden. Das
25 ist unsere Antwort auf das „Weiter so“ aller anderen Parteien. Wir fordern einen Schutzschirm
26 für die Menschen in Nordrhein-Westfalen.

27 Nordrhein-Westfalen ist mit 18 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern das
28 bevölkerungsreichste und am dichtesten besiedelte Bundesland. Das „Land von Kohle und
29 Stahl“ ist wie kaum ein anderes Bundesland von Industrie und Arbeit geprägt und daher von der
30 Wirtschaftskrise besonders betroffen. In Betrieben wie Opel geht es um tausende Beschäftigte
31 und ihre Familien. Dazu kommen weitere zigtausend Arbeitsplätze in anderen Branchen. Das
32 Ruhrgebiet ist dabei besonders betroffen: hier liegt die Arbeitslosigkeit deutlich über dem
33 Bundesdurchschnitt, einzelne Revierstädte weisen sogar eine Arbeitslosenquote auf, die doppelt
34 so hoch ist wie der Durchschnitt. Aber auch für Städte im ländlichen Raum sind die Krise und
35 der damit verbundene Abbau von Beschäftigung verheerend, denn häufig sind Betriebe
36 Hauptarbeitgeber einer ganzen Region.

37 Derzeit befinden wir uns in einer Phase, in der die Weltwirtschaft einen Absturz erlebt wie noch
38 nie seit der weltweiten Wirtschaftskrise 1929. Wir erleben eine Rezession, die aufgrund der
39 internationalen Verflechtungen des Handels und der Finanzmärkte einen globalen Abschwung
40 ungekannten Ausmaßes verursacht hat. Dabei liegen die Ursachen der Krise nicht allein in
41 irgendwelchen Exzessen gieriger Manager, sondern im System selbst. Ein massiver Einbruch des
42 Wachstums in Deutschland ist die Folge – bei allen Zahlen und Statistiken geht es letztendlich
43 dabei doch um die Lebensbedingungen von Millionen von Menschen, die sich fundamental zu
44 verschlechtern drohen. Denn die Folgen dieses kapitalistischen Raubbaus sind katastrophal. Sie
45 rufen nicht nur zunehmende Armut und Missstände hervor, sondern gefährden das Überleben der
46 Menschen und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen.

47 Das neoliberale Wachstumsmodell der Regierungen auf Bundes- und Landesebene basiert auf
48 wachsender Einkommensungleichheit sowie einer Erhöhung des Exportes und damit der
49 Vernachlässigung der Binnenwirtschaft. Mit Hartz IV, Leiharbeit und befristeten Jobs wurde der
50 gewollte Niedriglohnsektor geschaffen, der die Umverteilung von unten nach oben befördert hat.
51 Gleichzeitig verscherbelten kommunale Finanzverantwortliche öffentliches Eigentum, um einem
52 Haushaltssicherungskonzept mit all seinen Auflagen zu entkommen.

53 Das Resultat zeigt der Armutsbericht der Landesregierung (2007): die Armen wurden immer
54 ärmer, die Reichen noch reicher. Zwei Drittel aller Vermögen gehören in NRW einem Fünftel
55 der Haushalte, und die reichsten 5 Prozent davon kontrollieren allein fast 30 Prozent des
56 Gesamtvermögens. Rund 3 Millionen Menschen leben im Gegensatz dazu in Armut, und allein
57 über 500 000 Kinder wachsen in NRW unter Hartz IV Bedingungen auf. Armut trotz Arbeit oder
58 Hartz IV – zwischen diesen beiden Dingen auswählen zu müssen, darf den Menschen in NRW
59 nicht weiter zugemutet werden.

60 Gleichzeitig betrieb die schwarz-gelbe Landesregierung eine Bildungspolitik, die Kinder aus
61 sozial schwächeren Familien benachteiligt. Ihre Migrations- und Abschiebepolitik tritt die
62 Menschenwürde mit Füßen. Die schwarz-gelbe Energiepolitik ist von Lobbyisten wie RWE und
63 E.ON beeinflusst, und öffentliches Eigentum aus dem Bereich der Daseinsvorsorge wird an den
64 Meistbietenden verscherbelt. Diesem neoliberalen Mainstream haben sich auch SPD und Grüne
65 angeschlossen und sind deswegen keine Alternative.

66 Um den Auswirkungen der verheerenden Krise zu begegnen, benötigt NRW Investitionen in die
67 Zukunft. Dazu gehören der Ausbau öffentlicher Infrastruktur, öffentlich geförderte
68 Beschäftigung sowie Förderprogramme für Regionen und Branchen. Gerade NRW als
69 bedeutendstes Wirtschaftsland der Bundesrepublik Deutschland braucht eine leistungsstarke
70 produzierende Industrie, einen industriellen Kern, um Impulse für den Dienstleistungssektor, für
71 Handwerk, Wissenschaft und Forschung zu geben. Die Menschen in NRW müssen vor
72 Massenentlassungen geschützt werden. Die längst überfälligen sozial-ökologische Erneuerungen
73 der Automobilindustrie und der Energiewirtschaft müssen endlich begonnen werden.

74 DIE LINKE. NRW fordert als einzige Partei in NRW einen radikalen Politikwechsel. Wir
75 bestimmen unsere politischen Ziele für die Landtagswahl im Mai 2010 aus dem Anspruch, die
76 gesellschaftlichen Verhältnisse in NRW ändern zu wollen. Unsere linke Alternative ist der
77 demokratische Sozialismus. Wir verstehen darunter eine Gesellschaft, welche die Ausbeutung
78 von Mensch und Natur überwindet, indem sie den Einsatz der natürlichen Ressourcen sowie die
79 Produktion und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums rational, sozial gerecht, nachhaltig
80 und demokratisch regelt. Nur so kann die freie Entfaltung jeder und jedes einzelnen zur
81 Bedingung der freien Entfaltung aller werden. Wir fordern einen sofortigen Politikwechsel, der
82 in der Verteilung der Vermögen, im Ausbau der Demokratie, bei der Herstellung gleicher
83 Chancen und Rechte für alle und beim sozialen und ökologischen Umbau zum Schutz der
84 Umwelt und des Klimas eine völlig neue Richtung einschlägt.

85 **Arbeit und Reichtum umverteilen**

86 DIE LINKE. NRW ist die Partei der Umverteilung von oben nach unten. Wir kämpfen für
87 soziale Gerechtigkeit und eine solidarische Gesellschaft. Wir stehen an der Seite der
88 außerparlamentarischen Organisationen und Initiativen in ihrem Kampf um gerechte Löhne und
89 bessere Arbeitsbedingungen, gegen die Hartz-Gesetze und für eine bessere Versorgung im Alter.
90 DIE LINKE. NRW setzt sich für einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 10 Euro, für
91 das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit und gegen Lohndumping ein. Wir fordern
92 kostenlosen Zugang zu öffentlichen Einrichtungen für Erwerbslose und Einkommensschwache

93 inklusive eines kostenlosen Girokontos sowie eine solidarische Renten-, Kranken- und
94 Pflegeversicherung, in die alle Bürgerinnen und Bürger einzahlen.

95 DIE LINKE. NRW ist die Partei der Arbeitszeitverkürzung ohne Einkommensverluste. Arbeit
96 muss auf alle gerecht verteilt werden, wir fordern eine neue Zeitverfügung und –verteilung.
97 Millionen von Menschen sind erwerbslos, während Millionen andere arbeiten, bis sie umfallen:
98 diesem Irrsinn wollen wir ein Ende setzen.

99 Im Landtag NRW und außerhalb der Parlamente setzen wir uns ein:

- 100 • Für mehr Mitbestimmung im Öffentlichen Dienst: DIE LINKE. NRW hat dazu bereits
101 einen eigenen Gesetzesentwurf, den wir in den Landtag NRW einbringen werden;
- 102 • Für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich; Ziel ist es, durch eine 30-Stunden-
103 Woche die Arbeit umzuverteilen; als Tarifpartei muss das Land NRW Schluss machen
104 mit den Forderungen nach Verlängerung der Arbeitszeit für die Beschäftigten im
105 Öffentlichen Dienst;
- 106 • Für ein öffentliches Beschäftigungsprogramm für NRW mit ökologischen und sozial
107 nachhaltigen Investitionen und vollwertigen Arbeitsplätzen;
- 108 • Für Tariftreue, Mindestlohn, ökologische Kriterien und Mindestarbeitsbedingungen
109 (ILO-Kernarbeitsnormen) bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in NRW;
- 110 • Für die Wiederaufnahme der staatlichen Förderung unabhängiger Erwerbslosenzentren
111 und die Sicherung einer flächendeckenden Beratung.

112 **Mit Ökologie und Wirtschaftsdemokratie aus der Krise**

113 DIE LINKE. NRW ist die Partei des sozialen und ökologischen Umbaus. Wir wollen den
114 kapitalistischen Raubbau beenden, der zunehmende Armut und Missstände hervorbringt und das
115 Überleben der Menschen gefährdet.

116 Im Landtag NRW und außerhalb der Parlamente setzen wir uns ein:

- 117 • Für einen linken Zukunftsinvestitionsfonds NRW, der demokratisch durch die öffentliche
118 Hand gemeinsam mit betroffenen Organisationen und Verbänden kontrolliert wird und in
119 sozial und ökologisch nachhaltige Bereiche investiert. Die Vergabe der Mittel muss
120 zwingend an eine Ausweitung von Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechten der
121 Belegschaften, ihrer betrieblichen Interessenvertretungen und Gewerkschaften geknüpft
122 werden;
- 123 • Für eine neue Strukturpolitik im Ruhrgebiet: mittelfristig wollen wir den Sockelbergbau
124 erhalten. Gleichzeitig setzen wir auf eine langfristige Strategie, die genügend
125 zukunftsfähige Ersatzarbeitsplätze für die Bewältigung des Strukturwandels in den vom
126 Bergbau geprägten Städten des Ruhrgebietes schafft;
- 127 • Für ein Zukunftsinvestitionsprogramm für NRW, das die Menschen vor
128 Massenentlassungen schützt und überfällige sozial-ökologische Erneuerungen
129 ermöglicht.

130 **Neue Energiepolitik von links**

131 DIE LINKE. NRW steht für eine wirksame und sozial gerechte Umweltpolitik, die die
132 Ausbeutung von Mensch und Natur überwindet. Wir fordern ein umfassendes Programm zur
133 Förderung erneuerbarer Energien für NRW mit der Perspektive, damit den vollständigen
134 Energiebedarf zu decken. Dabei stehen wir an der Seite der abhängig Beschäftigten in den
135 Umwelt zerstörenden Anlagen: Sie haben ein Recht auf Einkommensschutz und neue
136 Arbeitsplätze. Der steigende Verbrauch von Rohstoffen, Wasser, Boden und Energie und die
137 unnötige Aufblähung der Produktion und des Konsums sowie die Produktion von nutzlosen und
138 schädlichen Produkten zerstören die Umwelt und gefährden das Klima und die
139 Lebensgrundlagen der Menschen. Alle übrigen Parteien, die darauf hoffen, dass der Markt auch
140 die Umweltzerstörung regulieren kann, versagen völlig vor der historischen Aufgabe, Umwelt
141 und Klima nachhaltig zu schützen. Die privaten Energiekonzerne in NRW, E.ON und RWE,
142 fordern überhöhte Monopolpreise und behindern die Förderung erneuerbarer Energien. DIE
143 LINKE. NRW sieht sich als Teil der Anti-AKW-Bewegung und unterstützt die Proteste gegen
144 die Castor-Transporte nach Ahaus aktiv.

145 Im Landtag NRW und außerhalb der Parlamente setzen wir und ein:

- 146 • Für dezentrale und kommunale Energieversorgungsstrukturen: die Energiekonzerne – in
147 NRW RWE und E.ON - müssen vergesellschaftet werden, ihre Netze gehören in
148 öffentliches und demokratisch kontrolliertes Eigentum;
- 149 • Für eine soziale und ökologische Verkehrspolitik mit absolutem Vorrang für den
150 öffentlichen Nahverkehr. Netzdichte, Taktzeiten und Ausstattung von Bussen und
151 Bahnen müssen verbessert werden, die Preise für Fahrkarten müssen deutlich gesenkt
152 werden. Wir fordern ein flächendeckendes Nahverkehrsticket verknüpft mit einem
153 Sozialticket für NRW;
- 154 • Für den energiesparenden ökologischen Ausbau sozialer Wohnungsgebäude, Schulen,
155 Kindergärten und anderer öffentlicher Bauten und Betriebsgebäude;
- 156 • Für den vollständigen Ausstieg aus der Atomenergie. Keine Lagerung von Atommüll in
157 Ahaus, die Urananreicherungsanlage in Gronau muss stillgelegt werden;
- 158 • Für eine industriepolitische Kehrtwende in NRW. Der Abbau von Überkapazitäten muss
159 dafür genutzt werden, Arbeitsplätze in Bereich der neuen Verkehrssysteme, der
160 ökologischen Energieversorgung und der Ressourcen schonenden Produkte zu schaffen.

161 **Öffentlich statt Privat**

162 DIE LINKE. NRW setzt sich konsequent dafür ein, dass alle Bereiche der Daseinsvorsorge in
163 NRW in öffentliche Hand gehören. In den letzten Jahren wurde öffentliches Eigentum
164 verscherbelt oder zerschlagen, den privaten Unternehmen wurden die Türen zu Schulen,
165 Universitäten und öffentlichen Einrichtungen geöffnet. Auf der Strecke bleiben die Rechte und
166 Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und die Qualität der Versorgung. Wir fordern eine
167 generelle Abkehr von der Politik „Privat vor Staat“. Energie- und Wasserversorgung,
168 Gesundheits- und Bildungswesen, sozialer Wohnungsbau und Abfallwirtschaft, öffentlicher
169 Personenverkehr und kulturelle Einrichtungen sollen uns allen gehören.

170 Im Landtag NRW und außerhalb der Parlamente setzen wir uns ein:

- 171 • Für den Erhalt der öffentlich-rechtlichen Sparkassen und gegen die Privatisierung der
172 WestLB – die Geschäfte der WestLB müssen stattdessen stärker dem Gemeinwohl
173 verpflichtet sein;

- 174 • Für den Erhalt und erneuten Ausbau kommunaler und landeseigener Wohnungsbestände
175 – auch im Innenstadtbereich mit gutem und günstigem Wohnraum für Familien mit
176 Kindern, Alleinerziehende, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung;
- 177 • Für eine Bau- und Verkehrsplanung in Städten und Gemeinden, in der Bildungs- und
178 Gesundheitseinrichtungen sowie Betreuungs- und Beratungsangebote wohnortnah und
179 verkehrsgünstig zu erreichen sind;
- 180 • Für den Erhalt von Krankenhäuser in öffentlicher Hand – Gesundheit ist keine Ware;
- 181 • Für demokratische Kontrolle durch Verbraucherinnen und Verbraucher sowie
182 umfassende Mitbestimmung der Beschäftigten in den Bereichen des Öffentlichen
183 Dienstes und der öffentlichen Daseinsvorsorge. Öffentliche Verwaltungen sind
184 Steuerungs- und Lenkungsinstrumente der Parlamente und Räte;
- 185 • Gegen die Privatisierung von Bildungseinrichtungen – Bildung gehört komplett in
186 öffentlich Hand;
- 187 • Für die Überführung des RAG-Konzerns in eine Stiftung öffentlichen Rechts, um die
188 Folgekosten des Steinkohlebergbaus zu finanzieren sowie die sozialen und kulturellen
189 Folgen des langfristigen Auslaufens zu tragen.

190 **Bildung ist keine Ware**

191 Für DIE LINKE. NRW ist Bildung ein Menschenrecht, denn Bildung befähigt die Menschen,
192 sich für die eigenen Rechte einzusetzen und sich solidarisch für andere zu engagieren. Zahlreiche
193 Expertinnen und Experten stellen der Bildungspolitik der regierenden Parteien ein katastrophales
194 Zeugnis aus: zu viel Ungerechtigkeit, Chancenungleichheit, zuviel Auslese nach sozialer
195 Herkunft, Migrationshintergrund und Geschlecht. Immer mehr Kosten und Belastungen werden
196 auf Kinder und Jugendliche sowie deren Eltern abgewälzt. Demokratische
197 Mitbestimmungsrechte von Schülerinnen und Schülern, Studierenden, Beschäftigten und Eltern
198 werden mit Füßen getreten.

199 Im Landtag NRW und außerhalb der Parlamente setzen wir uns ein:

- 200 • Für Bildung ohne Gebühren – von der Kita über die Schule und Hochschule bis zur Fort-
201 und Weiterbildung. Wir wollen die Studiengebühren in NRW sofort abschaffen und den
202 Zugang zu Kitas flächendeckend für alle ohne Gebühren gestalten;
- 203 • Für eine Schule für alle, in der alle Kinder mindestens bis zur zehnten Klasse mit
204 umfassender Ausstattung für die individuelle Förderung lernen – inklusive Lehr- und
205 Lernmittelfreiheit und kostenlosem, gesundem Schulessen für alle Kinder; dieses
206 Konzept wollen wir sofort und nicht über den Weg der Abschaffung der Hauptschule
207 umsetzen;
- 208 • Für die Abschaffung des Religionsunterrichts und die Einführung eines gemeinsamen
209 Ethikunterrichtes;
- 210 • Für ein Grundrecht auf Ausbildung und die Stärkung der betrieblichen Ausbildung in
211 NRW. Betriebe, die nicht ausbilden, müssen eine Ausbildungsumlage zahlen, um
212 fehlende betriebliche Ausbildungsplätze zu finanzieren. Die Ausbeutung von
213 Praktikantinnen und Praktikanten als billige oder sogar kostenlose Arbeitskräfte muss mit
214 gesetzlichen bzw. tariflichen Mitteln bekämpft werden;

215 • Für die Rücknahme des Hochschulfreiheitsgesetzes und die Einleitung eines
216 Studienreformprozesses, der gemeinsam mit den Studierenden Reformmöglichkeiten
217 sowie Studienabschlüsse entwickelt; die derzeitige Umsetzung des Bologna-Prozesses
218 lehnen wir ab;

219 • Für ein gerechtes Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz NRW, das mehr Beschäftigte in die
220 Lage versetzt, sich politisch und beruflich weiterzubilden. Mehr Zeit und bessere
221 Finanzierung für Weiterbildung.

222 **Gleiche Rechte für alle**

223 DIE LINKE. NRW steht für eine humane und menschenrechtsorientierte Politik. Nordrhein-
224 Westfalen ist ein Einwanderungsland, in dem 4,3 Millionen Menschen nicht-deutscher Herkunft
225 leben, knapp die Hälfte davon ohne deutschen Pass. Für sie gelten Sondergesetze, demokratische
226 Rechte werden ihnen vorenthalten – allen voran das Wahlrecht. Die herrschende Politik duldet
227 nur Einwanderinnen und Einwanderer, die einen unmittelbaren ökonomischen Nutzen haben.
228 Insbesondere Flüchtlinge, die politisch verfolgt und/oder Opfer der ungerechten
229 Weltwirtschaftsordnung sind, werden ihrer elementaren Rechte wie des Rechts auf Asyl, auf
230 Freizügigkeit, Arbeit und Gesundheitsversorgung beraubt. Sie werden in Sammellagern
231 einquartiert oder erst gar nicht mehr ins Land gelassen.

232 DIE LINKE. NRW steht für eine Politik, die allen Migrantinnen und Migranten ein selbst
233 bestimmtes Leben ohne Diskriminierung ermöglicht. Integration bedeutet für uns nicht
234 Assimilation, sondern Anerkennung und gleichberechtigte Teilhabe.

235 Im Landtag NRW und außerhalb der Parlamente setzen wir uns ein:

236 • Für ein umfassendes Wahlrecht aller hier lebenden Menschen. Die Einbürgerung muss
237 erleichtert und mehrfache Staatsbürgerschaften akzeptiert werden;

238 • Für ein wirkliches Recht auf Asyl; die Abschiebep Praxis muss gestoppt werden,
239 Sammellager und Abschiebehaftanstalten müssen aufgelöst werden. Alle Sondergesetze
240 zur speziellen Kontrolle von Menschen ohne deutschen Pass müssen abgeschafft werden;

241 • Für ein Gesetz zur nachholenden Integration auf Landesebene als dauerhafte Arbeits- und
242 Finanzierungsgrundlage von Selbstorganisationen der Migrantinnen und Migranten.

243 **Es ist an der Zeit – linke Politik von und für Frauen**

244 Kaum eine andere soziale Bewegung übt so vehement und seit langer Zeit Kritik an den
245 herrschenden Verhältnissen wie die Frauenbewegung. Sie weiß um den Skandal entfremdeter
246 Arbeit und stellt nachdrücklich die Verteilungsfrage. Und wie kaum eine andere Bewegung klagt
247 sie die Gewalt an, auch in ihren intimsten und subtilsten Formen. Sie agiert in dem klaren
248 Bewusstsein, dass das Private von jeher politisch ist.

249 Rund 800 Organisationen und Einrichtungen in NRW betreiben, überwiegend ehrenamtlich, eine
250 fundierte Frauen- und Mädchenpolitik. Die Akteurinnen sind Fachfrauen in vielen
251 Themengebieten, wahrgenommen werden sie jedoch häufig als kompetente Beraterinnen und
252 Anwältinnen für von Gewalt bedrohte Frauen. Nach unserem Verständnis ist diese engagierte
253 Frauenpolitik vor allem Menschenrechts- und Sozialpolitik, denn sie wirkt in alle
254 Lebensbereiche. In NRW müssen dafür die notwendigen Mittel zur Verfügung stehen: wir sind
255 gegen Kürzungen in diesem Bereich.

256 Im Landtag NRW und außerhalb der Parlamente setzen wir uns ein:

- 257 • Für eine Neu- und Umbewertung von Arbeit, damit alle Menschen, Männer und Frauen,
258 in den vier Bereichen tätig sein können, auf die unsere Gesellschaft angewiesen ist und
259 die sie bereichern: Arbeiten in Beruf und Erwerb, in Familie und Partnerschaft, in
260 Gesellschaft und Politik sowie für die eigene individuelle Weiterentwicklung;
- 261 • Für den Ausbau der autonomen Strukturen für Frauen und Mädchen und gegen
262 Mittelkürzungen für Frauenhäuser, unabhängige Frauenberatungsstellen und
263 Frauenprojekte;
- 264 • Für Gleichstellungsstellen mit umfassenden Mitteln und wirksamen Rechten sowie ein
265 Verbandsklagerecht von Frauenverbänden und –organisationen.

266 **Kein Fußbreit dem Faschismus**

267 DIE LINKE. NRW kämpft gemeinsam mit der antifaschistischen Bewegung, engagierten
268 Bürgerinnen und Bürgern und den Gewerkschaften gegen die Neonazis, wo immer sie sich
269 zeigen. Nur eine starke LINKE vertreibt die Rechte.

270 Im Landtag NRW und außerhalb der Parlamente setzen wir uns ein:

- 271 • Für ein Verbot der NPD und aller neofaschistischen Parteien und Organisationen. Die V-
272 Leute in der NPD müssen abgezogen werden. Ohnehin fordert DIE LINKE.NRW die
273 Auflösung des Verfassungsschutzes. Ein Parteiverbot kann aber nur ein erster Schritt
274 sein. Wir stellen uns deshalb konsequent quer überall dort, wo die Neonazis
275 aufmarschieren;
- 276 • Für den Ausbau antifaschistischer Jugend-, Kultur- und Aufklärungsarbeit, für eine
277 Demokratisierung der Gesellschaft, um rassistischem und neofaschistischem
278 Gedankengut den geistigen Nährboden zu entziehen.

279 **Konsequent gegen Krieg**

280 DIE LINKE. NRW ist die einzige im Bundestag vertretene Friedenspartei. Wir sind gegen
281 jegliche Kriegsbeteiligung und für Abrüstung. Wir lehnen In- und Auslandseinsätze der
282 Bundeswehr ab. Ihre Auf- und Umrüstung zur weltweiten Angriffsarmee muss gestoppt und
283 rückgängig gemacht werden. Militärstandorte in NRW, über die Kriegseinsätze ausländischer
284 oder deutscher Truppen geleitet oder unterstützt werden, sind zu schließen. Rüstungsprodukte
285 sind keine Wirtschaftsgüter sondern Instrumente zum Töten von Menschen. NRW muss ein
286 Land werden, in dem nicht für den Krieg, sondern für den Frieden geforscht wird. Kooperationen
287 zwischen Rüstungsindustrie und Hochschulen müssen sofort gestoppt werden. Wir lehnen
288 Werbeauftritte der Bundeswehr an Schulen und in den Arbeitsagenturen ab und fordern
289 stattdessen die Förderung und Absicherung friedenspolitischer Projekte in NRW. Darüber hinaus
290 wollen wir die aktive Rolle von Frauen in Friedensprozessen stärker berücksichtigen und
291 fördern.

292 **DIE LINKE. NRW steht für einen politischen Kurswechsel in NRW. Wir sind jedoch keine**
293 **Stellvertreterpartei und versprechen keine Wunder. Für eine starke LINKE und ein**
294 **soziales NRW benötigen wir die Unterstützung von Vielen. Ein Kreuz an der richtigen**
295 **Stelle ist hilfreich, reicht aber allein nicht aus. Deshalb ist der wichtigste Programmpunkt:**
296 **Mehr werden – in der Partei, aber auch bei Protesten auf der Straße und bei Streiks in den**
297 **Betrieben und Verwaltungen. Dann ist eine neue Politik nicht nur nötig, sondern auch**
298 **möglich.**

299 **I. Umverteilen – Schutzschirm für Menschen**

300 **1. Einen Schutzschirm für die Menschen - ein Zukunftsinvestitionsprogramm für NRW**

301 Die aktuelle Krise ist mehr als nur eine Bankenkrise, sie ist eine Krise des herrschenden
302 Wirtschaftssystems. Sie markiert den wirtschaftlichen Bankrott des Kapitalismus. Und sie offenbart eine
303 tief greifende Strukturkrise, die in NRW vor allem in der Automobilindustrie, am Beispiel Opel, und im
304 Einzelhandel, in der Verödung der Innenstädte, greifbar ist.

305 Gescheitert ist eine Wirtschaftspolitik, die sich ausschließlich an der Steigerung der Exporterfolge
306 orientiert und gleichzeitig mit sinkenden Arbeitseinkommen die Binnennachfrage ruiniert. Gescheitert ist
307 ebenso eine Arbeitsmarktpolitik, die steigende Produktivität nicht mit einer Verkürzung der Arbeitszeit
308 und einer Umverteilung der Gewinne beantwortet hat. Stattdessen werden bereits seit Jahren
309 Arbeitsplätze ersatzlos gestrichen, Menschen in Erwerbslosigkeit entlassen und so die Grundlage einer
310 gesunden, am Menschen orientierten Wirtschaft systematisch zerstört

311 Die Menschen müssen vor Massenentlassungen geschützt werden. Die lange überfällige sozial-
312 ökologische Erneuerung der Industrien - wie der Automobilindustrie und der Energiewirtschaft in NRW -
313 muss heute beginnen. Auf die Tagesordnung des Landtages gehört sofort und nachhaltig ein Netz
314 öffentlicher Zukunftsinvestitionen. Die Möglichkeiten nachhaltigen Wachstums im Dienstleistungssektor
315 und der Umbau der Industriegesellschaft in eine Gesellschaft der Dienstleistungen sowie der nachhaltigen
316 und am Bedarf der Menschen orientierten Produktion in NRW will DIE LINKE. NRW sofort auf den
317 Weg bringen – am besten noch heute.

318 Die bisher im nordrhein-westfälischen Landtag vertretenen Parteien sind nicht bereit und aus sich heraus
319 nicht in der Lage, einen solchen Schutzschirm für die Menschen aufzuspannen. Wir wollen die Menschen
320 und die Politik nicht denjenigen überlassen, die die Krise mit ihrer Profitgier heraufbeschworen haben
321 und ein „Weiter so“ predigen. DIE LINKE. NRW will im Landtag, auf der Straße und in den Betrieben
322 Druck machen. Alle finanz- und wirtschaftspolitischen Mittel müssen eingesetzt werden, um
323 zukunftsfähige Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Mit gesetzlichen Mitteln muss eine Neuordnung
324 der Wirtschaft in Gang gebracht werden, die nachhaltig die Versorgung aller, den Erhalt und Ausbau von
325 Arbeits- und Ausbildungsplätzen und das Ende von Armut, Angst und Erwerbslosigkeit sichert. Wir sind
326 nicht weiter bereit, mit Lohnverzicht, Sozialabbau und Steuererhöhungen doppelt für das falsche
327 Wirtschaftssystem zu zahlen.

328 Damit nicht wieder einzelne über das Schicksal aller entscheiden, setzt DIE LINKE. NRW dabei auf
329 mehr Wirtschaftsdemokratie und Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien. Öffentliche Bürgschaften
330 und Beteiligungen dürfen in NRW nur in Verbindung mit erweiterten Mitbestimmungsrechten der
331 Belegschaften und mit Eigentumsrechten der öffentlichen Hand vergeben werden.

332 Der Finanztopf in NRW ist geschröpft, die Spielräume sind verbaut. Um auf Landesebene
333 Wirtschaftspolitik im Interesse der Beschäftigten und Erwerbslosen zu machen, muss der Druck auf den
334 Bund erhöht werden. Ohne eine Umverteilung von oben nach unten steht der Sozialstaat vor dem Aus: in
335 NRW und im Bund. Verteilungsgerechtigkeit gehört nach ganz oben auf die politische Agenda der
336 kommenden Jahre.

337 Im Rahmen des neuen kommunalen Finanzmanagements ist ein Drittel der kreisfreien Städte von der
338 Pleite bedroht. Viele Städte und Kreise stehen bereits heute unter Haushaltsaufsicht der
339 Regierungspräsidenten: Zentrale kulturelle und soziale Dienstleistungen vor Ort sind vom Rotstift
340 bedroht. Dabei wären Zukunftsinvestitionen der Kommunen bitter nötig, um die Lebensbedingungen vor
341 Ort zu verbessern und öffentliche Nachfrage zu schaffen.

342 **DIE LINKE. NRW steht deshalb in der Wirtschafts- und Finanzpolitik für ein Konzept der**
343 **Umverteilung von oben nach unten, für Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit in Bund, Land und**
344 **Kommune.**

345 Damit sich die Lebensbedingungen der Menschen verbessern, will DIE LINKE. NRW eine aktive Rolle
346 der Politik auf allen Ebenen:

- 347 ▪ Wir fordern eine aktive Politik der Landesregierung für den sozial-ökologischen Umbau der
348 Industrie und der Energiewirtschaft;

- 349 ▪ Wir wollen die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen wiederherstellen; ein erster Schritt
350 soll ein Schuldenmoratorium für die finanzschwachen Städte sein;
- 351 ▪ Wir sind für den Erhalt der Sparkassen als öffentliche Banken und gegen die Privatisierung der
352 WestLB – die Geschäfte der WestLB müssen stattdessen stärker dem Gemeinwohl verpflichtet
353 sein;
- 354 ▪ Für uns gehen die Menschen vor, nicht die Profite der Unternehmen. Nur so kann LINKE Politik
355 glaubwürdig sein und bleiben.

356 **DIE LINKE. NRW fordert:**

- 357 ▪ Bürgschaften und Landeshilfen nur nach dem Grundsatz: Kein Geld ohne Beteiligung und
358 erweiterte Mitbestimmung. Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen
359 ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung für NRW haben, können gemäß Artikel 27
360 der Landesverfassung in Gemeineigentum überführt werden. Hiervon ist offensiv Gebrauch zu
361 machen;
- 362 ▪ Ein Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP) für NRW in Höhe von 21 Milliarden Euro jährlich.
363 Dieses Programm soll vom Bund finanziert werden. Etwa 8 Milliarden Euro sollen davon zur
364 Entschuldung der Kommunen genutzt werden. Durch Investitionen in den Bereichen
365 Infrastrukturerneuerung, Stadtentwicklung und einem öffentlichen Beschäftigungssektor sowie
366 mehr Personal im Gesundheits-, Pflege-, Sozial und Bildungsbereich können mindestens 300.000
367 Arbeitsplätze geschaffen werden;
- 368 ▪ Zur Wiederherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit überschuldeter Kommunen müssen
369 diese durch die Einrichtung eines Landesfonds eine Perspektive zur Entschuldung bekommen,
370 wie sie auch der DGB in NRW fordert. Dieser soll aus Mitteln des ZIP für NRW finanziert
371 werden;
- 372 ▪ Die Rücknahme der Beschränkungen des § 107 der Gemeindeordnung zur Wiederherstellung der
373 wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten der Städte und Kreise. Als praktischen Schritt zur
374 Rekommunalisierung der Energiewirtschaft richtet die NRW-Bank einen Sonderfonds zum
375 Schutz der Stadtwerke vor weiteren Privatisierungen und der Rückführung privater Beteiligungen
376 in öffentliches Eigentum ein;
- 377 ▪ Schutz der Sparkassen vor drohender Privatisierung durch Rücknahme der Verpflichtung zur
378 Ausweisung von Trägerkapital im Landessparkassengesetz;
- 379 ▪ Gegen die Privatisierung der WestLB. Die Landesbank muss stärker dem Gemeinwohl
380 verpflichtet werden. Die Sparkassen müssen wirtschaftlich handlungsfähig bleiben und nicht
381 weiter für die Verluste der Bank gerade stehen;
- 382 ▪ Ein Sonderprogramm zinsgünstiger Kredite, die an kleine und mittelständische Unternehmen
383 vergeben werden.

384 **2. Armut bekämpfen – gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen**

385 Der gegenwärtigen Umverteilungspolitik von unten nach oben tritt DIE LINKE. NRW mit der Forderung
386 nach einem konsequenten Politikwechsel entgegen. Wir lassen uns die Folgekosten der Bankenrettung in
387 der Wirtschaftskrise nicht als Sachzwang für Sozialkürzungen von morgen verkaufen. Armut und soziale
388 Ausgrenzung müssen bekämpft und zurückgedrängt werden.

389 NRW ist ein reiches und gespaltenes Land: Ein Land der Milliardäre und eines der wachsenden Armut
390 von Erwachsenen und Kindern, der sozialen Ausgrenzung und Obdachlosigkeit. Besonders gefährdet sind
391 Erwerbslose, kinderreiche Familien und Alleinerziehende sowie Menschen mit Migrationshintergrund. In
392 den Städten des Ruhrgebiets existieren inzwischen Stadtteile, in denen jede bzw. jeder Dritte von Hartz
393 IV lebt.

394 Während nur noch etwa 25 Prozent der Erwerbslosen das beitragsfinanzierte Arbeitslosengeld I erhalten,
395 rutschen 75 Prozent direkt in die Armutsfalle Hartz IV. Und auch mit Arbeit sind die Menschen arm,
396 denn durch die Ausweitung des Niedriglohnsektors sind die Löhne ebenfalls ins Rutschen geraten –
397 Armut trotz Arbeit ist die Folge.

398 Dabei hat die Situation der Eltern unmittelbare Auswirkungen für ihre Kinder: in NRW lebten 2007 rund
399 775.000 Kinder und Jugendliche in einkommensarmen Haushalten, davon fast 500.000 Unter-15-Jährige
400 in so genannten Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften. In unserem reichen Land ist die wachsende
401 Kinderarmut ein Skandal. Sie zu bekämpfen ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und vordringlichste
402 Aufgabe LINKER Sozialpolitik.

403 Hartz IV ist ein Bundesgesetz. Allerdings ist es Aufgabe einer sozialen Landespolitik, ihren Einfluss
404 gegen eine solche Bundesgesetzgebung zu nutzen. Es bestehen landespolitische Spielräume zur
405 Armutsbekämpfung, die konsequent zu nutzen sind. Für uns als DIE LINKE. NRW steht dabei im
406 Vordergrund: Jeder Mensch hat das Recht, in Würde zu leben.

407 Die Zumutungen von Hartz IV für Erwachsene wie Zwangsumzüge und Sanktionen müssen sofort
408 gestoppt werden. Als Sofortmaßnahme fordert DIE LINKE. NRW eine Erhöhung der Grundsicherung
409 auf 500 Euro für Erwachsene sowie eine eigene den Bedürfnissen entsprechende Grundsicherung für
410 Kinder.

411 Mobilität ist für die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft ein Grundrecht. Auf Landesebene streiten wir
412 deshalb für ein landesweites Sozialticket zur ermäßigten Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs
413 für Menschen mit wenig Geld. Erhalten wollen wir außerdem Angebote der öffentlichen
414 Daseinsvorsorge. Dem neoliberalen Dogma „Privat vor Staat“, das die schwarz-gelbe Regierung in NRW
415 konsequent umsetzt, treten wir entschieden entgegen.

416 Seit der Föderalismusreform II zählt der soziale Wohnungsbau in den Kompetenzbereich des Landes. Die
417 Landesregierung hat mit dem Verkauf der Landesentwicklungsgesellschaft LEG ihre
418 Handlungsspielräume stark eingeschränkt und stopft mit dem Erlös nun Haushaltslöcher. DIE LINKE.
419 NRW fordert, die Ausgleichszahlungen des Bundes für den Erhalt und Neubau von Sozialwohnraum zu
420 nutzen.

421 Schwarz-Gelb hat viele sozialpolitische Programme des Landes NRW gekürzt, wofür die rot-grüne
422 Vorgängerregierung nicht selten den Grundstein gelegt hat. Es droht ein sozialer Kahlschlag bei den von
423 Schließungen betroffenen Erwerbslosenzentren und -beratungsstellen, bei Schuldnerberatungsstellen oder
424 Zufluchtsstätten für Frauen in Not.

425 **DIE LINKE.NRW fordert:**

- 426 ▪ Sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse durch kommunale
427 Beschäftigungsprogramme statt 1-Euro-Jobs;
- 428 ▪ Sofortige Beendigung von Zwangsumzügen durch Orientierung der Mietpreise von Hartz IV-
429 Betroffenen an den ortsüblichen Mieten;
- 430 ▪ Einführung eines Sozial-Passes mit Sozialticket, um Menschen mit geringem Einkommen die
431 Teilhabe am ÖPNV sowie am sozialen und kulturellen Leben zu ermöglichen;
- 432 ▪ Wiedereinstieg in die Landesförderung für die 75 Erwerbslosenzentren und die 65
433 Arbeitslosenberatungsstellen in NRW;
- 434 ▪ Weiterführung und Ausweitung von Programmen der Wohnungslosenhilfe.

435 **DIE LINKE. NRW setzt sich in den Kommunen und im Land besonders ein für:**

- 436 ▪ Ermäßigte Fahrdienste für ältere Menschen in den Kommunen;
- 437 ▪ Den Ausbau von Bürgerhäusern, Jugendzentren und Altenbegegnungsstätten;
- 438 ▪ Die erneute Ausweitung von öffentlich-sozialem Wohnungsbau durch das Land und die
439 Kommunen. Dabei sind besonders die Bedürfnisse von kinderreichen, behinderten und/oder alten
440 Menschen zu berücksichtigen;
- 441 ▪ Barrierefreiheit für behinderte Menschen, integrative Kindertageseinrichtungen und Schulen;
- 442 ▪ Eine eigenständige Versorgungsverwaltung in NRW.

443 **3. Soziale Sicherheit und gesellschaftliche Teilhabe für Kinder und Familien**

444 Eine Zukunft haben Kinder in unserer Gesellschaft nur dann, wenn ihre materielle Lage, Gesundheit und
445 Sicherheit, Bildung, die Beziehungen zu Eltern, Freunden und Nachbarschaft, die Risiken im Alltag und
446 das subjektive Wohlbefinden gesichert sind. Ihnen und ihren Familien steht ein für Wohlbefinden und
447 persönliche Entwicklung notwendiger und angemessener Anteil am sozialen und kulturellen
448 gesellschaftlichen Reichtum zu. Es ist kein nebensächlicher Anspruch, sondern ein vorrangiges
449 Menschenrecht in einer demokratischen Gesellschaft, dass die Gesellschaft allen Kindern gute und
450 lebenswerte Bedingungen zur Verfügung stellt. Diese Bedingungen sollen es ihnen ermöglichen, ihre
451 Fähigkeiten und Ressourcen zu entwickeln, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft.

452 Armut ist mit vielen erheblichen gesundheitlichen Risiken verbunden, von der in besonders
453 schwerwiegender Weise Kinder betroffen sind. Regelsatzverordnung und Gesundheitsreform führen bei
454 vielen Menschen zu lebensbedrohlicher Verschlechterung in der gesundheitlichen Versorgung:
455 Zuzahlung, Einschränkung der Fahrtkosten, teurer gewordene Medikamente, Praxisgebühr, Rückgang bei
456 Mutter-Kind-Kuren und notwendige Zuzahlung für sie, Kürzung der flankierenden
457 Gesundheitsmaßnahmen auf kommunaler Ebene, Budgetierung bei Ärzten mit der Folge des Rückgriffs
458 auf Privatrezepte, Einschränkung der Medikation bei chronisch Kranken und behinderten Menschen,
459 Reduzierung der Zuschüsse für Sehhilfen, Einschränkungen bei Zahnersatz und Empfängnisverhütung
460 usw.

461 DIE LINKE. NRW fordert den Ausbau von wohnortnahen sozial-kulturellen Angeboten und
462 niedrigschwelligen Beratungsangebote. Außerdem muss durch ein Programm zur Schaffung von
463 Jugendzentren den Jugendlichen pädagogische Betreuung und inhaltliche Angebote zugänglich gemacht
464 werden.

465 Kinder und Familien brauchen Wohnbedingungen, die eigenständige, individuelle Entfaltung möglich
466 machen. In jedem Wohnviertel muss sowohl für Kinder als auch für Erwachsene eine angemessene
467 öffentliche Infrastruktur bestehen - etwa Kinderspielplätze, Begegnungsstätten, Freizeitangebote, aber
468 auch Kindergärten und Kindertagesstätten. Der öffentlich geförderte Wohnungsbau muss flächendeckend
469 ausgebaut werden, um auch im Wohnumfeld vor allem Kindern die alltägliche Erfahrung zu ermöglichen,
470 dass materieller Mangel kein Makel ist, sondern eine unverschuldete Lebenssituation, die soziale
471 Kompetenz, Fähigkeiten und Fertigkeiten und ein selbstverständliches Miteinander nicht ausschließt.

472 **DIE LINKE NRW fordert:**

- 473 ▪ Öffentliche und für alle zugängliche Infrastruktur im jeweiligen Wohnumfeld für Familien
474 und Kinder;
- 475 ▪ Kostenloser Zugang von städtischen Einrichtungen wie Bibliotheken, Musikschulen,
476 Volkshochschule, Museen;
- 477 ▪ Für alle zugängliche Beratungsangebote für Familien und Kinder bzw. Jugendliche in
478 schwierigen Lebenslagen; dazu gehört auch die personelle Stärkung der Jugendämter;

479 **4. Gute Arbeit für NRW**

480 Die Deregulierungspolitik der beiden letzten Jahrzehnte hat den Ausbau prekärer Beschäftigung
481 gefördert und dazu beigetragen, dass die Bedeutung des Normalarbeitsverhältnisses zurückgeht.

482 In NRW leben 23 Prozent aller Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter, das sind knapp 130.000 Menschen.
483 Sie arbeiten selten in ihrem erlernten Beruf und verdienen im Durchschnitt 35 bis 45 Prozent weniger als
484 die Stammebelegschaft. Etwa 12 Prozent erhalten ein so niedriges Einkommen, dass sie ergänzend
485 Arbeitslosengeld II beziehen müssen. Aber auch Beschäftigten in anderen Arbeitsverhältnissen müssen
486 zunehmend aufstocken – das heißt, sie nehmen zu ihrem Vollzeitjob Hartz IV in Anspruch, weil ihr Lohn
487 nicht zum Leben reicht

488 Wer prekär beschäftigt ist, befindet sich in einer eigentümlichen Schwebelage. Einerseits hat er oder sie
489 das Muster der „Normalarbeit“ immer noch vor Augen und die Hoffnung, diese zu erreichen.
490 Andererseits ist er oder sie ständig von dauerhafter sozialer Ausgrenzung bedroht. Prekär Beschäftigte
491 sind die ersten, denen in Krisenzeiten Entlassungen drohen. Ihnen werden bevorzugt die unangenehmen
492 Arbeiten aufgebürdet.

493 Die prekär Beschäftigten sind in einem Betrieb eine ständige Mahnung für die noch in Vollzeit und
494 unbefristet Beschäftigten. Sie stellen fest, dass ihre Arbeit mit gleicher Qualität auch von Menschen
495 bewältigt wird, die dafür Arbeits- und Lebensbedingungen akzeptieren, denen sie selbst nicht zustimmen
496 wollen. Auch wenn beispielsweise Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter sowie befristet Beschäftigte im
497 Betrieb meist nur kleine Minderheiten sind, wirkt ihre bloße Gegenwart disziplinierend auf die
498 Stammbeschafteten. Die Existenz prekärer Arbeitsverhältnisse schafft auf dem gesamten Arbeitsmarkt
499 ein Klima von Angst und Unsicherheit und mindert das Durchsetzungsvermögen der Arbeitnehmerinnen
500 und Arbeitnehmer.

501 Beschäftigungsformen mit hohem prekärem Potential betreffen besonders häufig Frauen. Auch
502 Teilzeitarbeit ist ein überwiegend weibliches Phänomen. Junge Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren
503 sind in den letzten zehn Jahren zunehmend stärker auf prekäre Arbeitsverhältnisse angewiesen.
504 Menschen mit Migrationshintergrund stehen auf dem Arbeitsmarkt insgesamt schlechter da, sie haben
505 eine geringere Beschäftigungsquote, werden relativ gesehen häufiger in Teilzeit beziehungsweise
506 geringfügig beschäftigt, sind doppelt so oft von Erwerbslosigkeit betroffen und beziehen dreimal so oft
507 Sozialhilfe.

508 Bei länger andauernder prekärer Beschäftigung lassen sich keine Rentenansprüche erwerben, die den
509 Lebensunterhalt im Alter decken. Leiharbeit ist sozial abgesichert wie das normale Arbeitsverhältnis –
510 allerdings nur formal. Es bestehen wegen der geringen Beschäftigungsstabilität sowie der niedrigen
511 Einkommen faktische Nachteile. Prekäre Beschäftigung hat außerdem Auswirkungen auf die Psyche,
512 also auch die Würde der Menschen. Prekarisierung ist ein strategischer Prozess zur Verunsicherung aller
513 Beschäftigten.

514 **DIE LINKE.NRW setzt sich dafür ein, dass prekäre Beschäftigung abgebaut und Existenz**
515 **sichernde Arbeit aufgebaut wird. Wer arbeitet, muss einen anständigen Lohn erhalten, sicher in**
516 **die Zukunft blicken können und arbeitsrechtlich abgesichert sein. Außerdem ist zu gewährleisten,**
517 **dass die Beschäftigten mitbestimmen können und ihre Arbeit sie nicht krank macht. Dafür werden**
518 **wir uns im Landtag stark machen und Bundesratsinitiativen anstoßen.**

519 **DIE LINKE. NRW fordert:**

- 520 • Die Abschaffung der prekären Beschäftigung in NRW;
- 521 • Die Abschaffung von Minijobs;
- 522 • Sozialversicherungs- und Steuerpflicht für jede Stunde Arbeit;
- 523 • Ein Verbot von Leiharbeit; bis dahin wollen wir das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“
524 in der Leiharbeit ab dem ersten Arbeitstag ohne Ausnahme durchsetzen; darüber hinaus sollten
525 Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen nicht länger als sechs Monate an ein Unternehmen entliehen
526 werden dürfen;
- 527 • Die Befristung eines Arbeitsvertrages ohne sachlichen Grund abzuschaffen;
- 528 • Einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von zehn Euro pro Stunde.

529 **5. Für einen neuen Ladenschluss statt Arbeiten ohne Ende**

530 Mit der Föderalismusreform 2006 sind die Bundesländer für die Regelung der Verkaufszeiten zuständig.
531 Seit November 2006 gilt in Nordrhein-Westfalen das von der schwarz-gelben Regierung verabschiedete
532 Ladenöffnungsgesetz. Danach können Geschäfte von Montag bis Samstag Tag und Nacht öffnen.
533 Ausnahmen gelten nur für Sonn- und Feiertage. Die Gewinner dieses Gesetzes sind die Großen, vor allem
534 die großen Lebensmitteldiscounter. Sie öffnen ihre Geschäfte bis Mitternacht, gestützt auf die
535 Arbeitskraft geringfügig und oft untertariflich bezahlter Beschäftigter. Verliererinnen und Verlierer sind
536 die regulär Beschäftigten im Einzelhandel und die kleinen Einzelhändlerinnen und Einzelhändler. Das
537 Ladenöffnungsgesetz ist beschäftigtenfeindlich und befördert den Verdrängungswettbewerb.

538 Darüber hinaus geht es bei der Frage der Ladenöffnung um mehr als den freien Konsum. Die Ausweitung
539 der Öffnungszeiten im Einzelhandel folgt dem allgemeinen Trend der Ausweitung der
540 Betriebsnutzungszeiten. Und das hat Konsequenzen für die Lebens- und Arbeitszeiten der im
541 Einzelhandel – überwiegend weiblichen – Beschäftigten. Bei Arbeitszeiten samstags zwischen 16 und 20
542 Uhr gibt es praktisch kein freies Wochenende mehr. Von einem Großteil des gesellschaftlichen sowie des
543 Familienlebens, das an Samstagen stattfindet, sind sie somit ausgeschlossen. Der Kampf um die
544 Ladenöffnung ist also ein Kampf um die Länge und Lage der Arbeitszeit der im Einzelhandel

545 Beschäftigten. Die Ausweitung der Ladenöffnung vernichtet reguläre Beschäftigung und befördert
546 Lohndumping und Ausbeutung. Mit 80 Prozent weiblichen Beschäftigten betrifft dies in erster Linie
547 Frauen, die sich somit in einem besonders familienfeindlichen Arbeitsumfeld befinden. Oft sind sie
548 geplagt von einem schlechten Gewissen gegenüber Kindern und Familie und zerrissen zwischen den
549 Anforderungen dort und an ihrem Arbeitsplatz. Dies führt auch zu gesundheitlichen Problemen und
550 schlussendlich zu Resignation, innerer Kündigung und Aufgabe des Arbeitsplatzes.

551 **DIE LINKE. NRW fordert:**

- 552 ▪ Die Abschaffung des Ladenöffnungsgesetzes in der jetzigen Form;
- 553 ▪ Die vollständige Überarbeitung der Öffnungszeiten in einem neuen NRW-Ladenschlussgesetz;
- 554 ▪ Eine umfassende Einarbeitung von Arbeitsschutzregelungen im Sinne der im Einzelhandel
555 Beschäftigten.

556 **6. Mehr Demokratie durch mehr Mitbestimmung**

557 Mit der Neufassung des Landespersonalvertretungsgesetzes NRW im Oktober 2007 durch die schwarz-
558 gelbe Regierung wurde eines der bis dahin in der Bundesrepublik fortschrittlichsten
559 Landespersonalvertretungsgesetze drastisch verschlechtert. Dank der Landesregierung gibt es heute nur
560 noch wenige Handlungsspielräume der Vertretungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei
561 Kündigungen oder befristeten Arbeitsverhältnissen. Auch bei der Mitbestimmung in organisatorischen
562 Angelegenheiten (zum Beispiel bei Privatisierungen und der Einführung flexibler Arbeitszeiten sowie
563 neuer Arbeitsmethoden) sind die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschnitten worden.
564 Seit dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes sind die abhängig Beschäftigten und die Beamtinnen und
565 Beamten noch mehr als bisher der Willkür der öffentlichen Arbeitgeber ausgeliefert.

566 Die Einrichtungen und Betriebe der öffentlichen Daseinsvorsorge sind die Stützpfeiler der Gesellschaft.
567 Nach Auffassung der LINKEN haben die Kommunen und das Land NRW eine besondere
568 Verantwortung. Wir wollen eine Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen. Zu einer
569 leistungsfähigen und kommunalen Daseinsvorsorge in Nordrhein-Westfalen gehört die gleichberechtigte
570 Mitsprache der Beschäftigten. Das entspricht Artikel 26 der Landesverfassung NRW, welcher für
571 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine „gleichberechtigte Mitbestimmung bei der Gestaltung der
572 wirtschaftlichen und sozialen Ordnung“ vorsieht.

573 **DIE LINKE.NRW tritt für die Stärkung demokratischer Mitbestimmungsrechte und somit für ein
574 modernes Landespersonalvertretungsgesetz ein. Sie hat einen Gesetzesentwurf entwickelt, der den
575 Kahlschlag rückgängig macht und ein fortschrittliches, wegweisendes Mitbestimmungsrecht
576 verankert.**

577 **DIE LINKE. NRW fordert:**

- 578 ▪ Ausbau der bisherigen Mitwirkungs- und Anhörungsrechte zu echten
579 Mitbestimmungsrechten;
- 580 ▪ Verankerung von Sanktionsmöglichkeiten bei Verletzungen der im Gesetz festgeschriebenen
581 Rechte durch die Arbeitgeber – wie es auch im Betriebsverfassungsgesetz vorgesehen ist.

582 **II. Sozialer und ökologischer Umbau**

583 **1. Neue finanzpolitische Perspektiven für NRW**

584 DIE LINKE. NRW ist die einzige Partei, die den Fehlentwicklungen im Haushalts- und Finanzbereich auf
585 den Grund geht. Wir kritisieren die Spaltung in Arm und Reich, die das Geldvermögen bei wenigen
586 konzentriert und Spekulationen anheizt. Die Folge der verfehlten schwarz-gelben Haushalts- und
587 Finanzpolitik in NRW waren massive Kürzungen im Sozial-, Kinder-, Jugend- und Umweltbereich.
588 Andererseits hat die schwarz-gelbe Landesregierung eine massive Klientelpolitik betrieben mit dem
589 Ergebnis: Arme werden immer ärmer und Reiche immer reicher in NRW.

590 Wir wenden uns seit Jahren gegen die verfehlte Liberalisierung der Finanzmärkte. Auch in Deutschland
591 und besonders in NRW wurden windige Finanzprodukte, Kreditverbriefungen und Hedge-Fonds massiv
592 gefördert - durch absurde Steuerbefreiungen und neue Gesetze, die der Spekulation Vorfahrt gewähren.
593 Die Bankenaufsicht wurde in den vergangenen Jahren nicht gestärkt, sondern geschwächt. Die

594 Milliardenverluste der WestLB, die zu Lasten des Landeshaushalts und der kommunalen Haushalte und
595 Sparkassen gehen, sind nicht zuletzt das Ergebnis dieser falschen Politik. Deshalb sind CDU und FDP in
596 NRW, aber auch die vorherige rot-grüne Landesregierung in NRW mitverantwortlich für die
597 Milliardenzeche, die wir jetzt alle zahlen.

598 Ein System, das die Profitinteressen einer kleinen Minderheit über alles stellt, bringt massive
599 Ungerechtigkeiten und soziale Verwerfungen, Umweltzerstörung und Krieg hervor.

600 Um den finanzpolitischen Spielraum des Landes und der Kommunen zu vergrößern, setzt DIE LINKE.
601 NRW auf die Stärkung der Einnahmeseite. Da es kaum steuerpolitische gesetzgeberische Kompetenzen
602 auf Landesebene gibt, fordern wir vor allem eine Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung von
603 Vermögenssteuer und Börsenumsatzsteuer, die Ausweitung der Erbschaftssteuer als Millionärssteuer und
604 die Stärkung der von den Kommunen erhobenen Gewerbesteuern.

605 DIE LINKE. NRW fordert eine Gemeindefinanzreform, die zukünftige Investitionen und die Tätigkeiten
606 der Kommunen sicherstellt. Die Unternehmenssteuerreform muss zurückgenommen werden.
607 Insbesondere fordern wir die Rücknahme der Senkung der Körperschaftssteuer sowie die Verbreiterung
608 ihrer Bemessungsgrundlage. Dieses Geld wird dringend für Investitionen in die Zukunft gebraucht.

609 2010 wird das Land NRW einen Rekordschuldenberg in Höhe von rund 130 Milliarden Euro haben. Das
610 sind fast mehr als 25 Milliarden Euro mehr als vor fünf Jahren, als CDU und FDP im Jahr 2005 die
611 Regierung übernahmen. Konkret hat die schwarz-gelbe Landesregierung die Gesamtschulden des Landes
612 dann in fünf Jahren um über 20 Prozent erhöht. Der Schuldendienst beträgt fünf Milliarden Euro jährlich
613 und zehrt so rund 10 Prozent des Gesamthaushalts auf, Tendenz steigend. Auch die Neuverschuldung
614 beträgt in den nächsten Jahren rund 6,5 Milliarden Euro jährlich.

615 Zudem hat die WestLB ein Milliardendefizit verursacht, und das Krisenmanagement der schwarz-gelben
616 Landesregierung bei der WestLB hat die Katastrophe verschärft.

617 Die kommunale Finanzausstattung befindet sich in einer strukturellen Schieflage. In den vergangenen
618 Jahren lag der durchschnittliche Anteil der Kommunen am gesamten Steueraufkommen nur noch bei rund
619 3 Prozent.

620 Die massive Verschuldung der Kommunen in NRW lag 2009 bei einem neuen Rekordstand von rund 15
621 Milliarden Euro. Dieser ist seitdem rasant weiter gestiegen. Immer mehr Kommunen müssen ein
622 Haushaltssicherungskonzept aufstellen, weil sie ihren Haushalt nicht ausgleichen können.

623 Die finanzielle Handlungsunfähigkeit der kommunalen Ebene hat verheerende Auswirkungen für den
624 Arbeitsmarkt und die örtliche Wirtschaft. Die weiter steigenden Ausgaben sowie die aufgelaufenen
625 Fehlbeträge aus Vorjahren führten dazu, dass auch 2008 nur wenige Kommunen in NRW einen
626 strukturellen Haushaltsausgleich erreichten, also ohne Eingriff in die Substanz oder den Abbau von
627 Eigenkapital den Haushalt ausgleichen konnten.

628 Die Situation der Kommunen wurde zudem durch die Landesregierung und die schwarz-gelbe Koalition
629 verschärft. Die Rückführung der Nettoneuverschuldung des Landes wurde zulasten der Kommunen
630 erreicht. Strukturelle Zuweisungen wurden entzogen und zusätzliche Belastungen aufgebürdet. Das Land
631 hat sich im Zeitraum 2006-2008 um fast 2,4 Milliarden Euro auf Kosten der Kommunen saniert. Die
632 schwarz-gelbe Landesregierung und ihre Landtagsmehrheit brechen die Landesverfassung und
633 missachten das Konnexitätsprinzip. Insgesamt bleibt kein Spielraum für dringend benötigte kommunale
634 Investitionen. Die Sachinvestitionen verharren auf einem sehr niedrigen Niveau.

635 **DIE LINKE.NRW tritt ein für:**

- 636 ▪ Eine Steuerreform zu Gunsten der Armen und Beschäftigten, zu Lasten der großen Unternehmen
637 und der Vermögenden;
- 638 ▪ Aktive Beschäftigungspolitik, die, ausgehend von staatlichen Investitionsprogrammen, in die
639 öffentliche Infrastruktur gemäß dem gesellschaftlichen Bedarf (sozialer Wohnungsbau,
640 Stadtentwicklung, öffentlicher Verkehr, Umweltschutz, Gesundheit) auch Steuerreformen in
641 Angriff nimmt und dabei Gewinne und hohe Einkommen zur Finanzierung heranzieht;
- 642 ▪ Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer als Millionärssteuer, die Erhöhung der
643 Erbschaftssteuer und die Rücknahme der Unternehmenssteuerreform auf Bundesebene;

- 644 ▪ Die Ausdehnung der Steuerpflicht auf Freiberuflerinnen und Freiberufler, wie Ärzteschaft,
645 Anwältinnen und Anwälte, Architektinnen und Architekten. Dieser Personenkreis soll die neue
646 Steuerlast mit der Einkommensteuer verrechnen können;
- 647 ▪ Gleichzeitig sollen die Möglichkeiten für Verlustvor- und -nachträge bei der Gewerbesteuer
648 zeitlich und der Höhe nach begrenzt werden. Die Gewerbesteuerumlage von den Gemeinden an
649 Bund und Länder wird gänzlich abgeschafft;
- 650 ▪ Die Einstellung von mindestens 500 zusätzlichen Betriebsprüferinnen und -prüfern, auch zur
651 zusätzlichen Prüfung der Einkommensmillionärinnen und –millionäre;
- 652 ▪ Eine grundlegende Änderung des kommunalen Finanzsystems unter Berücksichtigung der
653 demografischen Situation, ebenso wie die der besonderen Funktion von Städten;
- 654 ▪ Die Beendigung der interkommunalen Konkurrenzsituation und die damit verbundene
655 Gewerbesteuerenkungsspirale, damit es in vergleichbaren Städten und Kommunen zu gleichen
656 Gewerbesteuerhebesätzen kommt;
- 657 ▪ Die Neuausrichtung der Grundsteuer unter verstärkter Berücksichtigung ökologischer und
658 stadtentwicklungspolitischer Belange. Dazu werden die längst veralteten Bewertungsgrundlagen
659 (Einheitswerte) durch eine realistische, gleichmäßige Bewertung von Grund- und
660 Immobilienvermögen abgelöst;
- 661 ▪ Die Neuordnung der Anteile des Bundes, der Länder und insbesondere der Kommunen an den
662 Gemeinschaftssteuern. Ziel ist es, gerade den finanzschwächeren Kommunen stetig und deutlich
663 mehr Geld zukommen zu lassen. Dazu soll der Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer erhöht
664 werden;
- 665 ▪ Die Wahrung des Konnexitätsausführungsgesetzes bei der Verlagerung von Aufgaben des Landes
666 auf die Kommunen und die Einschränkung der Rechte der Kommunalaufsicht zum Eingriff in die
667 kommunalen Haushalte;
- 668 ▪ Eine Neuordnung des Länderfinanzausgleichs und des kommunalen Finanzausgleichs in den
669 Ländern, damit in angemessener Weise die Ziele Defizitfinanzierung, Erhöhung der kommunalen
670 Investitionskraft, Herstellung von Chancengleichheit perspektivisch erreicht werden können;
- 671 ▪ Die Umstellung der Landes- und der kommunalen Haushaltssystematik von der Kameralistik auf
672 das neue bzw. neue kommunale Finanzmanagement (NKF) darf in der Praxis nicht zu einem
673 weiteren Einzug betriebswirtschaftlicher Philosophie in die Verwaltungen führen.

674 **2. Für ein tariftreues NRW**

675 Die Erklärung des Europäischen Gerichtshofes, eine Tariftreueverpflichtung verstoße gegen die
676 Dienstleistungsfreiheit, ist ein Schlag ins Gesicht für die Gewerkschaften, die jahrelang für die Belange
677 der abhängig Beschäftigten gekämpft haben. Dieses Urteil öffnet Lohndumping und dem Abbau von
678 Rechten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Tür und Tor.

679 Deshalb fordert DIE LINKE. NRW eine gesetzliche Verankerung der Tariftreueverpflichtung, damit die
680 Grundrechte der Menschen höher stehen als Profitinteressen: Unternehmen, die Aufträge aus öffentlicher
681 Hand erhalten, müssen Tariflöhne zahlen und die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen
682 muss erleichtert werden, damit sie für alle Beschäftigten gilt.

683 Die Skandale der letzten Jahre in NRW haben gezeigt: Häufig vergeben Land und Kommunen ihre
684 öffentlichen Aufträge nach dem Prinzip des „niedrigsten Preises“. Damit werden Lohn- und
685 Sozialdumping sowie ein brutaler Preiswettbewerb befördert. Leidtragende sind die Beschäftigten, die
686 trotz Arbeit arm bleiben. Aber auch der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft, weitere wichtige soziale
687 Anliegen wie die Geschlechtergerechtigkeit, der Klimaschutz und internationale Menschenrechte bleiben
688 auf der Strecke.

689 DIE LINKE. NRW will dem ein Ende setzen. NRW braucht wieder ein Gesetz, das Tariftreue,
690 Mindestlöhne (beispielsweise da, wo Tarife unter zehn oder gar acht Euro liegen) und wichtige
691 sozialökologische Kriterien für die Durchführung öffentlicher Aufträge festschreibt. Ganz wichtig dabei:
692 Solch ein Gesetz muss auch wirksam umgesetzt und kontrolliert werden, denn das frühere
693 Tariftreuegesetz in NRW wurde nicht gut umgesetzt und anschließend auf Druck der Wirtschaft

694 aufgehoben. Dies war eine völlig falsche Reaktion. Wenn eine sinnvolle Maßnahme schlecht umgesetzt
695 wird, dann streicht man sie nicht – sondern macht es besser!

696 **DIE LINKE. NRW fordert:**

- 697 ▪ Ein neues Vergabegesetz, das Tariftreue, Mindestlöhne sowie wichtige soziale und ökologische
698 Kriterien für die öffentliche Auftragsvergabe in NRW festschreibt;
- 699 ▪ Die wirksame Umsetzung und Kontrolle eines entsprechenden Tariftreuegesetzes;
- 700 ▪ Entsprechend dem Vorschlag der IG BAU eine Sozial-Checkliste für die Vergabe öffentlicher
701 Aufträge in NRW.

702 **3. Lebenswerte Städte für alle in NRW**

703 Das Privateigentum an Grund und Boden im großen Stil ist eines der zentralen Hindernisse für eine
704 soziale, ökologische und demokratische Entwicklung in Stadt und Land. Die Raumordnung und
705 Landesplanung muss den Erfordernissen einer nachhaltigen Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik
706 verändert werden. Schwerpunkte sind für uns dabei der Einsatz erneuerbarer Energien als vorrangigem
707 öffentlichem Belang, die Überwindung von Zersiedelungen und die Eindämmung des Flächenverbrauchs
708 unter Berücksichtigung demografischer Faktoren. Damit verfolgen wir das Ziel einer flächen- und
709 umweltschonenden sowie energie- und kostensparenden Infrastruktur. In diesem Sinne sind auch die
710 Vorhaben der Stadtentwicklung zu gestalten. Ökologische Konzepte und vorhandene Sparten, wie das
711 Kleingartenwesen, sind in ihrer Bedeutung zu stärken.

712 Mit landespolitischen Kompetenzen für die Raumordnung sollen auch das Baurecht und das
713 Kommunalrecht hin zu einer Ressourcen schonenden Wirtschaftsweise angepasst werden. Dabei sind die
714 Beteiligungsrechte von Kommunen, Bürgerinnen und Bürgern sowie von Verbänden in den
715 Planungsverfahren zu stärken und die Fristen angemessen zu gestalten.

716 Das Privateigentum an Grund und Boden im großen Stil ist eines der zentralen Hindernisse für eine
717 soziale, ökologische und demokratische Entwicklung in Stadt und Land.

718 Zunehmend wird öffentlich geförderter Wohnraum verkauft. Hierzu gehört der Verkauf der LEG
719 (Landesentwicklungsgesellschaft), der unter rot-grün vorbereitet und unter schwarz-gelb vollendet wurde.
720 Dieser Verkauf ist rückgängig zu machen. Die derzeitigen kurzfristigen Wohnungsförderungsprogramme
721 sind wieder durch langfristige Programme zu ersetzen.

722 Das bis Ende des Jahres 2009 geltende Wohnungspflegegesetz für NRW muss verlängert werden. Den
723 Kommunen müssen die Mittel zur Verfügung gestellt werden, dieses Gesetz auch anzuwenden und zu
724 verhindern, dass Wohnungsbestand zunehmend verfällt. Der Ausverkauf von Wohnungsbestand an
725 Investorengruppen muss verboten werden.

726 Der öffentliche Wohnungsbau muss wieder belebt werden. In den letzten Jahren wurden kaum noch
727 Mittel in Neubau investiert. Die Mittel der Wohnungsbauförderungsanstalt (WFA) NRW müssen
728 ausschließlich in den Neubau und die Erhaltung von Wohnungen investiert werden. Zurückgenommen
729 werden muss der Beschluss, dass die Eigenmittel der WFA in den allgemeinen Landeshaushalt eingestellt
730 werden!

731 **DIE LINKE. NRW fordert:**

- 732 ▪ Öffentlichen Wohnungsbau stärken – Privatisierungen stoppen;
- 733 ▪ Erhalt von ausgewiesenen Natur- und Landschaftsschutzflächen;
- 734 ▪ Rückabwicklung des LEG-Verkaufs und langfristige Wohnungsförderungsprogramme, kein
735 weiterer Ausverkauf des Wohnungsbestandes.

736 **4. Krankenhausplanung und -finanzierung auf gesunde Füße stellen**

737 NRW ist das Bundesland mit einem relativ niedrigen Anteil öffentlicher Krankenhäuser, ca. 20 Prozent
738 sind öffentliche und 70 Prozent kirchliche bzw. frei-gemeinnützige Häuser. Die wenigen kommunalen
739 Krankenhäuser sind zudem in hohem Maße vom Verkauf an private, gewinnorientierte Klinikketten
740 bedroht. In NRW sind in den letzten Jahren, teilweise gegen den massiven Protest der Bevölkerung,
741 kommunale Krankenhäuser privatisiert worden.

742 DIE LINKE. NRW setzt sich für einen sofortigen Stopp weiterer Privatisierung öffentlicher Kliniken ein
743 und fordert die Rekommunalisierung von privatisierten Kliniken.

744 Seit Jahrzehnten gehört NRW zu den Bundesländern mit einer sehr niedrigen Quote bei der gesetzlich
745 vorgeschriebenen Finanzierung der Investitionskosten seiner Krankenhäuser. Die Unterfinanzierung bei
746 Investitionen liegt nach Berechnungen der Krankenhausgesellschaft NRW bei ca. 14 Mrd. Euro, damit
747 hat das Land NRW seit 1992 seine Investitionen in Krankenhäuser um mehr als die Hälfte reduziert.

748 Die Unterfinanzierung der stationären Krankenhausversorgung führt dazu, dass die dringend für
749 Investitionen benötigten Kosten aus den Mitteln für die Krankenversorgung erwirtschaftet werden
750 müssen. Die Folge ist ein in NRW besonders starker Abbau des nicht-ärztlichen Personals sowie
751 Outsourcing und massive Tariffucht. Dies wirkt sich negativ auf die Qualität der Krankenversorgung aus
752 und verstärkt den Privatisierungsdruck.

753 DIE LINKE. NRW setzt sich für einen politisch gesteuerten Krankenhaussektor in NRW ein. Wir
754 fordern, die 2008 von Schwarz-Gelb eingeführte Baupauschale zur Finanzierung von Investitionskosten
755 wieder abzuschaffen. Durch die pauschale Finanzierung nach dem Gießkannenprinzip erhalten zwar alle
756 Krankenhäuser etwas, aber alle zu wenig Geld. Bei der Finanzierung des Rests verweist die
757 Landesregierung auf den Finanzmarkt und entzieht sich damit ihrer Verantwortung. Angesichts der
758 gegenwärtigen Krise der Finanzmärkte ist dies mehr als fahrlässig. DIE LINKE. NRW ist für die
759 Wiedereinführung der antragsbezogenen Einzelförderung.

760 DIE LINKE. NRW tritt ein für eine wohnortnahe öffentliche Krankenhausplanung und -finanzierung.
761 Die Menschen im Land brauchen eine wohnortnahe Versorgung für alle Akuterkrankungen und
762 spezialisierte Zentren. Krankenhäuser und Polikliniken sind Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge
763 und gehören in öffentliche Hand.

764 DIE LINKE. NRW ist für den Erhalt der sechs Universitätsklinika des Landes sowohl in öffentlicher
765 Trägerschaft als auch in öffentlicher Rechtsform. Nur so lässt sich dauerhaft gewährleisten, dass die dort
766 bestehende Verbindung von medizinischer Spitzenversorgung mit Forschung und Lehre sich am
767 Versorgungsbedarf aller ausrichtet und nicht am Gewinn. DIE LINKE. NRW fordert deshalb, dass die in
768 dem von der schwarz-gelben Landesregierung verabschiedeten Hochschulmedizingesetz (HMG)
769 enthaltene Möglichkeit der Privatisierung und Teilprivatisierung der Universitätsklinika
770 zurückgenommen wird. Die gegenwärtigen Erfahrungen mit Teilprivatisierungen, insbesondere am
771 Universitätsklinikum Essen, zeigen, dass sie ausschließlich zur Tariffucht genutzt werden.

772 In NRW sind bei der Krankenhausplanung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vollständig
773 ausgeschlossen, ihre gewerkschaftlichen Vertretungen sind nicht im Landeskrankenhausausschuss
774 vertreten. Gewerkschaften werden erst nach Abschluss aller Entscheidungen angehört. DIE LINKE.
775 NRW setzt sich dafür ein, dass Patientinnen und Patienten und Beschäftigte sowie Gewerkschaften auch
776 Sitz und Stimme in Landeskrankenhausausschuss erhalten und bei der Planung mitentscheiden können.

777 **DIE LINKE. NRW fordert:**

- 778 ▪ Bedarfsorientierte Krankenhausplanung und ausreichende Finanzierung durch das Land;
- 779 ▪ Wiedereinführung der antragsbezogenen Einzelförderung und die Abstimmung des
780 Krankenhausplans im Landesparlament;
- 781 ▪ Anwendung einheitlicher Tarife in für alle Beschäftigten in allen Krankenhäusern;
- 782 ▪ Sofortiger Stopp weiterer Privatisierung öffentlicher Kliniken und Rekommunalisierung von
783 privatisierten Kliniken;
- 784 ▪ Schaffung kommunaler Krankenhausverbände;
- 785 ▪ Demokratische Kontrolle des Landeskrankenhausausschusses unter anderem durch Einführung eines
786 Sitz- und Stimmrechts für Patientinnen, Patienten, Beschäftigte der Krankenhäuser und
787 Gewerkschaften;
- 788 ▪ Erhalt aller sechs Universitätskliniken in öffentlicher Hand.

789 **5. Für umfassenden Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern und eine soziale und**
790 **ökologische Landwirtschaft**

791 Obwohl NRW als hoch industrialisiertes Bundesland gilt, wird die Hälfte der Landesfläche (15.000 km²)
792 landwirtschaftlich genutzt. Wir wollen eine Landwirtschaft, die Hand in Hand mit Umwelt-, Natur- und
793 Tierschutz geht. Die ökologische Landwirtschaft schont Gewässer und spart Energie.

794 Wir wollen eine nachhaltige Forstwirtschaft für kommende Generationen. Denn NRW ist auch ein
795 Waldland. Ein Viertel der Landesfläche ist bewaldet. Wir lehnen die Aufforstung in Monokulturen und
796 großflächige Kahlschläge ab und setzen stattdessen auf Waldverjüngung. Anstelle einer rein
797 betriebswirtschaftlich orientierten Forstarbeit machen wir uns für eine nachhaltige und ökologische
798 Bewirtschaftung stark. In diesem Zuge darf es auch keine Dumpinglöhne in der Forstwirtschaft mehr
799 geben.

800 Trinkwasserschutz ist wichtig für den Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern. Die Belastung des
801 Trinkwassers durch Stoffe wie PFT, Arzneimittel und Nitrat betrifft die Verbraucherinnen und
802 Verbraucher. Daher muss das Trinkwasser durch eine Kommission überwacht werden, in der
803 Verbraucherschützerinnen und Verbraucherschützer mitarbeiten.

804 Wir wollen, dass die Lebensmittelüberwachung in staatlicher Hand bleibt und eine Lebensmittel-Ampel
805 eingeführt wird. Auch Geringverdienende müssen sich gesunde und nach EU-Biorichtlinien hergestellte
806 Lebensmittel leisten können.

807 NRW muss ein gentechnikfreies Land werden. Gentechnik lehnen wir auch in Form von
808 Forschungsfeldern ab. Wir unterstützen Initiativen für gentechnikfreie Regionen. Die Biolandwirtschaft
809 verbietet die Arbeit mit gentechnisch veränderten Pflanzen. Auch deshalb setzen wir uns für eine stärkere
810 Förderung des Biolandbaus ein. Die Agro-Gentechnik wird neben dem Einsatz bestimmter Arten von
811 Pestiziden für das Bienensterben verantwortlich gemacht. Zwei Drittel der Nahrungspflanzen sind auf
812 Bestäubungsinsekten, insbesondere auf Bienen, angewiesen. Die Biene ist damit für den Ertrag und die
813 Vielfalt an gesunden Lebensmitteln von besonderer Bedeutung. Deswegen braucht die Imkerei eine
814 gentechnikfreie Landwirtschaft.

815 Alle Tiere verdienen den Schutz des Menschen, insbesondere aber landwirtschaftliche Nutztiere. Aus
816 Sicht des Tierschutzes ist die konventionelle industrielle Haltung insbesondere von Puten, Masthühnern,
817 Legehennen, Schweinen und Mastkaninchen unhaltbar. Die Kleingruppenhaltung von Legehennen in
818 Käfigen wird den Verbraucherinnen und Verbrauchern gar als tiergerecht verkauft. Tiertransporte werden
819 immer noch zu wenig kontrolliert und dauern zu lange. Alternativen zu Tierversuchen werden nicht
820 ausreichend gefördert. Wir setzen uns für tiergerechte und ethisch vertretbare Tierhaltung ein.

821 DIE LINKE. NRW setzt sich für faire Milchpreise ein – die Landwirtschaft muss endlich kostendeckende
822 Milchpreise zugesichert bekommen.

823 **DIE LINKE. NRW fordert:**

- 824 ▪ Den Anteil der ökologischen Landwirtschaft in NRW bis 2020 auf mindestens 20 Prozent
825 anzuheben;
- 826 ▪ Eine Kennzeichnungspflicht von gentechnischen Bestandteilen in Nahrung und Futtermitteln bis
827 zur Nachweisgrenze von 0,1 Prozent, Verbot von Patenten auf Lebewesen und deren Gene;
- 828 ▪ Das Verbot von Pflanzenschutzmitteln mit Neonicotinoiden und Glycosat zur Saatgutbehandlung;
- 829 ▪ Bei Tiertransporten ist stets der nächstgelegene Schlachthof anzusteuern. Während des Transports
830 muss den Tieren genug Platz zur Verfügung stehen. Die Kontrolldichte bei Tiertransporten ist zu
831 erhöhen;
- 832 ▪ Legebatterien mit mehr als 20 Tieren je Quadratmeter sind nach Möglichkeit zu untersagen; mehr
833 Bewegungsfreiheit für Schweine und andere Nutztiere;
- 834 ▪ Die Förderung regionaler Vermarktungsinitiativen;
- 835 ▪ Die Honorierung ökologischer und sozialer Leistungen in der Landwirtschaft;
- 836 ▪ Die Förderung von Fraueninitiativen im ländlichen Raum, deren Ziel es ist, Frauenerwerbsarbeit
837 zu schaffen und ländliche Strukturen weiter auszubauen.

838 **III. Alternativen von links - für eine neue Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik**

839 **1. Für eine soziale und ökologische Verkehrspolitik**

840 Die Verkehrspolitik der Landesregierung NRW ist durch die Bevorzugung des Straßenverkehrs nicht nur
841 unsozial, sondern auch aus ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten verheerend. In Anbetracht
842 des Klimawandels und eines prognostizierten Anwachsens des LKW-Verkehrs um 100 Prozent in den
843 nächsten Jahren braucht NRW eine Wende hin zu einer ökologischen Verkehrspolitik.

844 Absolute Priorität einer zukunftsgerichteten Verkehrspolitik ist eine Politik der Verkehrsvermeidung.
845 Hierzu gehören eine Strukturpolitik der kurzen Wege und damit eine Abkehr von einer Politik im
846 Städtebau, die Wohnen, Arbeiten und Freizeitgestaltung als voneinander getrennte Bereiche plant und
847 baut. Gut 30 Prozent der Wege werden nach Untersuchungen heute noch zu Fuß oder per Rad
848 zurückgelegt. In Aachen und Münster liegt dieser Anteil bei über 50 Prozent. Wir fordern daher den
849 Ausbau der Infrastruktur für den nichtmotorisierten Verkehr, da derartige Investitionen nicht zuletzt auch
850 einen weit höheren Nutzen für die Umwelt als Investitionen in den motorisierten Individualverkehr
851 haben.

852 Mobilität für alle – in umweltpolitischer Verantwortung und zu akzeptablen Preisen – kann nur durch den
853 Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) erreicht werden.

854 DIE LINKE. NRW fordert daher eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung durch den ÖPNV. In
855 ländlichen Gebieten, in denen eine Anfahrt im Stundentakt kaum genutzt wird, sind alternative Konzepte
856 wie das „BusTaxi“ zur Sicherstellung ausreichender Verkehrsdienstleistungen für die Bevölkerung
857 umzusetzen.

858 Den Bau von U-Bahnen lehnt DIE LINKE. NRW ab. Der U-Bahn-Bau und die Betriebskosten sind um
859 ein vielfaches teurer als Straßenbahnen und Bussen. Vorrang beim Ausbau des ÖPNV muss das
860 kostengünstigste Verkehrsmittel haben, ökologische Kriterien sind ebenfalls zu berücksichtigen.

861 DIE LINKE. NRW fordert den Bau von autofreien Stadtteilen, wie sie in Münster umgesetzt wurden.
862 Bürokratische und bauordnungsrechtliche Hindernisse, die solche Vorhaben behindern, sind zu
863 beseitigen.

864 Mit einer neuen Verkehrspolitik kann dauerhaft eine drastische Verringerung der verkehrsbedingten
865 gesundheitsschädlichen Feinstaubbelastung vor allem in den Innenstädten erreicht werden. Der Ausbau
866 und die Erneuerung von Bahnhöfen und Haltepunkten soll vorangetrieben werden. Statt der Privatisierung
867 der Bahn setzt sich DIE LINKE. NRW für eine Deutsche Bahn in öffentlichem Eigentum und mit
868 erweiterten demokratischen Einflussmöglichkeiten der Fahrgäste und ihrer Verbände sowie der
869 Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften ein.

870 Das hohe Wachstum von Gütertransporten konzentriert sich in NRW im Wesentlichen auf LKW-
871 Transporte. Damit wachsen auch die klimaschädlichen Emissionen und andere Folgeschäden an. Eine
872 Ursache dieses Wachstums beim LKW-Verkehr liegt in der fortgesetzten, künstlich herbeigeführten
873 Verbilligung der Transportkosten. DIE LINKE. NRW fordert daher, dass diese Subventionierung beendet
874 und die externen Kosten des LKW-Verkehrs eingerechnet werden. In NRW sind effektivere
875 Logistikkonzepte und Verteilzentren unter Einbeziehung der nordrhein-westfälischen Binnenhäfen zu
876 entwickeln, die eine Verlagerung des Gütertransportes von der Straße auf die Schiene und das Wasser
877 ermöglichen.

878 Die Subventionierung des Flugverkehrs muss umgehend gestoppt werden. Gesundheits-, Lärm- und
879 Klimaschutz verbieten den Ausbau regionaler Flughäfen und erfordern konsequente Nachtflugverbote.

880 Als Alternative primär für den innerstädtischen motorisierten Individualverkehr steht das Fahrrad zur
881 Verfügung und muss vom Land verstärkt gefördert werden. Dabei darf das Fahrrad nicht länger nur als
882 Freizeitvergnügen angesehen werden. Die Mitnahme von Fahrrädern in Bussen und Straßenbahnen muss
883 den Menschen erleichtert werden. Das Straßennetz für den Fahrradverkehr muss geschlossen werden.
884 Verstärkt sind Radverkehrsstreifen auf den Straßen anstatt Radwege zusammen mit Bürgersteigen
885 einzurichten. Die Durchfahrt einer Einbahnstraße auch in Gegenrichtung sollte Radfahrenden in der Regel
886 erlaubt werden. Ampelschaltungen sollten den Rad- und nicht den Autoverkehr vorrangig behandeln. Alle
887 Einrichtungen mit Publikumsverkehr (Einzelhandelsgeschäfte, Behörden, Freizeiteinrichtungen etc.) sind
888 gehalten, vor ihrem Eingang für ausreichend Stellmöglichkeiten für Fahrräder zu sorgen.

889 **An erster Stelle steht für uns die Einführung eines landesweiten Sozialtickets für den öffentlichen**
890 **Verkehr. Denn es geht uns um das Recht aller Menschen auf Mobilität und Teilhabe ebenso wie um**
891 **eine dringend gebotene umweltfreundliche Alternative zum Auto.**

892 **DIE LINKE. NRW fordert:**

- 893 ▪ Ein flächendeckendes Sozialticket für NRW;
- 894 ▪ Ausbau des Radwegenetzes, Vorrang für Fahrräder in den Städten;
- 895 ▪ Der Güterverkehr gehört auf die Schiene und das Wasser, Entlastung der Straßen.

896 **2. Für eine nachhaltige und zukunftsweisende Umwelt- und Energiepolitik**

897 Ein Richtungswechsel in der Umweltpolitik hat nicht stattgefunden. DIE LINKE. NRW setzt sich für eine
898 konsequente soziale und ökologische Politik ein, weil nur auf diesem Weg die drängenden
899 Umweltprobleme zu lösen sind. Bisher prägen Unterlassungen und Halbheiten das Bild. Erfolge und
900 Fortschritte sind vor allem durch außerparlamentarischen Widerstand, Mobilisierung und erhöhtes
901 Umweltbewusstsein in der öffentlichen Meinung erzielt worden. Neue klimaschädliche Kraftwerke sind
902 in Bau und Planung, anstatt massiv erneuerbare Energie zu fördern. Hier zeigt sich deutlich: die
903 kapitalistische Wirtschaft und ihre politischen Sachwalter sind nicht in der Lage, integrierten
904 Umweltschutz zu betreiben. DIE LINKE. NRW tritt für den Vorrang der Politik, des Umweltschutzes und
905 der Interessen der Bevölkerung gegenüber den Renditeinteressen der (Privat-)Wirtschaft ein.

906 Die Versorgung mit Energie zählt zu den zentralen globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.
907 Neue Erkenntnisse aus der Klima-Wissenschaft zeigen die Notwendigkeit und Dringlichkeit einer
908 globalen Energiewende auf: Energiepolitik muss Klimapolitik werden. Wenn Deutschland das erste
909 Klimaschutzziel mit der Reduzierung der Treibhausgase um 40 Prozent bis 2020 erreichen will, müssen
910 unverzüglich neue Rahmenbedingungen geschaffen werden.

911 Europa und hier insbesondere Deutschland muss dabei aufgrund seiner historischen Verantwortung für
912 die Entstehung des Klimawandels eine Vorreiterrolle übernehmen. In der Bundesrepublik ist Nordrhein-
913 Westfalen das Energieland Nummer eins. Von den energiebedingten Emissionen der BRD entfällt rund
914 ein Drittel auf unser Land. NRW hat im Vergleich zu den anderen Bundesländern den höchsten Anteil an
915 eigener Energieproduktion. Zu ca. 45 Prozent wird dabei der Strom aus Braunkohle, zu 38 Prozent aus
916 Steinkohle gewonnen, Erdgas macht 12 Prozent aus, Mineralöle knapp 2 Prozent. Nur knapp 3 Prozent
917 erlangt NRW Strom aus erneuerbaren Energien wie Wind- und Wasserkraft oder Bioenergien.
918 Bundesweit tragen Wasser, Wind und Sonne und Co jedoch bereits mit ca. 14 Prozent zur
919 Stromerzeugung bei.

920 Dies heißt für uns in NRW den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien sowie die Steigerung der
921 Energieeffizienz im Strom-, Wärme- und Kraftstoffbereich voranzutreiben, wollen wir nicht den
922 Anschluss verlieren. Bei sparsamem und effizientem Umgang mit Energie können erneuerbare
923 Energieträger bis Mitte dieses Jahrhunderts unseren Energiebedarf weitgehend decken. Klimaschutz ist
924 auch deshalb kein Argument für die Nutzung der Atomenergie. Aufgrund der ungeklärten Endlagerfrage
925 und der immensen Risiken beim Betrieb von Atomanlagen setzt sich DIE LINKE. NRW deshalb für
926 einen sofortigen Atomausstieg ein.

927 Eine Umstrukturierung des Energiesektors würde zu mehr wirtschaftlicher Wertschöpfung im Lande und
928 zukunftsfähigen Arbeitsplätzen führen. In der klassischen Energiewirtschaft gehen schon heute die
929 Beschäftigungszahlen deutlich zurück, während in der Branche der erneuerbaren Energien weit über
930 hunderttausend neue Arbeitsplätze entstanden sind. DIE LINKE. NRW setzt sich daher für eine
931 konsequente Energiewende hin zu erneuerbaren Energien ein. Dazu muss die gegenwärtige
932 monopolartige Struktur in der Energiewirtschaft aufgebrochen werden. Im Strombereich bedeutet dies
933 konkret die eigentumsrechtliche Trennung der Stromkonzerne von den Stromnetzen und mehr
934 Transparenz und Kontrolle bei der Preisgestaltung. Vorrangig ist für uns eine Wende in der Energiepolitik
935 hin zu dezentralen Strukturen, die Überführung der Energiekonzerne RWE und E.ON in öffentliche Hand
936 und ihre demokratische Kontrolle. Mit ihrer Sozialisierung würde das Land NRW auch wieder zum Teil
937 seine industriepolitische Handlungsfähigkeit zurückgewinnen, die durch die radikalen Privatisierungen
938 der letzten Jahre und leerer Landeskassen zunehmend verloren ging. DIE LINKE. NRW steht für den
939 Fortbestand und Ausbau der kommunalen Energieversorgung. Für die Bundesrepublik Deutschland

940 könnte der Energiesektor sich somit als politisches Einfallstor für die Revitalisierung
941 gemeinwirtschaftlich orientierter Wirtschaftspolitik erweisen.

942 Der Ausstieg aus der gefährlichen Atomenergie sowie der äußerst klimaschädlichen
943 Braunkohleverstromung hat für DIE LINKE. NRW höchste Priorität. Außerdem treten wir für einen
944 Ausstieg aus der Steinkohleverstromung ein und unterstützen die Initiativen gegen Kohlegroßkraftwerke
945 vor Ort. In NRW dürfen keine neuen Kohlekraftwerke errichtet werden. Wir setzen auf optimale
946 Energieeinsparung, die massive Förderung regenerativer Energien wie Solar-, Wind- und Wasserenergie
947 sowie Geothermik und Biogas. Für eine Übergangszeit sind Gaskraftwerke verstärkt zu nutzen und alle
948 Kraftwerke mit Kraft-Wärme-Koppelung zu betreiben. Dafür ist es dringend erforderlich, die
949 Energieversorgung zu dezentralisieren, zu rekommunalisieren und die Stromnetze zu vergesellschaften.
950 Wärmeisolierung und energiesparende Technologien gilt es zu fördern. Braunkohle ist unter den fossilen
951 Energieträgern der größte Klimakiller. DIE LINKE. NRW fordert deshalb den schnellstmöglichen Stopp
952 des Braunkohleabbaus und die Stilllegung aller Braunkohlekraftwerke. Zur Schaffung von
953 Ersatzarbeitsplätzen und zur Renaturierung der Abbaugebiete in der Braunkohleregionen müssen
954 regionale Foren unter Beteiligung von Gewerkschaften, Umweltverbänden und Bürgerinitiativen
955 geschaffen werden. Die großen Energiekonzerne müssen die Kosten für die Schaffung von
956 Ersatzarbeitsplätzen und für die ökologischen Folgen des Braunkohleabbaus übernehmen.

957 Eine radikale Wende hin zu 100 Prozent heimischen Erneuerbaren Energien im europäischen Energienetz
958 ist die Investition in ein ökologisches und friedliches 21. Jahrhundert. Technisch ist dies innerhalb von
959 zehn Jahren umsetzbar. Zum Schutz der Erdatmosphäre müssen die Treibhausgasemissionen um 95
960 Prozent gesenkt und die Wälder und Anbauflächen zur Bindung von CO² geschont werden. Wer heute auf
961 regenerative Energien setzt und das Wissen über eine nachhaltige Energieversorgung mit Schwellen- und
962 Entwicklungsländern teilt, wird sich Morgen nicht an Kriegen um fossile Brennstoffe beteiligen. Durch
963 massive Gebäudedämmung und Umstellung des Verkehrssystems lässt sich Energie einsparen.
964 Windkraft, Photovoltaik und Solarthermik bieten die größten Potentiale erneuerbarer Energiequellen mit
965 bereits heute zur Verfügung stehender Technik.

966 In der Abfallwirtschaft sind neue Müllverbrennungsanlagen nicht mehr zu genehmigen. Schon heute
967 werden 1,8 Millionen Tonnen Müll aus dem Ausland importiert, um hier verbrannt zu werden. Dies ist
968 schon aufgrund der Transportbelastung umweltpolitisch nicht sinnvoll.

969 **DIE LINKE. NRW fordert:**

- 970 ▪ Eine Wende in der Energiepolitik hin zu dezentralen Strukturen und eine Überführung der
971 Energiekonzerne – in NRW RWE und E.ON – in öffentliche Hand und in demokratische
972 Kontrolle;
- 973 ▪ Die Vergesellschaftung der Stromnetze;
- 974 ▪ Den Fortbestand und Ausbau der kommunalen Energieversorgung;
- 975 ▪ Einen schnellen Ausstieg aus der Atomenergie und eine Stilllegung der Urananreicherungsanlage
976 Gronau sowie keine weiteren Einlagerungen von Atommüll in Ahaus;
- 977 ▪ Den schnellstmöglichen Stopp des Braunkohlebaus und die Stilllegung der
978 Braunkohlekraftwerke sowie mittelfristig den Ausstieg aus der Steinkohleverstromung.
- 979 ▪ Die massive Förderung regenerativer Energien wie Solar-, Wind-, Wasserenergie, Geothermie
980 und Biogas.

981 **IV. Öffentlich statt Privat – öffentliche Daseinsvorsorge stärken**

982 **1. Privatisierung stoppen – demokratische Kontrolle durch Rekommunalisierung**

983 Die Politik der Landesregierung ist nach wie vor von dem Motto „Private sind besser, billiger und
984 bürgernäher“ geleitet. Keines dieser Versprechen hat sich bewahrheitet.

985 Die massive Umverteilung von unten nach oben hat nicht nur zu immer mehr Armut, sondern auch zu
986 leeren öffentlichen Kassen geführt. Da dies von verschiedenen Landesregierungen als Ausgaben- und
987 nicht als Einnahmenproblem definiert worden ist, sind die öffentlichen Ausgaben auch in Bereichen der
988 Daseinsvorsorge stark gesenkt worden. Das Land NRW hat, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, die
989 Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge unter verschiedenen Regierungen kontinuierlich

990 heruntergefahren. Dadurch ist ein riesiger Investitionsstau entstanden. In Krankenhäusern wird nach wie
991 vor in Baustrukturen des vorletzten Jahrhunderts gearbeitet, und in Schulen bröckelt der Putz von der
992 Decke.

993 DIE LINKE. NRW fordert, den Investitionsstau im öffentlichen Dienst durch ein Investitionsprogramm
994 zu beheben. Hierzu haben wir ein eigenes umfassendes Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP) für NRW
995 entwickelt.

996 Das riesige Vermögen, das sich durch die Umverteilung angehäuft hat, sucht ständig global nach neuen
997 lukrativen Anlagemöglichkeiten. Viele ehemals öffentliche Bereiche versprechen hohe Renditen. Dies
998 führt dazu, dass Krankenhäuser, Bildungseinrichtungen, Stadtwerke, Bus- und Bahnlinien, Wohnungen
999 und ganze kommunale Verwaltungen sowie andere Leistungen der Daseinsvorsorge den Regeln des
1000 Wettbewerbs untergeordnet, als neue Märkte erschlossen und Profite abgeschöpft werden.

1001 Für die Profite werden in den privatisierten Bereichen Leistungen abgebaut und teilweise die Preise so
1002 stark erhöht, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger existenzielle Güter nicht mehr leisten können. Die
1003 Beschäftigten in privatisierten Bereichen werden entlassen, ausgegliedert, in tariflose Arbeitsverträge
1004 gedrängt und mit erheblicher zusätzlicher Arbeit belastet.

1005 Neben dem direkten Verkauf von öffentlichem Eigentum werden auch durch Öffentlich-Private-
1006 Partnerschaftsmodelle (ÖPPs) Leistungen der Daseinsvorsorge dem Gewinnstreben privater Konzerne
1007 untergeordnet. Eine Form der ÖPPs sind die „Cross-Border-Leasing“ (CBL) - Geschäfte. Viele
1008 Kommunen in NRW sind CBL- Geschäfte eingegangen. Bereits jetzt zeigen sich die katastrophalen
1009 finanziellen Folgen. Daher muss das Land die Kommunen bei der Rückabwicklung dieser Geschäfte
1010 unterstützen und darauf hinwirken, dass CBL- Geschäfte nachträglich für ungültig erklärt werden.

1011 Die Privatisierungspolitik der letzten Jahre war ein massiver Demokratieabbau. Ganze Bereiche
1012 existenzieller Güter sind an private Unternehmen übergeben und somit der demokratischen Kontrolle
1013 entzogen wurden. So hat die Privatisierung der LEG dazu geführt, dass der Mietspiegel nicht mehr durch
1014 öffentliche Interventionen an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert werden kann, sondern zum
1015 Spekulationsobjekt wird.

1016 Fatal wirkt sich die Privatisierungspolitik auch auf die Energieerzeugung und –versorgung aus. Wir
1017 fordern eine Wende in der Energiepolitik hin zu dezentralen Strukturen, die Überführung der
1018 Energiekonzerne in öffentliche Hand und ihre demokratische Kontrolle. Die Energieversorger sollen über
1019 die Zusammensetzung ihrer Preise transparent berichten und einen Sozialtarif für Privathaushalte mit
1020 geringem Einkommen einführen. Die Änderung der Gemeindeordnung, nach der Stadtwerke nur noch bei
1021 einem „dringenden öffentlichen Zweck“ tätig werden dürfen und dies auch nur, wenn private
1022 Unternehmen diese Aufgabe „nicht mindestens ebenso gut und wirtschaftlich“ erledigen können, muss
1023 zurück genommen werden. Wenn Kommunen ihre Netze zurückkaufen wollen, müssen sie vom Land
1024 Unterstützung erhalten.

1025 Nordrhein-Westfalen muss seinen Einfluss geltend machen, damit die Deutsche Bahn nicht privatisiert
1026 wird. Die Privatisierung von Bus- und Bahnlinien muss mit der Unterstützung des Landes
1027 zurückgenommen werden. Denn Sinn von Bus und Bahn ist nicht die Erzielung einer möglichst hohen
1028 Rendite sondern die Schaffung von Mobilität für alle – in umweltpolitischer Verantwortung und zu
1029 Preisen, die sich alle leisten können. Bahnhöfe und Haltestellen sind auf die Bedürfnisse der Fahrgäste
1030 auszurichten und müssen barrierefrei sein. Damit mehr Güter mit der Bahn transportiert werden, sind
1031 effiziente Logistikkonzepte und Verteilzentren zu entwickeln.

1032 Gegen viele Privatisierungen sind in NRW Bürgerinitiativen gegründet worden, in denen sich
1033 Beschäftigte, Gewerkschaften, Sozialverbände, Verbraucherschützerinnen und Verbraucherschützer
1034 sowie Bürgerinnen und Bürger gegen den Ausverkauf wehren.

1035 **DIE LINKE. NRW beteiligt sich an diesen Bürgerinitiativen und –begehren und unterstützt den**
1036 **Kampf gegen Privatisierungen tatkräftig. Alle Bürgerinnen und Bürger haben das Recht auf**
1037 **bezahlbare öffentliche Güter der Daseinsvorsorge. Gute Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst**
1038 **müssen gerade in Krisenzeiten unabhängig von den Profitaussichten der Unternehmen gesichert**
1039 **werden. Die demokratische Kontrolle über die Bereiche der Daseinsvorsorge muss endlich**
1040 **ausgebaut werden. DIE LINKE. NRW lehnt Privatisierungen öffentlicher Betriebe grundsätzlich**
1041 **ab.**

1042 **DIE LINKE. NRW fordert:**

- 1043 ▪ keine weiteren Privatisierungen und Rückführung der privatisierten Betriebe in die öffentliche
1044 Hand (Rekommunalisierung);
- 1045 ▪ Preisaufsicht über die Strom- und Gastarife, Strom- und Gasnetze in öffentlicher Hand, Reform
1046 der NRW-Gemeindeordnung;
- 1047 ▪ Keine Privatisierung der Deutschen Bahn; flächendeckende Nahverkehrstickets: Sozialticket in
1048 NRW; barrierefreie Bahnhöfe und Haltestellen; effiziente Logistik- und Verteilkonzepte für den
1049 Gütertransport;
- 1050 ▪ Juristische Unterstützung für Kommunen bei der Rückabwicklung von CBL-Geschäften; Verbot
1051 des Verkaufs von öffentlichen Eigentums an private Eigentümer.

1052 **2. Gesundheit ist keine Ware: für eine Neuorientierung im Gesundheitswesen**

1053 DIE LINKE. NRW tritt dafür ein, dass Gesundheit ein selbstverständlicher und zentraler Bestandteil
1054 staatlicher Daseinsvorsorge wird.

1055 DIE LINKE. NRW fordert ein soziales gerechtes und höchsten wissenschaftlichen Ansprüchen
1056 genügendes Gesundheitswesen, das allen Einwohnerinnen und Einwohnern, ungeachtet ihrer
1057 wirtschaftlichen Situation, ihres gesellschaftlichen Status und ihrer Herkunft, die bestmögliche
1058 medizinische Versorgung ermöglicht.

1059 Wir erteilen deshalb jeglicher Kommerzialisierung der Gesundheitsversorgung eine konsequente Absage:
1060 Gesundheit ist keine Ware, sondern gesellschaftliches sowie individuelles Gut. Ihre Sicherung und
1061 Wiederherstellung muss deshalb auch Aufgabe des Landes und der kommunalen Daseinsvorsorge sein.

1062 Leistungseinschränkungen (bei Fahrkosten, Brillen, Arzneien), neue Gebühren (Praxisgebühr), erhöhte
1063 Zuzahlungen (Medikamente, Krankenhausaufenthalt, Reha-Klinik), erhöhte Beiträge für Rentnerinnen
1064 und Rentner (voller Krankenversicherungs-Beitrag auf Betriebsrenten), Beiträge auf Einmalauszahlungen
1065 einer Betriebs-Lebensversicherung, Sonderbeitrag für Krankengeld und Zahnersatz und
1066 Leistungsausschlüsse (Wegfall von Entbindungs- und Sterbegeld) haben insbesondere für Menschen in
1067 prekären Lebensverhältnissen lebensbedrohliche Folgen.

1068 Landesgesundheitspolitik steht für DIE LINKE. NRW in Verbindung mit politischer
1069 Gesundheitsverantwortung und Bürgernähe, die nur als Gemeinschaftsaufgabe von Kinder-, Jugend-,
1070 Gleichstellungs-, Arbeits-, Verkehrs-, Sozial-, Wohnungs-, Umwelt-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik
1071 wirkungsvoll sein kann.

1072 DIE LINKE. NRW will, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner dieses Landes entsprechend ihres
1073 Einkommens – unter Einbeziehung aller Einkünfte – zur Finanzierung des Gesundheitswesens in Form
1074 einer solidarischen Krankenversicherung beitragen. Wir sind für eine paritätische Finanzierung des
1075 Gesundheitssektors, die von Betrieben, Verwaltungen und allen Beschäftigten - einschließlich
1076 Beamtinnen und Beamten sowie Selbständigen und Freiberuflern und Freiberuflerinnen - zu gleichen
1077 Anteilen getragen wird. Wir wollen das historisch gewachsene Sozialversicherungssystem auf der Basis
1078 des Solidarprinzips erhalten und ausbauen: Gesund für Krank, Reich für Arm, Jung für Alt.

1079 DIE LINKE. NRW befürwortet eine Bezahlung aller Ärztinnen und Ärzte nach einem zwischen Staat,
1080 Krankenversicherung, Patientenvertretung und Gewerkschaften ausgehandelten, gesetzlich abgesicherten
1081 Tarifsystem, das sich an der für die Patientinnen und Patienten direkt geleisteten Arbeit und nicht an
1082 einem Bewertungssystem orientiert, das zu einer ungerechten Budgetierung führt und den direkten Arzt-
1083 Patient-Kontakt vernachlässigt und verhindert.

1084 DIE LINKE. NRW steht für eine optimale wohnortnahe medizinische Basisversorgung der Bevölkerung,
1085 die Über-, Unter- und Fehlversorgung ausschließt. Sie stützt sich auf ein System von kommunalen bzw.
1086 öffentlichen Krankenhäusern und medizinischen Versorgungszentren für die integrierte (ambulante und
1087 stationäre) Behandlung vor Ort, ergänzt durch spezialisierte Zentren wie zum Beispiel
1088 Universitätskliniken. Schluss mit dem Abbau der Krankenhausfinanzierung und der Privatisierung von
1089 öffentlichen Krankenhäusern, für eine öffentliche Krankenhausplanung und -finanzierung.

1090 Auch die Versorgung von Patientinnen und Patienten mit einer nicht heilbaren Krankheit
1091 (Palliativmedizin) ist in NRW unzureichend geregelt und muss verbessert und ausgebaut werden.

1092 Notwendig ist zudem die Ausbildung der Ärzte in Palliativmedizin sowie ein Gesetz, das die
1093 Palliativmedizin als Pflichtfach in die ärztliche Approbationsordnung einführe.

1094 **DIE LINKE. NRW fordert als Sofortmaßnahmen im Gesundheitssektor:**

- 1095 ▪ Eine neue Krankenhausplanung, die sich am Bedarf orientiert. Der Bedarf ist aufgrund einer
1096 regelmäßigen Gesundheitsberichterstattung zu ermitteln;
- 1097 ▪ Eine fachlich fundierte Altenhilfe- und Behindertenplanung für NRW, um den Bedarf an
1098 ambulanten und stationären Plätzen für Menschen mit und ohne Handicap zu erheben und
1099 entsprechende Plätze zu Verfügung zu stellen;
- 1100 ▪ Eine öffentliche Gesundheitsversorgung, die schwerpunktmäßig den Menschen in NRW
1101 optimale Vorsorge ermöglicht, indem sie Prävention und Gesundheitsförderung zu einer
1102 vorrangigen öffentlichen Aufgabe macht;
- 1103 ▪ Eine differenzierte und qualifizierte Landesgesundheitsberichtserstattung für Männer und
1104 Frauen sowie für Kinder;
- 1105 ▪ Die Entwicklung von regionalen und geschlechtsspezifischen Gesundheitszielen im Rahmen
1106 der Landesgesundheitskonferenz: Statt isolierter Einzelmaßnahmen benötigt NRW ein in der
1107 Gesundheitskonferenz abgestimmtes Konzept auf Grundlage einer regelmäßigen
1108 Gesundheitsberichterstattung;
- 1109 ▪ Frauen werden anders krank und anders gesund – Berücksichtigung geschlechtsspezifischer
1110 Belange;
- 1111 ▪ Eine politische Unterstützung der Ärzte und Ärztinnen, die sich im Dienst ihrer Patientinnen
1112 und Patienten der Pharmalobby widersetzen, zum Beispiel nach Regeln der Organisation
1113 MEZIS (Mein Essen bezahl ich selbst);
- 1114 ▪ Alle Bereiche des Gesundheitssystems müssen öffentlicher Kontrolle unterliegen. Die
1115 Mitbestimmung unabhängiger PatientInnenvertretungen muss auf allen Ebenen des
1116 Gesundheitssystems gesetzlich geregelt werden;
- 1117 ▪ Das NRW-Krebsregister muss fortgeführt werden und zukünftig dem öffentlichen Interesse
1118 dienen.
- 1119 ▪ Zur Korruptionsbekämpfung im Gesundheitswesen soll eine Korruptionsbeauftragte
1120 eingesetzt werden, die direkt dem Landesparlament verantwortlich ist.

1121 **V. Bildung ist keine Ware**

1122 **1. Mehr Geld für Bildung – Für ein sozial gerechtes Bildungssystem**

1123 Die systematische Ausgrenzung von sozial Benachteiligten, Migrantinnen und Migranten, von chronisch
1124 Kranken und Menschen mit Behinderungen im Bildungssystem ist in Deutschland so extrem wie in
1125 keinem anderen europäischen Land. Die Zahl der Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher ist hoch. Wer
1126 die Schule nicht erfolgreich absolviert, hat kaum Chancen auf einen Ausbildungsplatz und damit auf eine
1127 gute Berufsperspektive.

1128 Bildung, und hierbei nicht zuletzt die elementare Schulbildung, ist weitgehend Ländersache. Bereits die
1129 sozialdemokratischen Regierungen der letzten Jahrzehnte haben es versäumt, in der Bildungspolitik
1130 soziale und demokratische Maßstäbe zu setzen. Halbherzig wurden die Gesamtschulen als weitere
1131 Schulform neben das mehrgliedrige Schulsystem gestellt. Individuelle Förderung in einer gemeinsamen
1132 Schule ist kein revolutionäres Ziel, sondern Wirklichkeit in nahezu allen europäischen Ländern. Nur
1133 hierzulande werden Kinder frühzeitig ihrer Lebenschancen durch den fehlenden Bildungszugang beraubt,
1134 als lebten wir noch im vorletzten Jahrhundert.

1135 Die schwarz-gelbe Regierung hat den Klassenkampf von oben in der Bildung noch weiter verschärft:
1136 Studiengebühren und weitere Verschärfung der Selektion im Schulsystem, autoritäre Kopfnote statt der
1137 Förderung sozialer Kompetenzen, Zwei-Klassen-Abitur mit der Verkürzung der Schulzeit in den
1138 Gymnasien und ein Kinderbildungsgesetz (KiBiz), das immer noch ignoriert, wie wichtig das Recht
1139 gerade der Kleinsten nicht nur auf Betreuung, sondern auch auf eine gute und kindgerechte Förderung in
1140 hochwertigen Kindertageseinrichtungen ist.

1141 DIE LINKE. NRW will, dass jedem Menschen der Zugang zu Bildung, Kultur, Wissenschaft und
1142 Information ermöglicht wird. Wir wollen ein Bildungswesen, das den Menschen, die hier leben, offen und
1143 kostenfrei eine qualitativ hochwertige und demokratische Bildung ermöglicht. Dabei ist das Aneignen
1144 individueller Fähigkeiten für uns ebenso wichtig wie das soziale Lernen in integrativen, sozial und
1145 kulturell gemischten Einrichtungen. Miteinander leben und lernen statt gegeneinander kämpfen ist unser
1146 oberstes Ziel in der Bildung.

1147 In diesem Rahmen muss Bildung jedem Kind ermöglichen, sich den eigenen Fähigkeiten und
1148 Möglichkeiten entsprechend zu entwickeln und entfalten. Das Recht auf Bildung muss im Grundgesetz
1149 verankert und endlich für alle Menschen verwirklicht werden.

1150 Das deutsche Bildungssystem leidet seit Jahren daran, dass viel zu wenig Geld zur Verfügung steht.
1151 Entgegen aller Sonntagsreden der anderen Parteien sind die Bildungsausgaben in den letzten Jahren im
1152 Verhältnis zur volkswirtschaftlichen Gesamtleistung, dem sogenannten Bruttoinlandsprodukt (BIP), sogar
1153 gesunken. Die privaten Belastungen der Eltern durch Kindergartenbeiträge, Schulbücher,
1154 Studiengebühren und private Nachhilfe steigen gleichzeitig immer mehr. Das führt zu sozialen
1155 Ungerechtigkeiten, weil gute Bildung für Kinder und Jugendliche mehr und mehr vom Geldbeutel der
1156 Eltern abhängt.

1157 Die zunehmende Finanzbelastung der Kommunen und die weiterhin ungerechte Lasten- und
1158 Steuerverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden lässt die Finanznot der Kommunen weiter
1159 steigen. DIE LINKE. NRW setzt sich nachdrücklich für eine gute und angemessene Sach- und
1160 Raumausstattung aller Bildungseinrichtungen ein.

1161 Die Kommerzialisierung und Privatisierung schreitet auch im Schulsystem immer weiter voran. Zentrale
1162 Abschlussprüfungen und Kopfnoten sind nur zwei Bausteine, mit denen die schwarz-gelbe
1163 Landesregierung das Bildungssystem den Wirtschaftsinteressen angepasst hat. Auch die
1164 Bildungszeitverkürzung in Form des achtjährigen Gymnasiums (G8), die von CDU/SPD/FDP/GRÜNEN
1165 vorangetrieben wurde, lehnt DIE LINKE. NRW ab.

1166 Noch sind die meisten Schulen im öffentlichen Bildungswesen organisiert und als soziales Recht für alle
1167 garantiert. Bildung muss eine staatliche Angelegenheit bleiben und darf nicht privatisiert werden. Schulen
1168 in privater Trägerschaft lehnen wir daher ab. Stattdessen muss viel mehr Geld ins öffentliche Schulsystem
1169 fließen.

1170 Zunehmend dreht sich die Diskussion seit geraumer Zeit um Preis und Leistung und Verwertbarkeit von
1171 Bildung statt einer pädagogischen Debatte über die Entwicklungschancen von Kindern. Der Mensch wird
1172 dabei nicht gebildet, sondern in seinen Kompetenzen für den Weltmarkt optimiert. Bildung wird nach
1173 kapitalistischer Verwertungslogik geleitet. Wirtschaftsinteressen und Schul sponsoring haben in
1174 Bildungseinrichtungen nichts zu suchen. Auch deswegen stehen wir für die Beibehaltung der Schule als
1175 Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

1176 **Deshalb fordert DIE LINKE. NRW:**

- 1177 ▪ Die Erhöhung der öffentlichen Bildungsausgaben von 4,5 Prozent auf mindestens 7 Prozent des
1178 Bruttoinlandsprodukts. Damit würde das Ausgabenniveau der Bildungsausgaben von Schweden
1179 erreicht;
- 1180 ▪ Einen nationalen Bildungspakt, der sicherstellt, dass durch eine Umverteilung der
1181 Steuereinnahmen Länder und Kommunen mehr Geld für Bildung zur Verfügung haben;
- 1182 ▪ Ausreichende Finanzmittel für die Kommunen, damit diese ihren schul- und bildungspolitischen
1183 Aufgaben in vollem Umfang und den Anforderungen entsprechend gerecht werden können;
- 1184 ▪ Mehr kommunale Möglichkeiten, bei der Mittel- und Stellenvergabe nach den Bedürfnissen der
1185 Stadtbezirke und der dort ansässigen Schulen zu agieren, um durch unterschiedliche Mittel- und
1186 Stellenzuweisungen soziale und familiäre Ungleichheiten in den Bildungschancen der
1187 kommenden Generationen auszugleichen;
- 1188 ▪ Keine Förderung der privaten Ersatzschulen für Kinder reicher Eltern durch Landesmittel;
- 1189 ▪ Der Schulinvestitionsstau muss endlich behoben und durch die Einstellung neuer Lehrkräfte die
1190 maximale Klassenstärke auf 20 Schüler und Schülerinnen begrenzt werden;

- 1191 ▪ Wir wehren uns auch gegen den Konkurrenzdruck in der Schule und wollen deshalb das
1192 Notensystem als Druck-, Disziplinar- und Selektionsmittel abschaffen;
- 1193 ▪ Unser Ziel ist die Abschaffung von Konkurrenz und Druck, einhergehend mit einer umfassenden
1194 Demokratisierung, damit können ein solidarisches Miteinander und selbstbestimmtes Lernen
1195 ermöglicht werden.

1196 **2. Gemeinsam spielend lernen: Kinder brauchen gute Kitas**

1197 Kindertageseinrichtungen wie Kitas und Krippen sind die ersten außerfamiliären Orte, die Kinder
1198 besuchen. Kinder brauchen für ihre Entwicklung vielfältige Anregungen, Spielmöglichkeiten und andere
1199 Kinder.

1200 Dies alles erhalten sie in Kitas. Sie fördern als Familien begleitende Einrichtungen die soziale,
1201 emotionale, kognitive, sprachliche, musische und motorische Entwicklung von Kindern mit dem Ziel
1202 einer freien Entfaltung der kindlichen Persönlichkeit.

1203 NRW ist ein rückständiges Land in der vorschulischen Bildung und Betreuung von Kindern. Es gibt viel
1204 zu wenig Kita-Plätze gerade für Jüngere, und der Ausbau kommt nur schleppend voran.

1205 Zwar behauptet die CDU, dass NRW in der Betreuung von Unter-3-Jährigen den Sprung vom
1206 Schlusslicht auf einen Spitzenplatz unter den Bundesländern geschafft habe. Tatsächlich gab es jedoch
1207 2008 in NRW für gerade einmal 9,4 % der Unter-3-Jährigen einen Kita-Platz. Lediglich Niedersachsen
1208 hatte eine noch niedrigere Versorgungsquote in der Tagesbetreuung der sogenannten U-3-Kinder.

1209 Fatal ist die Situation nicht zuletzt für die alleinerziehenden Frauen, die als Mütter in den meisten Fällen
1210 die Hauptverantwortung für die Kinder übernehmen. Aber auch Männer nehmen als Alleinerziehende
1211 Verantwortung für ihre Kinder wahr. Ihr Recht auf gleiche gesellschaftliche Teilhabe und Erwerbsarbeit
1212 kann ohne verlässliche und gute Ganztags-Kitas nicht durchgesetzt werden. Stattdessen verharren sie in
1213 der Negativspirale, sich um die Kinder zu kümmern und so keine eigenständigen Berufsperspektiven
1214 entwickeln zu können.

1215 Statt die vorschulische Bildung voranzutreiben hat die Landesregierung zum August 2008 das
1216 Kinderbildungsgesetz (KiBiz) in Kraft gesetzt und verunsichert die Beschäftigten und Eltern. Das KiBiz
1217 führt zu Qualitätseinbußen und Arbeitsplatzabbau auf Kosten der Kinder und der Beschäftigten sowie zu
1218 deutlich gestiegenen Elternbeiträgen. Diese sind von Gemeinde zu Gemeinde, und teilweise zwischen
1219 einzelnen Jugendamtsbezirken, höchst unterschiedlich: Die oberste Einkommensgruppe zahlte 2008 in
1220 Münster monatlich 313 und in Königswinter 820 € für die Tagesbetreuung eines Kindes unter 2 Jahren.

1221 Besonders in Städten, in denen viele Einkommensschwächere leben, sind die Elternbeiträge besonders
1222 hoch, weil das Land die Kommunen mit den Lasten der Vorschulbildung weitgehend alleine lässt.

1223 Das KiBiz ist eine Mogelpackung, unter der vor allem die Qualität der Betreuung leidet. Die Gründe
1224 dafür sind zahlreich: Zu niedrig sind die Landeszuschüsse für jedes betreute Kind, so dass der
1225 Betreuungsschlüssel vielerorts schlechter wurde. Viele Einrichtungen haben kürzere Öffnungszeiten.
1226 Kleine oder Einrichtungen mit älteren Beschäftigten stehen vor dem finanziellen Aus. Leitungen können
1227 nicht mehr freigestellt werden, die Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher entfällt. Das KiBiz
1228 öffnet zudem der Privatisierung der Kindertagesbetreuung Tür und Tor. Auch reichen die gedeckelten
1229 Landeszuschüsse des KiBiz bei weitem nicht für einen zügigen Ausbau der Unter -3-Jährigen-Betreuung.

1230 Der Beruf der Erzieherin bzw. des Erziehers wird gering geschätzt und schlecht bezahlt, es existiert
1231 keinerlei Debatte über einen Bildungsplan für die Förderung der Kleinsten, und die Eltern stehen mit
1232 teuren und personell schlecht ausgestatteten Einrichtungen im Regen.

1233 Die derzeitigen Ausbildungsanstrengungen in NRW reichen bei weitem nicht aus, sodass ein
1234 Fachkräftemangel bereits eingetreten ist. Gleichzeitig schließt das KiBiz Kinderpflegerinnen und
1235 Kinderpfleger, die seit Jahren eine gute Arbeit leisten, als Berufsgruppe für die meisten Gruppenformen
1236 ab 2011 aus.

1237 **DIE LINKE. NRW fordert:**

- 1238 ▪ Gleiche Chancen und einen Rechtsanspruch auf Tagesbetreuung für alle Kinder von Anfang an.
1239 Dieser Rechtsanspruch muss unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern gelten. Um ihn

- 1240 einzulösen, brauchen wir ein Ausbauprogramm und eine Finanzierung, zu der besonders Bund
1241 und Länder beitragen müssen;
- 1242 ▪ Kindertagesbetreuung muss gebührenfrei und für alle gleich zugänglich sein. Das heißt
1243 beispielsweise, dass es keine Wartelisten für Plätze und ein kostenfreies Mittagessen in
1244 Ganztageseinrichtungen gibt;
- 1245 ▪ Kindertagesbetreuung gehört in die öffentliche und nicht in die privatgewerbliche Hand. Das
1246 heißt, wir wollen ausreichend steuerfinanzierte Kita-Plätze in öffentlicher, kommunaler
1247 Trägerschaft und eine bessere Personalausstattung.

1248 **Für die Landespolitik in NRW bedeutet dies:**

- 1249 ▪ Die Landesregierung muss die „Sparpackung KiBiz“ zurücknehmen. Kindertagesbetreuung auf
1250 qualitativ hohem Niveau kostet Geld;
- 1251 ▪ Das Betreuungsangebot für Unter-3-Jährige insbesondere in Kindertageseinrichtungen muss
1252 zügig ausgebaut werden;
- 1253 ▪ „Für die Kurzen nur das Beste“: Die Ausbildung zukünftiger Erzieherinnen und Erzieher gehört
1254 an die Hochschulen. Schon jetzt muss viel mehr ausgebildet werden, um Personal für den Ausbau
1255 für Unter-3-Jährigen und für den Ganztagsausbau zu haben. Das Land NRW sollte daher
1256 umgehend entsprechende Studiengänge für frühkindliche Bildung an den nordrhein-westfälischen
1257 Hochschulen einrichten;
- 1258 ▪ Die Bezahlung der pädagogischen Fachkräfte muss erheblich besser werden. Die Arbeit der
1259 Erzieherinnen und Erzieher muss mehr geschätzt und aufgewertet werden;
- 1260 ▪ Die Höhe der Beiträge darf nicht vom Wohnort abhängen. Gebührensatzungen müssen auf
1261 Landesebene einheitlich sein.

1262 **3. Eine Schule für alle – länger gemeinsam lernen**

1263 Bis vor wenigen Jahren war die Grundschule die einzige Schulform in NRW, in der alle Kinder
1264 gemeinsam lernten und lebten. Die Grundschulen haben in internationalen Vergleichsstudien besser
1265 abgeschnitten als die weiterführenden Schulen.

1266 Dieses gemeinsame Lernen und Wachsen hat die Landesregierung durch die Aufhebung der
1267 Schuleinzugsbezirke von Grundschulen zerstört. Die irrsinnige Idee der „freien Schulwahl“ durch die
1268 Eltern führt zur sozialen Selektion, denn nur bestimmte Eltern können es sich leisten, ihre Kinder vor und
1269 nach der Schule weit zu fahren, um sie nicht in die nächstgelegene Schule zu geben. Auch der Städtetag
1270 hat sich gegen diese Idiotie gewandt, da die Kommunen die weitere soziale Spreizung in den
1271 Grundschulen befürchten.

1272 DIE LINKE. NRW hält die Wiedereinführung der Schuleinzugsbezirke auch entwicklungspsychologisch
1273 für unabdingbar: Kinder sollen schon im Grundschulalter zu selbstständigen Menschen werden. Dafür
1274 müssen Kinder die Möglichkeit haben, sich nach der Schule und am Wochenende mit anderen Kindern
1275 aus der Klasse zu treffen und ihre Freizeit gemeinsam und ohne Eltern in der Wohnumgebung verbringen
1276 zu können. Das wird nur durch Schulen, die fußläufig zu erreichen sind, möglich – ohne „Eltern-Taxi“.

1277 Grundschulen sollten – wie in vielen europäischen Nachbarländern – als Ganztagschulen konzipiert
1278 werden. Die Landesregierung stellt zurzeit die Ganztagsangebote vorwiegend als Betreuungsangebote für
1279 berufstätige Eltern dar. Das ist falsch!

1280 Kinder sind lernbegierig, wie alle Lernforscherinnen und Lernforscher einhellig feststellen. Es kann nicht
1281 allein den Eltern aufgetragen werden, Kindern all die Bildungs-, Bewegungs- und Kulturangebote zu
1282 bieten, die zu einer umfassenden Persönlichkeitsentwicklung beitragen. Daher muss die Grundschule zu
1283 einem ganztätigen Lernraum ausgebaut werden, in dem qualifiziertes Personal den Bildungsauftrag
1284 erfüllt.

1285 Das gemeinsame Lernen in einer Schule darf aber nicht mit dem zehnten Lebensjahr enden. Die PISA-
1286 Studien zeigen, dass unser mehrgliedriges Schulsystem im internationalen Vergleich schlecht
1287 abschneidet. Es führt zu schlechten Abschlüssen und ist sozial stark selektiv. In erschreckend hohem
1288 Maße sind in NRW insbesondere Kinder aus bildungsfernen Schichten und Kinder mit

1289 Migrationshintergrund betroffen. Für ein Viertel dieser Kinder schafft das NRW-Schulsystem nicht die
1290 notwendigen Startbedingungen für den Einstieg in das Berufs- und Erwachsenenleben. Sie werden
1291 aufgegeben. Statt Sitzenbleiben und Bewertung über Kopfnoten sollten Schüler und Schülerinnen ihren
1292 Bedürfnissen und Fähigkeiten entsprechend gefördert werden, damit niemand ohne Schulabschluss die
1293 Schule verlässt.

1294 Wir kämpfen dafür, dass auch die Kinder in NRW wie die meisten Kinder in Europa eine gemeinsame
1295 Schule von der ersten bis zur zehnten Klasse in Ganztagsform besuchen.

1296 Die schwarz-gelbe Landesregierung hält trotz aller wissenschaftlichen Erkenntnisse am gegliederten
1297 Schulsystem fest, behindert sogar die Gründung neuer Gesamtschulen – trotz des vielfachen Wunsches
1298 von Eltern und Kommunen.

1299 **Deshalb will DIE LINKE. NRW „Eine Schule für Alle“, die sich an den individuellen**
1300 **Lernbedürfnissen Einzelner orientiert und Schülerinnen und Schüler nicht nach Alter normiert.**
1301 **Sie ist integrativ (Kinder mit und ohne Behinderungen lernen gemeinsam), barrierefrei und sozial.**
1302 **Diese Schule ist jahrgangsübergreifend, fördernd und kennt keine Ziffernnoten. Sie ist ganztätig,**
1303 **fördert das soziale Miteinander und den Spaß am Lernen.**

1304 Statt „Verwahranstalt“ muss die Schule Plattform für soziale Entwicklung sein, so dass nicht nur das
1305 gemeinsame, ganztägige Lernen, sondern auch eine gemeinsame Gestaltung der Freizeit dazugehört.
1306 Vielfältige Sport-, Musik- und Freizeitangebote fördern das soziale Miteinander, die Freude am Lernen
1307 und sind wichtig für eine gesunde Entwicklung.

1308 DIE LINKE. NRW fordert eine landesweite Aufklärungskampagne über die Vorteile des längeren
1309 gemeinsamen Lernens, um Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, Eltern und alle Bürgerinnen und Bürger
1310 für dieses Modell zu gewinnen.

1311 Die Landesregierung hat mit der Schulzeitverkürzung am Gymnasium ein heilloses Chaos angerichtet:
1312 Die Sekundarstufe I wurde um ein Schuljahr verkürzt, aber die Lehrpläne wurden nicht ausgedünnt, in
1313 einigen Fächern sogar noch weiter angefüllt. Schülerinnen und Schüler sollen nun in kürzerer Zeit noch
1314 mehr lernen. Die Illusion der Halbtagschule geht jetzt am Gymnasium nicht mehr auf, bei bis zu 36
1315 Unterrichtsstunden in fünf Tagen. Dazu kommen noch jede Menge Hausaufgaben. Die Landesregierung
1316 macht die Kinder kaputt, weil sie etwas gegen das angeblich zu hohe Alter frisch ausgebildeter
1317 Akademikerinnen und Akademiker tun wollte.

1318 DIE LINKE. NRW fordert daher, dass das Gymnasium umgehend zur 6jährigen Sekundarstufe I
1319 zurückgeführt wird.

1320 Die Weigerung der schwarz-gelben Landesregierung, die Lernbedingungen an den Gymnasien kritisch in
1321 den Blick zu nehmen, führt zu absurden Folgen: Aus den auch am Gymnasium abnehmenden
1322 Schülerinnen- und Schüler-Zahlen ergeben sich abnehmende Kursangebote in der Oberstufe.
1323 Schülerinnen und Schüler müssen die Schulen oder ihre Leistungskurse wechseln. Das widerspricht der
1324 Idee der gymnasialen Oberstufe, die ein individuelles Profil ermöglichen sollte, was durch die vielen
1325 Pflichtbindungen ohnehin schon stark beschränkt wird. Seit vielen Jahren existieren Kooperation von
1326 nachbarschaftlichen Gymnasien und Gesamtschulen, um überhaupt noch Wahlmöglichkeiten in den
1327 Leistungskursen zu ermöglichen. Eine Folge dessen ist, dass die Schülerinnen und Schüler während eines
1328 Schultages mehrfach den Schulort wechseln.

1329 Deshalb fordert DIE LINKE. NRW die Einführung von Oberstufenzentren, in denen die Oberstufen
1330 mehrerer Gymnasien und Gesamtschulen zusammengefasst werden. Das ergibt dann ein umfangreiches
1331 Wahlangebot der Leistungs- und Grundkurse, um die Bildungsbedürfnisse der Schülerinnen und Schüler
1332 sicherzustellen.

1333 Grundsätzlich möchte DIE LINKE. NRW diese Oberstufenzentren mit den Berufskollegs zu einem
1334 umfassenden System der Sekundarstufe II verbinden.

1335 **DIE LINKE. NRW tritt ein für:**

- 1336 ▪ Die sofortige Umsetzung des Konzepts “Eine Schule für Alle“ in NRW;
- 1337 ▪ Die Wiedereinführung der Wohnortbindung für Grundschülerinnen und -schüler;
- 1338 ▪ Jahrgangsübergreifendes Lernen in Grundschule und weiterführenden Schulen;

- 1339 ▪ Erhöhung der öffentlichen Bildungsausgaben auf mindestens 7 Prozent des BIP;
- 1340 ▪ Kleinere Klassen mit maximal 20 Schülerinnen und Schülern;
- 1341 ▪ Einen garantierten Platz an einer Gesamtschule für jedes Kind;
- 1342 ▪ Die Einrichtung von Ganztagschulen mit kostenlosem Mittagessen für alle;
- 1343 ▪ Kostenlose Schulbücher für alle Kinder;
- 1344 ▪ Erstattung der Klassenreisekosten für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen;
- 1345 ▪ Eine landesweit einheitlichen Anspruch auf eine Einschulungsbeihilfe für Kinder aus Familien
1346 mit geringem Einkommen;
- 1347 ▪ Die sofortige Abschaffung von Kopfnoten und „Sitzenbleiben“;
- 1348 ▪ Die Einrichtung von Oberstufenzentren, in denen die bestehenden gymnasialen Oberstufen
1349 zusammengefasst werden, um ein breit gefächertes Angebot an von Grund- und Leistungskursen
1350 zu gewährleisten;
- 1351 ▪ Die Einrichtung von Kompetenzzentren, die Beratungs- und Förderangebote bündeln und mit den
1352 erforderlichen personellen und sächlichen Ressourcen ausgestattet sind.

1353 **4. Die Schule als Haus des demokratischen Lernens und Lebens**

1354 Eine Reform der Schulstruktur ist untrennbar mit einer inneren Schulreform verbunden. Auch hierbei ist
1355 Integration für uns die Leitidee. Integration bedeutet die Verbindung von Theorie und Praxis, das
1356 gemeinsame Lernen von Schülerinnen und Schülern unterschiedlicher sozialer Herkunft, das Arbeiten an
1357 einem Lerngegenstand mit unterschiedlichen Methoden und vieles mehr. Bei all diesen Formen von
1358 Integration steht der Gedanke im Vordergrund, dass Unterschiede das Lernen und Leben der Menschen in
1359 der Schule anregen und bereichern.

1360 Eine soziale, demokratische, chancengleiche Bildung und Weiterbildung in den Kommunen bedeutet für
1361 DIE LINKE. NRW auch, dass jedes Kind in seinen musischen, künstlerischen, sportlichen und weiteren
1362 Fähigkeiten gefördert werden muss. Der Fokussierung der Schulen auf rein abfragbares Wissen, wie es
1363 PISA, die Lernstandserhebungen und zentrale Prüfungen tun, wollen wir entgegenwirken.

1364 Menschen mit und ohne Behinderung sollten miteinander und voneinander lernen. Anstelle der
1365 Aussonderung in Förderschulen sollte die sonderpädagogische Förderung in Regelschulen stattfinden.

1366 Die kritische Auseinandersetzung mit Geschlechterrollen und Sexismus ist eine Querschnittsaufgabe, die
1367 in der Schule einen wichtigen Stellenwert hat. Auch hier gilt: Sowohl im Unterricht als auch im Leben
1368 miteinander, in Entscheidungsprozessen und bei der Lösung von Konflikten ist ein bewusster Umgang
1369 mit herrschenden Machtverhältnissen geboten. Die Schule sollte dazu beitragen, traditionelle Rollenbilder
1370 zu überwinden, für Mädchen und Frauen Handlungsspielräume zu vergrößern und ihr Selbstbewusstsein
1371 zu stärken.

1372 Autonomie und Demokratie spielen für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen eine wichtige
1373 Rolle. Schülerinnen und Schüler sollen von Anfang lernen, ihr Zusammenleben und ihr Lernen selbst zu
1374 gestalten. Das gilt für die Inhalte wie für die Formen des Lernens. Echtes Lernen, mit emotionalem
1375 Engagement, mit Neugier und Spaß ist nur möglich, wenn Schülerinnen und Schüler nicht bloße Objekte
1376 der Beschulung sind. Sie sollen vielmehr die Möglichkeit bekommen, selbst zu entscheiden, was und wie
1377 sie lernen. Eine solche Schule, in der sich Kinder und Jugendliche mit ihren Bedürfnissen ernst
1378 genommen fühlen, bietet Raum für ein solidarisches Miteinander.

1379 Projektorientierung und die Überwindung von Klassen- und Altersgrenzen sind wichtige Schritte für eine
1380 Selbstorganisierung des Lernprozesses. Dabei müssen alle Kinder und Jugendlichen Möglichkeiten der
1381 Einflussnahme haben. Arbeitsgemeinschaften, die von Schülerinnen und Schülern selbst initiiert werden,
1382 sollen gezielt gefördert werden.

1383 Ein zentrales Element, das zurzeit selbstbestimmtes, solidarisches Lernen, eine demokratische Schule und
1384 eine reformpädagogische Erneuerung verhindert, ist die Benotung. Noten reduzieren angeeignetes Wissen
1385 und die Fähigkeit, dieses zu reproduzieren – das heißt, in irgendeiner Weise nachzuweisen, dass “gelernt”
1386 wurde. Die Individualität der Schülerin oder des Schülers wird unsichtbar. Dieser Zwang, eine bestimmte

1387 Qualität (das Wissen) auf eine Quantität (die Note) umzuformen, bestimmt schon die Form der
1388 Aneignung des Wissens und damit auch seine Inhalte. Noten fördern nicht das Verständnis für den
1389 Lerngegenstand, sondern das Lernen für das Kurzzeitgedächtnis, weil immer nur für den nächsten Test
1390 oder die nächste Arbeit gelernt wird. DIE LINKE. NRW setzt sich deshalb als Alternative für Noten für
1391 ein Recht auf Information der Schülerinnen und Schüler ein: Auf Anfrage sollen alle Schülerinnen und
1392 Schüler stets Auskunft über ihren Leistungsstand und ihre individuellen Stärken und Schwächen erhalten
1393 können.

1394 DIE LINKE. NRW fordert auch eine Demokratisierung in den Entscheidungsstrukturen der Schulen.
1395 SchülerInnenvertretungen sollen sich mit allen Belangen der Schülerinnen und Schüler befassen können.
1396 Die Schülerinnen und Schüler sollen des Weiteren im Unterricht über die Auswahl von Themen sowie
1397 über die Unterrichtsgestaltung mitentscheiden dürfen. In der Schulkonferenz ist eine Stärkung der
1398 SchülerInnenposition geboten. Daher setzen wir uns dafür ein, dass Schülerinnen und Schüler 50 Prozent
1399 der Stimmen in der Schulkonferenz bekommen.

1400 Kinder mit Migrationshintergrund sind die Zukunft NRWs und der Kommunen. Nach den
1401 Bevölkerungszahlen NRWs haben rund 3 Prozent aller Schülerinnen und Schüler in allen Schulformen
1402 einen Migrationshintergrund. Diese Gruppe hat demnach einen wesentlichen Anteil an der Zukunft dieser
1403 Gesellschaft. Dabei steht für DIE LINKE. NRW das individuelle Recht auf Bildung jedes Kindes an
1404 erster Stelle. So können und dürfen wir es nicht länger hinnehmen, dass diese Kinder und Jugendlichen
1405 nicht in allen ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten gefördert und in ihren Bildungsmöglichkeiten beschränkt
1406 werden. PISA hat ergeben: Ein Kind mit erkennbarem Migrationshintergrund wird bei gleicher Leistung
1407 nach der Grundschule nicht so schnell auf ein Gymnasium oder eine Realschule empfohlen wie ein
1408 deutsches Kind.

1409 Kinder mit Migrationshintergrund müssen - wie alle anderen Kinder - höchstmöglich qualifiziert werden.
1410 Insbesondere Sprachförderungsangebote müssen für alle Kinder mit entsprechendem Bedarf stattfinden.
1411 Die Mehrsprachigkeit von Kindern mit Migrationshintergrund muss als Chance verstanden und gefördert
1412 werden. So sollen diese Sprachkenntnisse in den Grundschulen in der Form von Ergänzungsunterricht
1413 und in weiterführenden Schulen als offene Fremdsprachenangebote für alle gefördert werde.

1414 **DIE LINKE. NRW tritt ein für:**

- 1415 ▪ Förderung der Sprachkenntnisse von Kindern mit Migrationshintergrund durch für alle offenen
1416 Ergänzungsunterricht;
- 1417 ▪ Fortbildung der Lehrkräfte mit den Fächern Deutsch als Zweitsprache und Deutsch als
1418 Fremdsprache;
- 1419 ▪ Zweisprachige Alphabetisierung in der Grundschule - solche Modelle existieren in einigen
1420 Städten mit großem Erfolg;
- 1421 ▪ Freiwilligen Förderunterricht für Kinder, die auf elterliche Unterstützung aufgrund von
1422 Sprachschwierigkeiten verzichten müssen – damit das Matheverständnis nicht an der Textaufgabe
1423 scheitert.

1424 **5. Lehrerinnen und Lehrer besser ausbilden**

1425 Die Lehrerinnen und Lehrerausbildung in NRW musste aufgrund der Einführung des
1426 Hochschulfreiheitsgesetzes durch die schwarz-gelbe Regierung auf Bachelor- und Masterstudiengänge
1427 umgestellt werden. Die Umsetzung ist völlig kontraproduktiv verlaufen. Studierende im ganzen Land
1428 NRW klagen über die Unstudierbarkeit und die Überlastung durch völlig verschulte
1429 Lehramtsstudiengänge. Mit dem neuen Lehrerausbildungsgesetz sind Chancen vertan worden Ausbildung
1430 von Lehrerinnen und Lehrern in NRW zu modernisieren. Wir kritisieren insbesondere, dass die
1431 angehenden Lehrerinnen und Lehrer weiterhin für die einzelnen Schulformen ausgebildet werden. Hier ist
1432 die Chance vertan worden, ein längeres gemeinsames Lernen der Kinder in den Blick zu nehmen.

1433 Die Vorbereitungszeit auf das Lehramt leidet wiederum schon seit einigen Jahren unter dem
1434 Bedarfsdeckenden Unterricht (BDU), den die rot-grüne Landesregierung noch einführte. Der BDU dient
1435 dazu, die Lücken im Unterrichtsbedarf an den Schulen zu schließen, der durch die Nicht-Einstellung von
1436 Lehrkräften entstand. Lehramtsanwärterinnen und -anwärter müssen aufgrund dieser Regelung
1437 eigenständig Unterricht erteilen, ohne dass eine Begleitung stattfindet. Der Bedarfsdeckende Unterricht

1438 (BDU) blieb in vollem Stundenvolumen bei gleichzeitiger Verkürzung der Ausbildungszeit auf 12 Monate
1439 erhalten. Somit wird der BDU den Löwenanteil des Ausbildungsunterrichts ausmachen. Die schwarz-
1440 gelbe Landesregierung will in kürzerer Zeit mehr Lehrkräfte „produzieren“. Die zukünftigen Lehrkräfte
1441 sollen gleichzeitig schon während ihrer Ausbildung die Lücken an den Schulen stopfen.

1442 Dieser Logik müssen wir Einhalt gebieten: Die Vorbereitung auf den Lehrberuf muss umfassend,
1443 theoriegestützt, fachlich begleitet und mit genügend Raum für Reflexion erfolgen.

1444 **DIE LINKE. NRW tritt ein für:**

- 1445 ▪ Verbesserung der Studierbarkeit in Lehramtsstudiengängen und echte Anpassung an die
1446 inhaltlichen, didaktischen und pädagogischen Anforderungen;
- 1447 ▪ Verbesserung der Betreuungsschlüssel von Professorinnen und Professoren und Studierenden;
- 1448 ▪ Praxisnahe Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer mit Reflexion im Vorbereitungsdienst;
- 1449 ▪ Garantie auf einen Masterstudienplatz;
- 1450 ▪ Die zweite Phase (Praxisausbildung) der Lehrkräfteausbildung muss wieder in zwei Jahren
1451 erfolgen;
- 1452 ▪ Die Lehramtsanwärterinnen und -anwärter müssen bei allen Unterrichtsvorhaben betreut und
1453 pädagogisch begleitet werden;
- 1454 ▪ Eine Bezahlung der Lehramtsanwärterinnen und -anwärter entsprechend der Forderung der
1455 Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Höhe von mindestens 1.600 Euro monatlich
1456 (brutto);
- 1457 ▪ Die sofortige Abschaffung des „Bedarfsdeckenden Unterrichts“ .

1458 **6. Ausbildung für alle**

1459 Der Ausbildungspakt ist gescheitert: auch in 2009 konnte das Ziel, bundesweit mindestens 600.000
1460 Ausbildungsplätze anzubieten, durch die Arbeitgeber nicht erfüllt werden. Ausbildung ist immer noch
1461 Mangelware: in NRW fehlen nach wie vor rund 20.000 betriebliche Ausbildungsplätze. Hinzu kommen
1462 etwa 60.000 Jugendliche in Nordrhein-Westfalen, die in sogenannten Warteschleifen auf einen
1463 Ausbildungsplatz hoffen. Schon jetzt macht in den Berufskollegen nur noch jede und jeder zweite
1464 Schülerin und Schüler eine duale Ausbildung in Berufsschule und Betrieb. Neben denjenigen, die sich in
1465 vollzeitschulischen Ausbildungen, wie sie etwa in den Pflegeberufen existieren, befinden, gibt es auch
1466 viel zu viele ohne eine Perspektive auf gute Ausbildung. Sie befinden sich in einer sogenannten
1467 „Berufsvorbereitungsmaßnahme“ oder haben überhaupt keine Möglichkeit der Ausbildung und
1468 Qualifizierung.

1469 Freiwillige Vereinbarungen wie der Ausbildungspakt oder regionale Bündnisse für Ausbildung führen
1470 nicht zu einem ausreichenden Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen. Die Verantwortung für
1471 dieses Angebot liegt bei den Arbeitgebern. DIE LINKE. NRW möchte die duale Berufsausbildung
1472 dauerhaft sichern und somit die betriebliche Ausbildung stärken. Die Kosten sollen die Unternehmen
1473 tragen und nicht die öffentlichen Kassen.

1474 Nach der Ausbildung stehen junge Menschen oft wieder vor Schwierigkeiten. In zahlreichen Betrieben
1475 werden ehemalige Auszubildende nicht übernommen. Viele ausgelernte Fachkräfte werden von der
1476 Agentur für Arbeit in prekäre Beschäftigungsverhältnisse (z.B. Leiharbeit) vermittelt. Und die jungen
1477 Beschäftigten sind wiederum die ersten, die gehen müssen, wenn die Auftragslage nachlässt. Denn junge
1478 Beschäftigte arbeiten besonders oft unter schlechten Arbeitsbedingungen in Form von Leiharbeit,
1479 Minijobs und Befristung. Ein Drittel der Beschäftigten unter 30 Jahren verdient trotz Vollzeit-Arbeit
1480 weniger als 1.500 Euro brutto. Zwei Drittel der Beschäftigten unter 30 Jahren haben Angst um ihre
1481 berufliche Zukunft.

1482 **DIE LINKE. NRW fordert:**

- 1483 ▪ Betriebe, Unternehmen und Verwaltungen, die ausbilden können, die Verantwortung jedoch nicht
1484 übernehmen, müssen sich an Ausbildung oder den Kosten von Ausbildung (beispielsweise durch
1485 eine Umlagefinanzierung) beteiligen; dadurch sollen Ausbildungsquoten erhöht bzw.

- 1486 Ausbildungsplätze in kleinen und mittelständischen Betrieben, die die Eignung zum Ausbilden
1487 besitzen, gefördert werden;
- 1488 ▪ Das Recht auf Ausbildung muss ins Grundgesetz;
 - 1489 ▪ Die Qualität der Ausbildung soll durch unabhängige Kontrollstellen gesichert und erhöht werden;
 - 1490 ▪ Keine Anreize für Ausbeutung, sondern einen Schuttschirm für junge Beschäftigte: gesetzlicher
1491 Mindestlohn, bessere Rechte für befristet Beschäftigte, Stärkung der Rechte der Jugend- und
1492 Auszubildendenvertretungen in Betrieben und Verwaltungen, verbindliche Regelungen zur
1493 Übernahme.

1494 **7. Hochschulbildung unabhängig von sozialer Herkunft ermöglichen**

1495 In NRW leben rund 470.000 Studierende, die vom rabiatischen Bildungsabbau der schwarz-gelben
1496 Landesregierung betroffen sind. Die Bilanz der schwarz-gelben Regierung in Sachen Hochschulpolitik
1497 ist verheerend. Die neoliberale Bertelsmann-Stiftung diktierte CDU und FDP das sogenannte
1498 „Hochschulfreiheitsgesetz“ und machte den Weg frei für die Einführung von allgemeinen
1499 Studiengebühren. Aber auch die ehemalige rot-grüne Regierung hat den schleichenden Weg zu
1500 Studienbeiträgen mit zu verantworten. Jene „Eliten“ forcieren mit der Einführung des
1501 Hochschulfreiheitsgesetzes die kapitalistische Verwertbarkeit der Studierenden. Bereits 2003 wurde gegen
1502 die massiven Proteste der Studierenden mit der Einführung von sogenannten Studienkonten und daraus
1503 resultierenden Langzeitstudiengebühren der Weg für allgemeine Studienbeiträge bereitet.

1504 Mit der flächendeckenden Umstellung auf das Bachelor/Master-System im Zuge des Bologna-Prozesses
1505 sollen Studierende schneller in den Arbeitsmarkt gedrängt werden. Das Konkurrenzdenken unter
1506 Studierenden nimmt durch das Bachelor/Master-System massiv zu und ist eine erwünschte
1507 Nebenerscheinung in der neoliberalen Denklogik.

1508 Mit der Installierung der sogenannten Hochschulräte setzt die Landesregierung auf die schleichende
1509 Privatisierung der Hochschulen, während die öffentlichen Gremien der Hochschulen entmachtet wurden.
1510 Profitinteressen prägen vermehrt die Ausrichtung der einzelnen Institute. Unter dem Stichwort
1511 „Drittmittelwerbung“ verschaffen sich selbst Rüstungskonzerne einen unkomplizierten Zugang zu den
1512 einzelnen Instituten. Die Landesregierung fördert diesen Trend, indem sie seit Jahren Kürzungen im
1513 Bildungsbereich vornimmt und die Institute zwingt, sich nach „Drittmitteln“ umzuschauen. Immer stärker
1514 bestimmen so der Markt und die Konzerne Forschung und Bildung an den Hochschulen. Direkt geschieht
1515 dies in der Hochschule durch Privatisierung und Kürzung der öffentlichen Mittel und indirekt bei den
1516 Studierenden durch den Verwertungszwang, die Studiengebühren und die Angst vor der Erwerbslosigkeit
1517 nach dem Studium.

1518 Dieser studierendenfeindlichen Politik stellt sich DIE LINKE. NRW entschlossen entgegen. Wir wollen
1519 die chronische Unterfinanzierung des Hochschulwesens in NRW beenden und eine demokratische
1520 Hochschulreform vorantreiben, in der freie und kritische Wissenschaft sowie demokratische Bildung zum
1521 Nutzen der Menschen im Mittelpunkt stehen. In diesem neuen Klima werden Innovationen und
1522 Errungenschaften gefördert, die nicht privatwirtschaftlichen Zwecken dienen, sondern die Studierenden
1523 zu kritisch-reflektierten und sozial kompetenten Menschen ausbilden und so einen
1524 gesamtgesellschaftlichen Nutzen haben. Bildung ist ein Menschenrecht!

1525 **DIE LINKE.NRW fordert:**

- 1526 ▪ Ein gebührenfreies Studium – sofortige Abschaffung aller Studiengebühren; sofortige
1527 Rückzahlung von Studienbeiträgen;
- 1528 ▪ Das BAföG ausbauen: bedarfsdeckend, repressionsfrei und elternunabhängig; die Höchstdauer
1529 der Zahlung an die durchschnittliche Studienzeit anpassen;
- 1530 ▪ Demokratisierung von Hochschulen und Mitbestimmung von Studierenden in allen Gremien –
1531 Weg mit Hochschulräten;
- 1532 ▪ Stärkung von studentischer Selbstverwaltung und die Einführung einer Viertelparität in den
1533 Senaten – Jeweils ein Viertel Studierende, Professorinnen und Professoren, wissenschaftliche und
1534 nicht-wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter;

- 1535 ▪ Die gesetzliche Verankerung des allgemeinpolitischen Mandats für die demokratisch gewählten
1536 und damit legitimierten Studierendenvertretungen;
- 1537 ▪ Hochschulen in staatliche Verantwortung - Rücknahme des Hochschulfreiheitsgesetzes ;
- 1538 ▪ Einen Tarifvertrag für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Hochschulen, einschließlich
1539 der studentischen Kräfte und Lehrbeauftragten;
- 1540 ▪ Investitionen in Infrastruktur und Personal;
- 1541 ▪ Beibehaltung der Fächervielfalt an den Hochschulen und Beibehaltung auch von kleineren
1542 Studiengängen;
- 1543 ▪ Rüstungsforschung und industriegeführte Forschung aus öffentlichen Mitteln beenden;
- 1544 ▪ Einen offenen Studienzugang im Landeshochschulgesetz verankern: individuelle
1545 Auswahlverfahren abschaffen, die lernfeindlichen Restriktionen des Bachelor/Master-Systems
1546 überwinden und als ersten Schritt dorthin Zugangsbeschränkungen beim Übergang vom Bachelor
1547 zum Master ausschließen;
- 1548 ▪ Wegfall des Numerus Clausus;
- 1549 ▪ Neubesetzung von Professuren bevorzugt mit Frauen mit dem Ziel, einen Anteil von mindestens
1550 50 Prozent Professorinnen auf Landesebene zu erreichen; dauerhaft sollen mindestens die Hälfte
1551 der Professorinnen und Professoren in NRW weiblich sein;
- 1552 ▪ Barrierefreie Hochschulen.

1553 **8. Gute öffentliche Bildung für alle – Unabhängig von Religion und Weltanschauung**

1554 DIE LINKE. NRW ist grundsätzlich für die Trennung von Kirche und Staat.

1555 Für uns ist Religion eine Privatangelegenheit. Wir sind der Auffassung, dass niemand wegen seiner
1556 religiösen Orientierung oder aufgrund dessen, dass er keiner Religion angehört, diskriminiert werden darf.

1557 In Nordrhein-Westfalen gibt es neben den öffentlichen Schulen eine große Anzahl sogenannter
1558 „Ersatzschulen“ in kirchlicher Trägerschaft. Zudem ist ein erheblicher Teil der Kindertageseinrichtungen
1559 in der Hand kirchlicher Träger. Finanziert werden diese Einrichtungen allerdings nicht durch die Träger,
1560 sondern weitestgehend durch staatliche Mittel.

1561 Eine Folge ist, dass viele Kinder nicht die Möglichkeit erhalten, wohnortnah eine nicht-konfessionelle
1562 Kindertagesstätte oder Schule zu besuchen.

1563 Insbesondere in den Ballungszentren haben sich zudem die kirchlichen Kitas und Schulen zu
1564 Instrumenten sozialer und kultureller Auslese entwickelt. Diese Einrichtungen mit erheblich geringerem
1565 Anteil an Migrantinnen und Migranten werden nicht nur von gläubigen Eltern bevorzugt, sondern
1566 zunehmend auch von solchen, die für ihre Kinder nach einer Einrichtung weitgehend ohne
1567 Einwandererkinder suchen.

1568 Das Land Nordrhein-Westfalen garantiert den Kirchen und Religionsgemeinschaften einen
1569 weitreichenden Einfluss auf die Bildung und Erziehung nicht nur in ihren eigenen Einrichtungen, sondern
1570 auch in den staatlichen Regelschulen. Der Religionsunterricht ist durch die Landesverfassung festgelegt,
1571 und die Religionsgemeinschaften können weitgehend eigenständig über den Lehrplan bestimmen.

1572 Die weltanschaulich neutralen Fächer Philosophie (gymnasiale Oberstufe) und praktische Philosophie
1573 (Sekundarstufe I) haben bislang formal den Charakter von Ersatzfächern für den Religionsunterricht.

1574 Derzeit setzen sich Schülerinnen und Schüler in weltanschaulichen und damit vielfach auch ihrer
1575 ethnischen Herkunft nach getrennten Fächern mit Fragen der Ethik, Religion und Philosophie
1576 auseinander.

1577 Wir lehnen diese Spaltung in verschiedene Weltanschauungen in der Schule ab. Stattdessen setzen wir
1578 uns für ein gemeinsames integratives Lernmodell ein, gerade auch in den Fragen der Ethik und
1579 Religionskunde.

1580 **DIE LINKE.NRW fordert:**

- 1581 ▪ Die Wiedereinführung des Wohnortprinzips für den Grundschulbesuch und die Abschaffung der
- 1582 kirchlichen Ersatzschulen, stattdessen gute sozial und kulturell gemischte integrative Schulen für
- 1583 alle Kinder in NRW: Kinder unterschiedlicher Herkunft und Religionszugehörigkeit sollen
- 1584 gemeinsam miteinander und voneinander lernen;

- 1585 ▪ Im Kita-Bereich müssen dringend die kommunalen Einrichtungen flächendeckend ausgebaut
- 1586 werden. Alle Kinder müssen das Recht auf einen Kita-Platz in kommunaler Trägerschaft haben;

- 1587 ▪ Gemeinsamer Ethikunterricht, in dem unterschiedliche Religionen und Weltanschauungen
- 1588 kennengelernt werden können, für alle;

- 1589 ▪ Die weltanschauliche Lebenswirklichkeit der in NRW lebenden Schülerinnen und Schüler
- 1590 unterschiedlicher kultureller und religiöser Herkunft muss sich im gemeinsamen Unterricht
- 1591 widerspiegeln;

- 1592 ▪ Die Hoheit über die Lehrpläne aller Unterrichtsfächer muss bei den demokratischen Organen des
- 1593 Staates liegen, nicht bei weltanschaulichen Institutionen;

- 1594 ▪ Die Streichung der Garantie für den bekenntnisorientierten Religionsunterricht an Schulen in der
- 1595 Landesverfassung sowie der Ehrfurcht vor Gott als Ziel der Erziehung nach Artikel 7
- 1596 Landesverfassung sowie § 2 Schulgesetz NRW;

- 1597 ▪ Solange die christlichen Kirchen und die jüdischen Gemeinden das Recht haben, in Schulen
- 1598 Religionsunterricht durchzuführen, fordern wir auch den staatlichen islamischen
- 1599 Religionsunterricht;

1600 **VI. Kultur für alle**

1601 **1. Kulturhauptstadt 2010**

1602 Essen und das Ruhrgebiet sind in diesem Jahr Europas Kulturhauptstadt. Neben der finanziellen
 1603 Förderung der Ruhr 2010 GmbH in Höhe von 12 Millionen Euro durch das Land NRW gibt es vielfältige
 1604 Initiativen auf Landesebene. DIE LINKE. NRW will das Ruhr 2010 sich nicht im Event erschöpft,
 1605 sondern nachhaltig die freie Szene und soziokulturelle Einrichtungen stärkt. Wir fordern, dass sowohl die
 1606 in den Auseinandersetzungen um Arbeit, Lohn und Leben gewachsene Solidarität der Menschen im
 1607 Ruhrgebiet als auch die Alltagskultur des Reviers insgesamt einen hohen Stellenwert einnimmt. Eine
 1608 Kulturhauptstadt nur für Reiche, für die „kulturelle Elite“ oder die Hochkultur ist zum Scheitern
 1609 verurteilt. Und sie wäre undemokratisch. Die Kulturhauptstadt wird nur dann ein Erfolg sein, wenn es
 1610 Angebote gibt, die für alle zugänglich sind.

1611 **2. Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik**

1612 Kunst und Kultur sind Ausdruck dessen, wie Menschen die Welt begreifen. Dies findet seinen Ausdruck
 1613 in verschiedenen Gütern der Hochkultur aber auch in der Alltagskultur der Menschen. DIE LINKE. NRW
 1614 tritt für den uneingeschränkten Zugang aller Menschen zu kulturellen Angeboten ein. Niemand darf aus
 1615 ökonomischen Gründen von Kultur ausgeschlossen werden.

1616 DIE LINKE. NRW bekennt sich zur Freiheit der Kunst und der Kulturproduktion sowie zu
 1617 gesellschaftlichen Bedeutung von Kultur. Die Sanierung öffentlicher Kassen auf Kosten von Kunst und
 1618 Kultur lehnen wir ab. . Sponsoren und Mäzen dürfen keinen bestimmenden Einfluss auf öffentliche
 1619 Kulturangebote haben.

1620 DIE LINKE. NRW ist für die Förderung von Kulturschaffenden sowie ihre Zusammenschlüsse und
 1621 Selbstorganisationen, damit sie ihre berechtigten Anliegen besser und nachhaltiger durchsetzen können.
 1622 Die freie Kulturszene ist gleichwertig zur etablierten Kulturszene öffentlich zu fördern.

1623 **DIE LINKE. NRW fordert:**

- 1624 ▪ Die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten, Ateliers, Ausstellungsmöglichkeiten, Stipendien,
- 1625 Katalog- und Veröffentlichungshilfen im Rahmen öffentlicher Kulturpolitik;

- 1626 ▪ Die Förderung antirassistischer und interkultureller Kulturangebote mit dem Ziel, Respekt,
1627 Toleranz und Vielfalt zu fördern;
- 1628 ▪ Projekte, die derzeit im Rahmen von Ruhr 2010 laufen, wie „Jedem Kind ein Instrument“, sollten
1629 langfristig für alle Kinder kostenfrei zugänglich und interkulturell offen angelegt zu sein.

1630

1631 **3. Vielfalt der Medien**

1632 Demokratie braucht öffentliche Diskussionsmöglichkeiten. DIE LINKE. NRW setzt sich für starke
1633 öffentliche Medien in Funk, Fernsehen und bei den elektronischen Medien ein. Die Vielfalt der Presse ist
1634 in Nordrhein-Westfalen durch Konzentrationsprozesse bedroht. Informationsangebote dürfen jedoch nicht
1635 von Quoten und Verlegerdiktaten sowie Werbeeinnahmen abhängig sein. Ihre Qualität darf nicht dem
1636 Unterhaltungsumfeld untergeordnet sein werden oder abhängig sein von der politischen Auffassung der
1637 Eigentümer. Wir fordern die innere Pressefreiheit für Journalistinnen und Journalisten.

1638 Da sich die Gesellschaft stetig wandelt und neue Gruppen nach Vertretung und Mitbestimmung drängen,
1639 fordert DIE LINKE. NRW eine Verbesserung der Beteiligung von Organisationen und Verbänden.
1640 Möglichkeiten von Eigenproduktionen sowie die Beteiligung in demokratischen Gremien müssen
1641 verbessert und ausgebaut werden.

1642 Die Beschäftigten in den Medien müssen vor prekären Arbeitsverhältnissen wie freier Mitarbeit,
1643 Scheinselbstständigkeit und Praktika statt regulärer Arbeitsverhältnisse geschützt werden. Starke
1644 öffentlich-rechtliche Medien müssen da mit gutem Beispiel voran gehen und die Arbeitsbedingungen in
1645 diesem Bereich definieren.

1646 **4. Sportförderung für alle – ob sportlich oder nicht**

1647 Sport verbindet Menschen und leistet einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung ihrer sozialen
1648 Beziehungen, für interkulturelle Verständigung und den Abbau von Vorurteilen. Seine positiven
1649 Auswirkungen auf die gesundheitliche Rehabilitation und die Förderung von Menschen mit
1650 Behinderungen sind unbestritten. Sport fördert Selbstvertrauen und das Bewusstsein für die eigenen
1651 Fähigkeiten. Er kann mit dazu beitragen, gesellschaftliche und geschlechtsspezifische Beschränkungen in
1652 Frage zu stellen und zu überwinden.

1653 Nordrhein-Westfalen ist ein Sportland. In über 20.000 Vereinen gehen mehr als 5 Millionen Sportlerinnen
1654 und Sportler ihrer Freizeitgestaltung nach. Eine unzählbare Anzahl an Menschen üben ohne
1655 Mitgliedschaft in einem Verein Sport aus. DIE LINKE. NRW setzt sich dafür ein, dass allen Schülerinnen
1656 und Schülern, die nicht schwimmfähig sind, der kostenfreie Besuch eines Schwimmkurses in den Ferien
1657 ermöglicht wird. Darüber hinaus ist es wichtig, dass alle Menschen, unabhängig von ihrem Einkommen,
1658 die Möglichkeit bekommen in Sportvereinen und -kursen aktiv zu werden. Insbesondere Kinder und
1659 Jugendliche sollen gezielt an den Schulen angesprochen werden. Hierbei darf es nicht um die Auswahl
1660 zukünftiger Sporteliten gehen, sondern um die flächendeckende Förderung aller. Insbesondere der
1661 Zunahme von motorischen Problemen und Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen muss eine
1662 integrative Sportförderung entgegen gestellt werden.

1663 Die Förderung des Breitensports liegt der Partei DIE LINKE. NRW sehr am Herzen. Die vielen
1664 Menschen in ehrenamtlichen Tätigkeiten leisten einen wichtigen Beitrag zum Gemeinwohl.

1665 **DIE LINKE.NRW tritt ein für:**

- 1666 ▪ Eine ausgewogene Verteilung von Fördermitteln für sportspezifische Projekte im Leistungs- und
1667 Breitensport;
- 1668 ▪ Stärkung der schulischen Sportförderung;
- 1669 ▪ Schutz vor Kommerzialisierung im Sport;
- 1670 ▪ Erhalt und Ausbau von gut ausgestatteten öffentlichen Schwimmbädern und Badeanstalten;
- 1671 ▪ Kostenfreie Schwimmkurse für Schülerinnen und Schülern;

1672 ▪ Ausbau von speziellen Angeboten für Frauen;

1673 ▪ Barrierefreie Sportanlagen vor Ort.

1674 **VII. Gleiche Rechte für alle – aktive Demokratie verwirklichen**

1675 **1. NRW weltoffen und solidarisch gestalten**

1676 In NRW leben rund 4,3 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund; dies sind rund 22 Prozent der
1677 Bevölkerung. Bei Kindern und Jugendlichen sind es mehr als ein Drittel, die entweder selbst oder in ihrer
1678 Familie einen Migrationshintergrund aufweisen. Sie und ihre Eltern sind besonders von Armut,
1679 Erwerbslosigkeit und unzureichender Bildung betroffen. Das gilt verstärkt in Zeiten einer allgemeinen
1680 Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen.

1681 Auch in NRW leben Migrantinnen und Migranten durch diskriminierende und ausgrenzende Regelungen
1682 und Maßnahmen unter erschwerten sozialen Bedingungen. Die gegenwärtige CDU-FDP-Koalition in
1683 NRW hat keine ernst zu nehmenden und greifbaren Maßnahmen zugunsten von Migrantinnen und
1684 Migranten ergriffen.

1685 So lange es Kriege und soziale Ungleichheit gibt, wird es Flucht geben. Mit einer repressiven Asylpolitik
1686 werden derzeit aber Flüchtlinge und nicht die Ursachen von Flucht bekämpft. Viele Flüchtlinge,
1687 Asylsuchende und Menschen ohne gesicherten Aufenthalt erhalten in NRW Gutscheine und
1688 Sachleistungen, die circa 35 Prozent unter dem Sozialhilfesatz liegen. Sie werden in Sammellagern
1689 untergebracht und durch die sogenannte Residenzpflicht in ihrer Bewegungsfreiheit auf einen bestimmten
1690 Landkreis eingeschränkt. Es muss Schluss sein mit den zahlreichen Verletzungen der Menschenwürde
1691 und den diskriminierenden Regelungen.

1692 Diskriminierung und Rassismus stehen weiter auf der Tagesordnung der Gesellschaft. Davon betroffen
1693 sind vor allem auch Migrantinnen und Migranten. Die Landesregierung begünstigt ein politisches Klima,
1694 in dem Rassismus und Neofaschismus gedeihen, indem sie rassistische Klischees und Stimmungen im
1695 Alltag nicht begegnet, ja sie gar bedient. Dies offenbart sich nicht zuletzt in Äußerungen von Rüttgers, die
1696 voll sind von Klischees und Vorurteilen gegenüber den Beschäftigten bei NOKIA in Rumänien.

1697 Darüber hinaus hat die schwarz-gelbe Landesregierung die Neuregelung zur Familienzusammenführung,
1698 die zu einem deutlichen und anhaltenden Rückgang beim Ehegattennachzug auch in NRW geführt hat,
1699 offensiv mitgetragen. Enorme Kosten und Trennungszeiten für die Betroffenen führen zu erheblichen
1700 Belastungen. Wir wollen, dass das Recht auf Familienleben uneingeschränkt respektiert wird.

1701 Wir fordern eine Politik, die allen in NRW lebenden Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe am
1702 kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben ermöglicht.

1703 Es ist undemokratisch, eine große Zahl von Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in NRW haben,
1704 bereits rechtlich zu Bürgern zweiter Klasse zu machen. Statt Sonderregelungen und Erlasse für
1705 Migrantinnen und Migranten fordern wir die volle rechtliche Gleichstellung durch erleichterte
1706 Einbürgerung und das kommunale Wahlrecht auch für Migrantinnen und Migranten, die keine EU-
1707 Bürgerinnen und -Bürger sind.

1708 Fast zwei Millionen Menschen in NRW sind nicht eingebürgert. Zunehmend wird es ihnen erschwert, die
1709 deutsche Staatsbürgerschaft und damit formal gleiche Rechte zu erlangen. Die Kosten für die
1710 Einbürgerung sind exorbitant hoch. Die Gebühren für die Einbürgerung müssen abgeschafft, im ersten
1711 Schritt mindestens erheblich gesenkt werden. Auch langwierige und komplizierte Verfahren müssen
1712 vereinfacht werden. Wir wollen Einbürgerungen durch Abschaffung der Optionspflicht und Zulassung
1713 von Doppel- und Mehrfachstaatsangehörigkeiten konsequent erleichtern.

1714 DIE LINKE. NRW will endlich ein integratives Bildungssystem durchsetzen. Das deutsche
1715 Bildungssystem ist ungerecht. Es benachteiligt Kinder aus sozial schwachen Familien, Kinder mit
1716 Migrationshintergrund und Kinder mit Behinderungen. Es ist skandalös und nicht hinnehmbar, dass die
1717 Herkunft sowie der sozio-ökonomische Status über den Bildungs- und damit maßgeblich den Lebensweg
1718 von Menschen entscheiden.

1719 Das Erlernen der deutschen Sprache ist wichtig für das Berufsleben, für die Teilhabe an Bildung und
1720 Kultur, sowie an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen. Das bestehende
1721 Integrationskurssystem ist in vielerlei Hinsicht verbesserungsbedürftig. Es müssen mehr finanzielle Mittel

1722 bereitgestellt werden, um eine faire Bezahlung der Lehrkräfte und eine hohe Qualität der Kurse zu
1723 ermöglichen. Zudem müssen Flüchtlinge mit Duldung, Asylsuchende und Menschen mit einem
1724 unsicheren Aufenthaltsstatus einbezogen werden.

1725 Kinder mit Migrationshintergrund müssen - wie alle anderen Kinder- höchstmöglich qualifiziert werden.
1726 Insbesondere Sprachförderungsangebote müssen für alle Kinder mit entsprechendem Bedarf stattfinden.
1727 Die Mehrsprachigkeit von Kindern mit Migrationshintergrund muss als Chance verstanden und gefördert
1728 werden. So sollen diese Sprachkenntnisse in den Grundschulen in der Form von Ergänzungsunterricht
1729 und in weiterführenden Schulen als offene Fremdsprachenangebote für alle gefördert werden.

1730 Zahlreiche rechtliche Einschränkungen und Diskriminierungen erschweren den Zugang zum
1731 Arbeitsmarkt. Auch deshalb ist die Arbeitslosenquote bei Migrantinnen und Migranten in NRW
1732 wesentlich höher als bei der Gesamtbevölkerung. Oft werden die im Herkunftsland erworbenen
1733 Qualifikationen nicht anerkannt. DIE LINKE. NRW fordert die Beseitigung dieser Hindernisse durch
1734 bundeseinheitliche Regelungen. Migrantinnen und Migranten haben ein Recht auf eine vereinheitlichte,
1735 erleichterte und beschleunigte Anerkennung ihrer im Ausland erworbenen Abschlüsse. Migrantinnen und
1736 Migranten müssen gezielte Unterstützung in den Arbeitsagenturen in NRW erhalten.

1737 In Institutionen wie Krankenhäusern, Beratungsstellen und im öffentlichen Dienst des Landes müssen
1738 mehr Fachkräfte mit interkultureller Kompetenz eingesetzt werden. Der öffentliche Dienst muss Vorreiter
1739 für die Integration in Ausbildung und Berufsleben werden.

1740 **Deshalb fordert DIE LINKE. NRW:**

- 1741 ▪ Eine Grundgesetzänderung zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle;
- 1742 ▪ Ein Gesetz zur nachholenden Integration auf Landesebene als dauerhafte Arbeit- und
1743 Finanzierunggrundlage von Selbstorganisationen der Migrantinnen und Migranten;
- 1744 ▪ Die Stärkung der Integrationsräte: ihre Beteiligung und ihre Kompetenzen müssen weiter
1745 ausgebaut werden; sie müssen zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben ausreichend finanziell
1746 ausgestattet sein;
- 1747 ▪ Die politisch gewählten Migrantinnen- und Migrantenvorsteherinnen und -vorsteher müssen
1748 Leitungsbefugnisse bekommen;
- 1749 ▪ Maßgeschneiderte Sprachkurse statt Ausweisungsdrohungen;
- 1750 ▪ Die Förderung der interkulturell ausgerichtete Jugendarbeit;
- 1751 ▪ Für ein wirkliches Recht auf Asyl: die Abschiebep Praxis muss gestoppt werden,
1752 Abschiebehaftanstalten müssen aufgelöst werden; alle Sammelunterkünfte für Flüchtlinge sind zu
1753 Gunsten der dezentralen Unterbringung aufzulösen;
- 1754 ▪ Flüchtlingen müssen die üblichen Sozialstandards zuerkannt werden, einschließlich einer
1755 angemessenen medizinischen Versorgung;
- 1756 ▪ Menschen ohne Aufenthaltspapiere haben das Recht auf Bildung, Gesundheit und gerechte
1757 Bezahlung für geleistete Arbeit: Wir fordern eine umfassende Bleiberechtsregelung für in
1758 Deutschland lebende geduldete und illegalisierte Menschen;
- 1759 ▪ Die Entscheidungen der Härtefallkommission und des Petitionsausschusses hinsichtlich der
1760 Härtefälle müssen für die Ausländerbehörden verbindlich sein;
- 1761 ▪ Die finanzielle Förderung von Flüchtlingsorganisationen ist eine selbstverständliche Aufgabe des
1762 Landes. Darum müssen entsprechende Schritte unverzüglich eingeleitet werden;
- 1763 ▪ Die Stärkung der Rechte von Diskriminierungsopfern: ihnen müssen Möglichkeiten eingeräumt
1764 werden, um sich wehren zu können; niemand darf wegen der sozialen Herkunft, Hautfarbe,
1765 Sprache, ethnischen Zugehörigkeit oder Staatsangehörigkeit diskriminiert werden; jegliche
1766 Benachteiligung muss als Diskriminierungstatbestand in das Allgemeine
1767 Gleichbehandlungsgesetz aufgenommen werden. Darüber hinaus brauchen wir das
1768 Verbandsklagerecht und die Beweislastumkehr.

1769

1770 **2. Gleichstellung aller Lebensweisen**

1771 Unmittelbar nach ihrem Amtsantritt 2005 hat die schwarz-gelbe Landesregierung das Handbuch "Mit
1772 Vielfalt umgehen. Sexuelle Orientierung und Diversity in Erziehung und Beratung" zurückgezogen.
1773 Wenig später war die AIDS-Hilfe-Arbeit in NRW von Kürzungen der Landesmittel bedroht, hier
1774 insbesondere im Bereich der strukturellen Prävention für schwule Männer. In beiden Fällen hat sich
1775 gezeigt, wie wichtig die Selbstorganisationen von Lesben und Schwulen in NRW sind. Durch deren
1776 Proteste musste die Landesregierung jeweils zurückrudern.

1777 Ideologisch diffamierten CDU, FDP und ihre schwarz-gelbe Landesregierung jedoch alle Ansätze einer
1778 aktiven Antidiskriminierungs- und Lebensweisenpolitik. Auch die Einstellung der „Akzeptanzkampagne“
1779 des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW und die Mittelkürzungen für Lesben- und
1780 Schwulenprojekte durch CDU und FDP im Landtag untermauern diesen Politikwechsel.

1781 Gesellschaftlich nimmt – trotz gut besuchter Christopher-Street-Days und gleichgeschlechtlicher
1782 Lebenspartnerschaft – die Ablehnung und Ausgrenzung von Schwulen und Lesben (Homophobie) wieder
1783 zu. Studien zeigen, dass homophobe Einstellungen insbesondere bei Jugendlichen mit
1784 Migrationshintergrund zu finden sind. Dabei sind die Mädchen deutlich toleranter als Jungen.

1785 Besonders schwer, sich in der Gesellschaft zurecht zu finden, haben es intersexuelle Menschen und
1786 Transgender: der Zwang in unserer Gesellschaft, sich eindeutig einem Geschlecht zuzuordnen, führt zu
1787 einem täglichen Kampf um Sichtbarkeit und Akzeptanz.

1788 DIE LINKE. NRW tritt für eine umfassende Verhinderung der Diskriminierung von Schwulen, Lesben
1789 und Bisexuellen sowie Intersexuellen und Transgender ein. Das „Verbot“ von Diskriminierungen ist
1790 hierzu nur bedingt tauglich. Vielmehr gilt es, die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung
1791 unterschiedlicher Lebensweisen und sexueller Identitäten im gesellschaftlichen Bewusstsein zu
1792 verankern, insbesondere junge Menschen im Coming-out und in ihren Selbstfindungsprozessen zu
1793 unterstützen und damit ein gesellschaftliches Klima zu erzeugen, in dem Diskriminierungen nicht mehr
1794 möglich sind. Eine solche Politik stellt eine Querschnittsaufgabe dar und muss in den unterschiedlichsten
1795 Politikbereichen verankert werden.

1796 **Vor diesem Hintergrund vertritt DIE LINKE. NRW folgende Forderungen:**

1797

- 1798 ■ In der schulischen und außerschulischen Bildung muss eine antidiskriminierende und
1799 antirassistische Erziehung aufgebaut und kontinuierlich weiterentwickelt werden. Hierbei
1800 muss die Einbeziehung der landesweiten Arbeitsgruppe “Schwul-Lesbische Schul-
Aufklärung” (SchLAu) gewährleistet werden;

1801

- 1802 ■ Initiativen zum Aufbau schwuler und lesbischer Jugendarbeit bis hin zu Jugendzentren wie
1803 dem anyway in Köln sind mit Landesmitteln zu fördern, insbesondere in ländlichen Regionen
sind Schwulen- und Lesbengruppen zu unterstützen;

1804

- 1805 ■ Die Selbstorganisationen von Lesben- und Schwulen (LAG Lesben, Schwules Netzwerk,
1806 LSVD) sind aus Landesmitteln zu fördern, eine besondere Unterstützung ist der Arbeit gegen
1807 antischwule Gewalt, der zielgruppenspezifischen Gesundheitsprävention (pudelwohl, AIDS-
1808 Hilfe) sowie lesbisch-schwulen Projekten in der Seniorinnen- und Senioren sowie der
Migrantinnen- und Migrantearbeit;

1809

- 1810 ■ Um Projekte der Lesben- und Schwulenbewegung von aktuellen politischen Mehrheiten
1811 unabhängig zumachen, ist das Stiftungsprojekt ARCUS durch eine Zustiftung des Landes zu
unterstützen;

1812

- 1813 ■ Unter Federführung der Staatskanzlei ist - analog zu kommunalen Projekten wie in Münster
1814 und Dortmund - ein Runder Tisch zwischen Ministerien und den Selbstorganisationen der
Lesben und Schwulen zu etablieren;

1815

- 1816 ■ In der Berichterstattung der Landesministerien sind die spezifischen Lebenssituationen von
1817 Lesben und Schwulen sowie Intersexuellen und Transgender in Sachdarstellungen und bei
Handlungsempfehlungen zu berücksichtigen;

1818

- 1819 ■ Durch einen Landesfonds ist eine Unterstützung der in der Adenauer-Ära durch den §175
StGB verfolgten schwulen Männer zu gewährleisten;

- 1820 ▪ Die Forschung zur und Darstellung der Verfolgung von Schwulen und Lesben muss im
1821 Rahmen der NRW-Gedenkstättenpolitik intensiviert werden. Gleichzeitig sind Projekte zur
1822 Erforschung und Darstellung der Alltagsgeschichten von Lesben und Schwulen (vgl.
1823 HISStory) auf Landesebene zu initiieren und zu fördern;
- 1824 ▪ Eltern mit intersexuellen Kindern müssen ausreichend Beratungsangebote vorfinden, um
1825 verfrühte operative Eingriffe und damit einhergehende Traumatisierungen zu verhindern, das
1826 Thema Intersexualität muss sich im Schulunterricht wiederfinden, um gesellschaftliche
1827 Vorurteile abzubauen.

1828 **3. Für eine neue Kultur des Alterns und des Alters**

1829 Die destruktiven Antworten der neoliberalen Parteien auf die Veränderungen der Altersstruktur in der
1830 Gesellschaft bedrohen Millionen Bürgerinnen und Bürger mit Altersarmut, führen zum Absinken des
1831 Versorgungsniveaus im Alter und beschädigen auf unverantwortliche Weise den Generationenzusammenhalt.
1832 Diese Politik ist ungeeignet, die demographischen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte auf
1833 humanistische Weise zu bewältigen.

1834 Alter ist mehr als die letzte Lebensphase, als Rente, Pflege und Kosten. Ein Umsteuern setzt in den
1835 Parteien, der Gesellschaft und den Medien ein anderes Altenbild voraus.

1836 Alter ist ein Lebensabschnitt mit spezifischen Ansprüchen und Bedürfnissen. Die Grundlagen für ein
1837 selbst bestimmtes und gesundes Altern werden in der Kindheit, der Jugend und der Erwerbszeit gelegt.
1838 Dass immer mehr Menschen nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben länger gesund, aktiv und
1839 autonom sind und die Zahl der Frauen und Männer über 80 Jahre rasch zunimmt, ist eine zivilisatorische
1840 Errungenschaft, die bewahrt und ausgebaut werden muss. Der Gesellschaft kann daraus ein großer,
1841 potentieller Reichtum erwachsen, wenn sie Willens und in der Lage ist, diese Potentiale fruchtbar zu
1842 machen.

1843 Wir teilen die Auffassung vieler Alterswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, dass damit die
1844 Gesellschaft vor einem großen, bisher ungelösten Zukunftsproblem steht. Es geht um mehr als
1845 Reparaturen, erforderlich ist eine neue Kultur des Alterns und des Alters innerhalb der Gesellschaft.

1846 Seniorinnen- und Seniorenpolitik muss in Theorie und Praxis endlich als Querschnittsaufgabe verstanden
1847 und gehandhabt werden.

1848 DIE LINKE. NRW will die Ursachen für Altersarmut an der Wurzel bekämpfen, alle gesellschaftlichen
1849 Strukturen altersfreundlicher und für das Alter developmentpotenter gestalten, die
1850 Generationensolidarität stärken, die Gesundheitspotentiale in allen Lebensphasen erhöhen, das
1851 Rentensystem zukunftssicher machen.

1852 Der Privatisierungswahn in den sozialen Bereichen muss gestoppt werden. Privatisierung ist eine der
1853 Hauptursachen, warum beträchtliche Teile der finanziellen Mittel, die für Alte, Behinderte Kranke und
1854 Pflegebedürftige bereitgestellt werden, bei diesen nicht ankommen und die Effizienz dieser Mittel
1855 insgesamt geschmälert wird.

1856 Die Diskriminierung älterer Arbeitskräfte in der Wirtschaft wird faktisch durch die konservativen
1857 politischen Kräfte hingenommen, obwohl sie flächendeckend negative Auswirkungen auf die
1858 Lebensqualität Betroffener im Alter hat. Notwendig ist ein Paradigmenwechsel hin zur Verantwortung
1859 der Unternehmen für die rechtzeitige Planung und Schaffung altersgerechter Arbeitsplätze, für die
1860 gezielte Umschulung und Weiterbildung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auch der gering
1861 Qualifizierten. Entlassungen aus Altersgründen sind menschenunwürdig. Flexible Lösungen für einen den
1862 Anforderungen angepassten Übergang in die Rente sind besser als starre Altersgrenzen.

1863 Der Umgang mit alten Menschen, die zur Alltagsbewältigung teilweise oder ganz auf die Hilfe des
1864 Gemeinwesens und der Verwandten angewiesen sind, ist ein Spiegelbild für das Kulturniveau der
1865 Gesellschaft. Mehr alte Menschen und zunehmende Hochaltrigkeit erhöhen das Risiko der
1866 Alterskrankheiten in der Gesellschaft (Multimorbidität). Demenz wird im höheren Alter die häufigste
1867 Ursache von Pflegebedürftigkeit.

1868 Viele in der Altenpflege Tätige erbringen Leistungen, die höchste Anerkennung verdienen. Gemessen am
1869 Reichtum unserer Gesellschaft, erfährt das Niveau der Altenpflege in der Öffentlichkeit dennoch eine
1870 kritische Bewertung.

1871 Mit dem „Pflegeteilerentwicklungsgesetz“ wurde die Chance auf eine nachhaltige Veränderung der
1872 Situation von Pflegebedürftigen vergeben. Aspekte wie Selbstbestimmung und Teilhabe sowie ein
1873 würdevolles Leben für die Betroffenen sind nicht ausreichend berücksichtigt worden. Darüber hinaus
1874 bereitet es den Boden für die Ausbeutung sogenannter „Pflegekräfte“ durch sittenwidrige
1875 Arbeitsbedingungen.

1876 Im Alter gewinnen die Wohnbedingungen zunehmend an Bedeutung. Während ein Teil der älteren
1877 Generation bereits heute über ausreichende Ressourcen verfügt und eher logistische Hilfe benötigt, steigt
1878 der Bedarf an bezahlbaren Wohnungen, die selbständige Lebensführung bis ins hohe Alter gewährleisten.
1879 Barrierefreies Bauen und Gestalten, eine Grundvoraussetzung für mehr Sicherheit im Alter, setzt sich
1880 insbesondere bei der Wohnungsmodernisierung nur zögerlich durch. Aus der Sicht älterer Menschen ist
1881 die altersgerechte, soziale Infrastruktur für viele Wohnquartiere stark eingeschränkt. Mietrecht und
1882 Wohnungsbauförderung werden den veränderten Ansprüchen nicht ausreichend gerecht.

1883 Wir ermuntern Seniorinnen und Senioren dazu, für mehr Mitspracherecht in der Gesellschaft zu streiten,
1884 berechnete Ansprüche und bereits in Gesetzen festgeschriebene Rechte auf gesellschaftliche Teilhabe
1885 selbstbewusster einzufordern und aktiver an der politischen Willensbildung teilzunehmen. Auf allen
1886 parlamentarischen Ebenen sind gesetzliche Regelungen zur Bildung von Senioren- und
1887 Seniorinnenvertretungen zu schaffen. Ihre Rechte und Pflichten, ihr Rede-, Anhörungs- und Antragsrecht
1888 sind genau zu definieren.

1889 **DIE LINKE. NRW tritt ein für:**

- 1890 ▪ Ein LandesseniorenInnenvertretungsgesetz, das Seniorinnen und Senioren mehr Mitbestimmung in
1891 zentralen, sie betreffenden Entscheidungen ermöglicht;
- 1892 ▪ Den Verbleib älterer Menschen in ihrem gewohnten Wohnumfeld sowie Begegnungsangebote in
1893 erreichbarer Nähe;
- 1894 ▪ Bedarfsgerechten Bau und Ausbau sozialer Wohnformen, die ein altersgerechtes und
1895 selbstbestimmtes Wohnen ermöglichen;
- 1896 ▪ Förderung von Wohnprojekten für Senioren- und Seniorinnen-Wohngemeinschaften sowie
1897 Mehrgenerationenprojekten;
- 1898 ▪ Förderung der Mobilität der Seniorinnen und Senioren durch einen barrierefreien ÖPNV;
- 1899 ▪ Hilfen für den Verbleib auch erkrankter älterer Menschen in ihrem sozialen Umfeld;
- 1900 ▪ Aufbau unabhängiger, dezentraler Pflegeberatungsstellen;
- 1901 ▪ Erstellung von einheitlichen Qualitätsstandards für die Heimaufsicht sowie Berufung der
1902 Heimaufsicht durch die Kreistage oder Stadträte unter Mitwirkung der Seniorinnen- und
1903 Seniorenbeiräte;
- 1904 ▪ Ausbau des Angebots für bezahlbare Tages- und Kurzzeitpflege;
- 1905 ▪ Erweiterung der Angebote zur Integration demenzerkrankter Menschen;
- 1906 ▪ Verbesserung der Hilfe für pflegende Angehörige;
- 1907 ▪ Ausbau der Versorgung der Palliativmedizin und Verbreiterung des Hospizangebotes;
- 1908 ▪ Berücksichtigung älterer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen bei den Einstellungen in der
1909 Verwaltung und den kommunalen Eigenbetrieben;
- 1910 ▪ Bedarfsdeckende Pflegestufen, die sich stärker am individuellen Bedarf der Pflegebedürftigen
1911 orientiert;
- 1912 ▪ Eine höhere Anerkennung der Pflegetätigkeit, die sich in besserer Qualifizierung und
1913 angemessener Bezahlung niederschlägt.

1914 **4. Gleichberechnete Teilhabe von Menschen mit Behinderungen statt Ausgrenzung**

1915 Zwar wurde vieles in den letzten Jahren geändert, jedoch ist das grundgesetzlich verbrieftete Recht immer
1916 noch nicht vollständig umgesetzt. Barrieren sowie ein gesellschaftliches Klima, das nicht behinderte
1917 Menschen als Norm setzt und alle aussondert, die dieser „Normalität“ nicht entsprechen, behindern ihre

1918 Teilhabe an der Gesellschaft. Das beginnt bei der Ausbildung der meisten Kinder und Jugendlichen mit
1919 Behinderung in Sondereinrichtungen, die ihnen kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt eröffnen. Menschen
1920 mit Behinderungen sind überproportional oft erwerbslos, von Sozialhilfe abhängig und in Heimen
1921 untergebracht. Auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist ihnen erschwert, öffentliche
1922 Verkehrsmittel und Einrichtungen wie Kinos oder Behörden sind für sie nur eingeschränkt nutzbar.

1923 Für DIE LINKE. NRW ist Behindertenpolitik ein Querschnittsthema, das in alle Politikfelder einfließt.
1924 Unser Ziel ist es, Menschen mit Behinderungen, ob jung oder alt, eine unabhängige Lebensführung und
1925 die volle Teilnahme an allen Aspekten des Lebens zu ermöglichen. Nicht Fürsorge und Bevormundung,
1926 sondern Selbstbestimmung und Selbstvertretung sind die Kernelemente LINKER Behindertenpolitik. Die
1927 Grundlage dafür ist die UN-Konvention „Für die Rechte behinderter Menschen“, die als Leitlinie für
1928 einen behindertenpolitischen Paradigmenwechsel steht.

1929 **DIE LINKE. NRW tritt ein für:**

- 1930 ▪ Die Umsetzung der UN-Konvention „Für die Rechte behinderter Menschen“ in NRW – sowie
1931 für eine zügige Einführung und Umsetzung der vom EU-Parlament beschlossenen neuen
1932 Antidiskriminierungsrichtlinie;
- 1933 ▪ Die Aufhebung von Gesetzen, Verordnungen in NRW , die eine Diskriminierung von Menschen
1934 mit Behinderungen beinhalten;
- 1935 ▪ Unterstützung von Initiativen und Förderung von Maßnahmen, um auf allen Ebenen der
1936 Gesellschaft, einschließlich der Familie, das Bewusstsein für Menschen mit Behinderungen zu
1937 erhöhen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer Würde zu fördern;
- 1938 ▪ Die Förderung des Baus integrativer barrierefreier Mehrgenerationenhäuser in Innenstadtlage
1939 sowie Förderung des Umbaus alten Baubestandes statt Bau neuer Heime, die behinderte oder alte
1940 Menschen isolieren;
- 1941 ▪ Die Beseitigung von Zwangshindernissen in privaten und öffentlichen Gebäuden und auf Straßen;
- 1942 ▪ Die Einrichtung und den Ausbau von bestehenden, integrativen Kindergärten und Schulen, damit
1943 Kinder mit und ohne Behinderung frühzeitig und ohne Vorbehalte mit und voneinander lernen
1944 können denn das Ziel ist „eine Schule für Alle“;
- 1945 ▪ Eine Verbesserung und Ausbau der Frühförderung behinderter Kleinkinder und den Ausbau von
1946 Spielplätzen mit behindertengerechten Spielgeräten;
- 1947 ▪ Barrierefreiheit von Informations-, Kommunikations- und anderer Dienste, einschließlich
1948 elektronischer Dienste und Notdienste;
- 1949 ▪ Gesicherte Unterstützung und persönliche Assistenz für Menschen mit Behinderung auf
1950 öffentlichen Veranstaltungen;
- 1951 ▪ Den flächendeckenden Aus- und Aufbau individuell bedarfsdeckender vernetzter
1952 Unterstützungsangebote für Menschen mit Behinderungen;
- 1953 ▪ Qualifizierungsmöglichkeiten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, um eine bestmögliche
1954 Hilfestellung für Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten und dass Verwaltungsvorgänge
1955 für Menschen mit Behinderungen nachvollziehbar sind;
- 1956 ▪ Fördermaßnahmen zur Eingliederung oder Wiedereingliederung behinderter Menschen ins
1957 Berufsleben, Betreuung und Unterstützung bei der Arbeitssuche. Dabei soll besonders
1958 berücksichtigt werden, dass behinderte Frauen überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen
1959 sind;
- 1960 ▪ Teilhabe statt Ausbeutung im Arbeitsleben – behinderte Menschen sollen in den
1961 Behindertenwerkstätten auf reguläre Beschäftigung vorbereitet werden;
- 1962 ▪ Einen Rechtsanspruch auf gleichgeschlechtliche Pflegekräfte, um sexuelle Übergriffe
1963 insbesondere auf Frauen mit Behinderung zu verhindern;
- 1964 ▪ Gleichberechtigte Teilhabe von Eltern mit Behinderung bei der Wahrnehmung ihrer Betreuungs-
1965 und Erziehungsaufgaben.

1966 **5. Kindern und Jugendlichen ein gutes Leben und Gesundheit - Kinder- und Jugendpsychiatrie**
1967 **stärken**

1968 DIE LINKE. NRW schließt sich dem Motto der UNICEF „die Zukunft der Kinder ist die Zukunft der
1969 Gesellschaft“ an. Eine Zukunft haben sie jedoch nur dann, wenn ihre materielle bzw. finanzielle Lage
1970 gesichert ist: Gesundheit, Bildung und Ausbildung, stabile und ausbaufähige Beziehungen zu Eltern,
1971 Freunden und Nachbarschaft sowie subjektives Wohlbefinden werden so ermöglicht, die Risiken im
1972 Alltag reduziert und Armut und Benachteiligung verhindert.

1973 Viele Studien weisen auf eine Zunahme der Häufigkeit psychischer Probleme bei Kindern und
1974 Jugendlichen hin. Das Robert-Koch-Institut geht davon aus, dass 10 bis 12 Prozent der Kinder im
1975 Grundschulalter und 15 bis 20 Prozent der Jugendlichen betroffen sind, insbesondere Kinder und
1976 Jugendliche aus armen Familien. Es ist ein Skandal, dass in NRW nur etwa 10 Prozent der
1977 behandlungsbedürftigen Kinder ausreichend versorgt werden, wie sich im Rahmen einer Anhörung zur
1978 „Psychiatrie in NRW“ 2007 im Landtag herausstellte. Der Mangel an Therapieplätzen umfasst sowohl
1979 den stationären, teilstationären als auch den ambulanten Bereich. Dies führt zu langen Wartezeiten von
1980 durchschnittlich sechs bis neun Monaten. Obwohl diese unhaltbare Situation bekannt war, entschied
1981 Gesundheitsminister Laumann, nicht zu handeln. Die bisher eigenständige Psychiatrieplanung wurde in
1982 die allgemeine Krankenhausplanung eingebunden, die voraussichtlich nicht vor 2010 abgeschlossen sein
1983 wird. Ein vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales im April 2009 vorgelegtes, mit anderen
1984 Akteuren nicht abgestimmtes, Sofortprogramm ist völlig unzureichend, geht am realen Bedarf vorbei und
1985 ist finanziell nicht gesichert. Jetzt ist eine schnelle politische Entscheidung gefordert. Die
1986 Landesregierung muss aufhören, die Verantwortung für die psychiatrische Versorgung von Kindern und
1987 Jugendlichen auf die kommunalen Gebietskörperschaften abzuschieben.

1988 **DIE LINKE. NRW fordert:**

- 1989 ▪ Die Kinder- und Jugendpsychiatrie ausschließlich in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft zu
1990 verankern; für eine angemessene Personalausstattung und gute Qualifikation der Beschäftigten ist
1991 Sorge zu tragen;
- 1992 ▪ Ein Sofortprogramm zur Schaffung und Finanzierung bedarfsgerechter Kapazitäten von
1993 stationären, tagesklinischen Plätzen sowie ausreichender Versorgungsmöglichkeiten an
1994 Institutsambulanzen;
- 1995 ▪ Eine Versorgung, die flächendeckend mit kurzen Wartezeiten nach dem Prinzip „ambulant vor
1996 teilstationär vor stationär“ arbeitet sowie eine stärkere Verzahnung mit der Kinder- und
1997 Jugendhilfe;
- 1998 ▪ Die Bildung von Schwerpunktangeboten für besondere Zielgruppen, um so ein fachlich optimales
1999 Angebot für kleinere behandlungsbedürftige Gruppen zu schaffen. Hierbei darf es keine
2000 Anrechnung dieser Kapazitäten auf die Regelversorgung geben.

2001 **6. Gerichte für die Menschen statt Menschen vors Gericht**

2002 In einer sozialen und solidarischen Gesellschaft sollten Gerichte und Staatsanwaltschaften entbehrlich
2003 sein. Tatsächlich aber sind die Menschen in NRW darauf angewiesen, im Bedarfsfall auf die
2004 Justizbehörden zurückzugreifen, um Dinge in ihrem Interesse zu regeln. Allerdings halten wir es für
2005 erforderlich, die Notwendigkeit, sich an ein Gericht wenden zu müssen, seltener werden zu lassen.

2006 Warum jemand in NRW etwa nur durch Erklärung gegenüber dem Amtsgericht aus der Kirche austreten
2007 kann, bleibt unklar. In anderen Bundesländern ist dies anders geregelt. Warum Grundbücher beim
2008 Amtsgericht geführt werden und nicht – wie in anderen Bundesländern – bei den Gemeindeverwaltungen,
2009 ist ebenfalls nicht erklärbar. Fest steht allerdings, dass es ein größeres Hindernis für die Menschen
2010 darstellt, sich an ein Gericht wenden zu müssen als zu einer Gemeindebehörde zu gehen oder im
2011 Bedarfsfall zu einer Schiedsstelle. Hierbei muss berücksichtigt werden, dass auch Menschen, die kein
2012 Haus oder Grund und Boden besitzen, auf Einsichtnahme in Grundbücher angewiesen sein können (z.B.
2013 um zu klären, wer wirklich ihr Vermieter ist).

2014 Bis vor etwa zwei Jahren bestand auch in NRW die Verpflichtung, sich bei kleineren Streitigkeiten
2015 zunächst an eine Schiedsstelle zu wenden, um den Fall klären zu lassen. Nur wenn dies nicht gelang,
2016 konnte die Sache dem Amtsgericht vorgelegt werden. Die Vorteile für die Betroffenen waren wesentlich

2017 geringere Kosten, ein einfaches, verständliches Verfahren und Kontakt zu Schiedsfrauen und
2018 Schiedsmännern. Im förmlichen Gerichtsverfahren beschäftigen die – durchaus gut bezahlten
2019 Richterinnen und Richter – sich äußerst ungern mit „kleinen Streitwerten“, obwohl für viele Menschen
2020 ein Betrag von 80 Euro durchaus viel Geld bedeutet, auf das sie nicht einfach verzichten können. Hinzu
2021 kommt, dass Prozesse schon deshalb verloren gehen können, weil sich die Menschen im Gestrüpp der
2022 Prozessvorschriften nicht auskennen und Fehler machen.

2023 Leider wurde diese Vorschrift zurückgenommen, so dass die Hürde, die viele Bürgerinnen und Bürger
2024 nehmen müssen, um an ihr Recht zu kommen, wieder sehr hoch und vor allem recht teuer ist.

2025 In den letzten Jahren wurden die Möglichkeiten, Beratungshilfe und Prozesskostenhilfe zu erhalten,
2026 drastisch eingeschränkt. Das Kostenrisiko für Rechtssuchende wurde deutlich erhöht.

2027 Richtig ist, dass die Justiz bei Straftaten aktiv werden muss. Allerdings kann die Antwort nicht sein,
2028 ständig neue Justizvollzugsanstalten für Jugendliche und Heranwachsende zu fordern. Wir sagen: mehr
2029 Präventivmaßnahmen für Jugendliche anstatt härtere Bestrafung. Solche Präventivmaßnahmen sind in
2030 erster Linie: gute Ausbildung für jede und jeden. Ausbildungsplätze statt Perspektivlosigkeit für viele
2031 Jugendliche. Nur Menschen, die eine Zukunft haben, werden erfolgreich davon abgehalten werden
2032 können, andere durch Straftaten zu schädigen.

2033 Dass im Landeshaushalt von NRW Mittel für die Jugendarbeit zusammengestrichen werden, darf nicht
2034 sein. Weniger Jugendarbeit heißt zwangsläufig weniger Gesprächsangebote, weniger Freizeitgestaltung
2035 für Jugendliche. Niemand aber sollte mit seinen Problemen alleine bleiben müssen. Gerade die viel
2036 beklagte Jugendkriminalität ist deutlicher Ausdruck einer Gesellschaft, in der immer mehr junge
2037 Menschen ohne Zukunftsperspektive bleiben und gerade Straftaten ohne erkennbares Motiv zunehmen.

2038 Immer häufiger kommen Menschen für kurze Zeit in Gefängnisse, weil sie Geldstrafen nicht bezahlen
2039 können. Dies kann nicht angehen! Seit vierzig Jahren ist unumstritten, dass Freiheitsstrafen bei
2040 geringfügigen Gesetzesübertretungen nur Schaden anrichten. In solchen Fällen aber muss obligatorisch
2041 gemeinnützige Arbeit statt einer Ersatzfreiheitsstrafe verhängt werden. Entsprechend müssen die auf
2042 Landesebene geltenden Richtlinien geändert werden.

2043 **DIE LINKE. NRW fordert:**

- 2044 ▪ Weniger Freiheitsstrafen, keine weiteren Gefängnisse;
- 2045 ▪ Statt Jugendgefängnisse mehr finanzielle Mittel zur Prävention und für die Jugendarbeit;
- 2046 ▪ Im Landtag werden wir über eine Bundesratsinitiative darauf hinwirken, dass diese
2047 Verschlechterungen bei Gewährung von Beratungs- und Prozesskostenhilfe durch den Bundestag
2048 zurückgenommen werden;
- 2049 ▪ Wiedereinführung des verpflichtenden Schiedsverfahrens bei kleineren Streitwerten und
2050 Ausschließung von Umgehungsmöglichkeiten.

2051 **7. Verfassungsschutz abschaffen – Demokratie fördern**

2052 Das Landesamt für Verfassungsschutz beweist immer wieder, dass es kein Institut zum Schutz von
2053 Demokratie und Bürgerrechten ist, sondern parteipolitische Kampagnen unterstützt und vor allem mit
2054 einer starken Einschränkung der Sehkraft auf dem rechten Auge zu kämpfen hat.

2055 Das Amt, das man normalerweise nicht als Musterbeispiel für demokratische Kontrollierbarkeit nennt,
2056 war zumindest bei der dauerhaften Überprüfung der Partei DIE LINKE einfach zu durchschauen.

2057 Nicht nur DIE LINKE trifft dieser politische Amtsmissbrauch, auch Organisationen der Friedens-, der
2058 Umwelt- oder der antifaschistischen Bewegung werden beobachtet und mit teilweise aberwitzigen
2059 Argumenten in den Berichten aufgeführt. Eine Analyse des Begriffs „Ausländerextremismus“ und den
2060 dazugehörigen Kapiteln in den Verfassungsschutzberichten würde den Rahmen eines Wahlprogramms
2061 sprengen. In unserer Landtagsfraktion werden wir uns mit diesen politischen Manövern kritisch und
2062 deutlich vernehmbar beschäftigen. Der Verfassungsschutz agiert als Instrument der bürgerlichen Parteien
2063 zur Kontrolle und weiteren Diffamierung einer linken Opposition.

2064 Wer einen dermaßen verstellten Blick auf die Realität hat wie die Verfassungsschutzbehörde in NRW,
2065 dem sollte aber nicht die Aufgabe zugewiesen werden, Demokratie und Grundrechte zu schützen.

2066 Aktionen gegen Nazis, gegen Aufmärsche von NPD und Kameradschaften und die erfolgreichen Proteste
2067 gegen die geplanten „Anti-Islamisierungskongresse“ in Köln haben gezeigt: die Verfassung schützen die
2068 Bürgerinnen und Bürger am besten selbst.

2069 Das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) hingegen spielt beim Kampf gegen Neofaschisten eine
2070 unrühmliche Rolle. Regelmäßig wird bekannt, dass das LfV brutale Straftäter als Informanten und Spitzel
2071 geführt, gedeckt und vor Ermittlungen von Polizei und Staatsanwaltschaften gewarnt hat. Die V-Leute in
2072 der Führungsebene der NRW-NPD sind Teil des Problems, und nicht der Lösung: Durch ihre Existenz ist
2073 es weiterhin unmöglich, ein erfolgversprechendes Verbotverfahren gegen die NPD durchzuführen.

2074 Ganz im Gegenteil bekämpft der Verfassungsschutz linke Strukturen und übersieht dabei gekonnt
2075 geltendes Recht. Zuletzt bewies der Verfassungsschutz in NRW seine Ignoranz gegenüber dem vom
2076 Bundesverfassungsgericht 2005 entschiedenen Beschluss, die Pressefreiheit zu stärken, indem es die
2077 antifaschistische Zeitung „LOTTA“ als extremistisch einstufte. Auch der bekannte Unrast-Verlag musste
2078 sich diese Diffamierung gefallen lassen. Glücklicherweise entschied das Verwaltungsgericht Düsseldorf,
2079 dass diese Publikationen nicht im Verfassungsschutzbericht genannt werden dürfen. Eine kritische
2080 Bewertung der Einstufungen des Verfassungsschutzes gibt leider kaum.

2081 **DIE LINKE. NRW fordert:**

- 2082 ▪ Den sofortigen Abzug von V-Leuten des Verfassungsschutzes aus der NPD, um ein erfolgreiches
2083 Verbotverfahren anstrengen zu können;
- 2084 ▪ Die Auflösung des Landesamtes für Verfassungsschutz;
- 2085 ▪ Die bisher für das Landesamt für Verfassungsschutz eingesetzten Mittel werden zur Förderung
2086 von lokalen und regionalen Initiativen eingesetzt, um den Kampf gegen Neofaschismus,
2087 Rassismus, Antisemitismus und Homophobie erfolgreich führen zu können. Diese Initiativen
2088 werden von einer zentralen Stelle unterstützt und koordiniert, die zugleich der Öffentlichkeit und
2089 dem Landtag regelmäßig Bericht über aktuelle Entwicklungen erstattet.

2090 **8. Unsere Daten gehören uns – Datenschutz endlich wirksam umsetzen**

2091 Seit dem Fund umfassender Listen über den Krankenstand in Lidl-Filialen mit detaillierten Informationen
2092 über die einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im April 2008 in einer Bochumer Mülltonne ist klar:
2093 nicht nur der Staat braucht und missbraucht die Daten der Bürgerinnen und Bürger. Die Führung der
2094 Billigmarktkette hat systematisch sensible Daten erfasst, offensichtlich ohne jedes Maß und
2095 Fingerspitzengefühl. Aber auch ohne schlechtes Gewissen: denn statt die Daten endgültig zu vernichten,
2096 wurden sie schlicht in einer Mülltonne versenkt. Hier wird der Datenschutz mit Füßen getreten, wie auch
2097 bei weiter zurückliegenden Fällen der Videoüberwachung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Auch
2098 die massenhafte Sammlung von Kundendaten und der millionenschwere Handel mit diesen Daten
2099 degradieren Menschen zu bloßen Objekten von Marketingstrategien.

2100 Auch die Polizei ist bestrebt, ihre Datensammlungen zu erweitern. Besonders „beliebt“ ist die Erfassung
2101 von daktyloskopischen Daten (Fingerabdrücken) und DNA-Daten. In den vergangenen Jahren wurden die
2102 rechtlichen Voraussetzungen für die Erhebung von DNA-Daten aufgeweicht. Fehlende klarstellende
2103 Weisungen auf Landesebene sowie vorschnelles Handeln von Polizeibehörden haben dazu geführt, dass
2104 in vielen Fällen die Speicherung von DNA-Daten rechtswidrig erfolgte. Hinzu kamen immer wieder
2105 spektakuläre Fälle einer Art „Rasterfahndung“ mit DNA-Daten, um Fälle von sexuellem Missbrauch und
2106 Vergewaltigungen aufzuklären. Zum Erfolg führten dann aber meistens klassische Mittel polizeilicher
2107 Ermittlungsarbeit. Hier müssen vom Land endlich klare rechtliche Vorgaben gemacht werden, die die
2108 Datenerfassung minimieren.

2109 Dies gilt auch für alle anderen von Polizei und Staatsanwaltschaften erfassten Daten. Regelmäßig wäre zu
2110 prüfen, inwieweit eine Grundlage für die Datenspeicherung in den Verbunddateien des
2111 Bundeskriminalamtes fortbesteht. Dies gilt etwa dann, wenn Bürgerinnen und Bürger auch dann in
2112 Dateien wie „Gewalttäter Sport“ oder „Gewalttäter links“ gespeichert werden, obwohl gerichtlich ihre
2113 Unschuld festgestellt wurde. Schon die reine Anzeige oder auch nur Erfassung im Zusammenhang mit
2114 Großveranstaltungen kann zu einer Speicherung in diesen Dateien führen. Die Konsequenz sind unter
2115 anderem Reisebeschränkungen bei Großereignissen im Ausland. Ein besonderes Augenmerk muss auch
2116 auf Seiten der Datenschutzbeauftragten dem Umgang mit Datenbanken auf EU-Ebene gelten. Auf viele
2117 dieser Datenbanken hat auch die Landespolizei Zugriff; in Zukunft werden alle Sicherheitsbehörden der

2118 EU-Staaten auch gegenseitig Zugriff auf ihre Datenbanken haben. Dem steht bislang kein ausreichendes
2119 Datenschutzregime auf EU-Ebene gegenüber. Dies wird sich auch mit dem Inkrafttreten des Vertrags von
2120 Lissabon nicht ändern. Was mit den Daten auf europäischer Ebene geschieht, ist so gut wie nicht
2121 nachzuvollziehen. Das Datenschutzniveau in den anderen EU-Staaten ist meist noch schlechter als in
2122 Deutschland. Deshalb muss die Datenweitergabe möglichst restriktiv gehandhabt und strikt kontrolliert
2123 werden.

2124 Mit der Durchsetzung der Informationsfreiheit hat die Beauftragte für Datenschutz in NRW einen neuen
2125 großen Bereich erhalten, ohne dass es dafür einen angemessenen Zuwachs bei den Personalmitteln gab.
2126 Auch die gesteigerten Datenbedürfnisse staatlicher Stellen müssen mehr unabhängige Kontrolle nach sich
2127 ziehen. Ebenso ist institutionell die größtmögliche Unabhängigkeit zu sichern.

2128 **DIE LINKE. NRW fordert:**

- 2129 ▪ Die notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Bundesebene;
- 2130 ▪ Häufig illegale Praxis beim Datenhandel, der firmeninterne Umgang mit Mitarbeiter- und
2131 Mitarbeiterinnendaten, die fehlenden Möglichkeiten, unabhängige Datenschutzbeauftragte mit
2132 der Prüfung bestimmter Vorgänge zu betrauen (statt der firmeneigenen) kann und muss auf
2133 Landesebene verfolgt und verboten werden; DIE LINKE. NRW fordert einen Datenschutz für
2134 Beschäftigte, wie ihn der DGB ebenfalls fordert;
- 2135 ▪ Die Möglichkeiten massenhafte Abfragen bei den Meldebehörden durchzuführen, müssen klar
2136 eingeschränkt werden;
- 2137 ▪ Die Stärkung der Landesbeauftragten für den Datenschutz, unter anderem durch eine bessere
2138 finanzielle Ausstattung, und Informationsfreiheit

2139 **9. Für ein demokratisches Versammlungsrecht, das seinen Namen verdient!**

2140 Die Versammlungsfreiheit ist ein wesentliches Element von Demokratie. Jenseits von Wahlen und
2141 Abstimmungen, ohne den Einsatz eigener Medien können die Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung
2142 kundtun – auf Straßen und öffentlichen Plätzen. Kundgebungen, Demonstrationen und Aktionen wie
2143 Straßentheater, sind gelebte, öffentliche Willens- und Meinungsbildung. Das Bundesverfassungsgericht
2144 hat diesen Grundrechten in zahlreichen Rechtsprechungen einen hohen Rang eingeräumt. Leider ist das
2145 Versammlungsrecht seit den 50er Jahren nicht modernisiert worden, seine konkrete Ausgestaltung ist
2146 Polizeibehörden und Gerichten überlassen. Durch die Föderalismusreform I wurde die Zuständigkeit für
2147 das Versammlungsrecht 2007 in die Hände der Länder gegeben.

2148 Das ist ein Anlass, das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit deutlich freier und demokratischer
2149 auszugestalten. Das ist leider in vielen Fällen nicht geschehen – in Bayern beispielsweise, sprechen
2150 soziale Bewegungen inzwischen von einem „Versammlungsverhinderungsgesetz“. Auch in NRW gibt es
2151 immer wieder Diskussionen, vor allem angestoßen von CDU und SPD, Versammlungsverbote
2152 auszudehnen. Die Landeszuständigkeit darf auf keinen Fall dazu führen, dass ein Wettlauf zwischen den
2153 Landesregierungen um die strengsten Regelungen mit den stärksten Einschränkungen und Repressionen
2154 einsetzt. NRW muss hier den Trend umkehren und mit gutem Beispiel vorangehen und ein modernes
2155 Versammlungsrecht gestalten, das seinen Namen verdient.

2156 **DIE LINKE. NRW fordert:**

- 2157 ▪ Anmeldepflichten auf ein Minimum zu reduzieren, das Vermummungsverbot aufzugeben und die
2158 Erteilung von Auflagen durch Polizei und Gerichte deutlich zu erschweren. Das
2159 Versammlungsrecht muss wieder zu einem Recht der Bürgerinnen und Bürger werden – statt
2160 eines Rechtes der Polizei, obrigkeitstaatlich Protest zu steuern oder zu unterbinden;
- 2161 ▪ Die Erhebung von Daten unabhängig von Verstößen gegen das Versammlungsrecht oder
2162 Straftaten im Zusammenhang mit einer Demonstration (die anlasslose Videoaufzeichnung) muss
2163 verboten werden;
- 2164 ▪ Regelungen zum Einsatz von Ordnern, denen noch ihre Entstehung den 50er Jahren des letzten
2165 Jahrhunderts anzusehen sind, gehören abgeschafft;

2166 ▪ Die Kennzeichnungspflicht von Polizistinnen und Polizisten, damit gerade auf Demonstrationen
2167 nicht durch die Anonymität der Beamtinnen und Beamten einem willkürliches Verhalten
2168 gegenüber Demonstrierenden Vorschub geleistet wird;

2169 ▪ Zudem gilt es ein Versammlungsgesetz zu schaffen, das vollauf den vom
2170 Bundesverfassungsgericht in zahlreichen Urteilen formulierten Ansprüchen genügt. Dabei muss
2171 den Behörden auch das rechtliche Instrumentarium an die Hand gegeben werden, gegen solche
2172 Versammlungen vorzugehen, die den Nationalsozialismus und die verbrecherische Wehrmacht
2173 verherrlichen und das Andenken an die Opfer des Nationalsozialismus verhöhnern. Das Vorgehen
2174 gegen Versammlungen von Neofaschisten darf aber nicht die Begründung dafür sein, das
2175 Versammlungsrecht generell einzuschränken.

2176 **10. Für eine vernünftige, tolerante und humane Drogenpolitik**

2177 Trotz herrschender Verbotspolitik sind illegalisierte Substanzen flächendeckend in Stadt und Land
2178 verfügbar. Laut Drogenbericht der Bundesregierung ist die Zahl der Drogentoten deutschlandweit im Jahr
2179 2008 gestiegen, NRW lag an der Spitze der traurigen Statistik. Besonders aufgeschreckt sind Bundes- und
2180 Landesregierung regelmäßig vom angeblich unbekümmerten Cannabiskonsum von Jugendlichen. Als
2181 Gegenmaßnahme setzt die schwarz-gelbe Landesregierung vor allem auf Repression und „Null-
2182 Toleranz“, bei gleichzeitigem Kahlschlag von Beratungs- und Betreuungsangeboten.

2183 Zum 01.10.2007 trat in NRW ein Runderlass von Justiz- und Innenministerium zur Anwendung des § 31a
2184 Absatz 1 des Betäubungsmittelgesetzes in Kraft. Demzufolge ist nun auch der Besitz einer geringen
2185 Menge sogenannter harter Drogen zum Eigenverbrauch auf Null gesetzt, der Eigenbedarf von Cannabis
2186 auf 6 Gramm reduziert. Der Regelfall der Nichtverfolgung jugendlicher Cannabiskonsumenten ist an
2187 Auflagen gebunden. Jugendliche sind nun gezwungen eine Drogenberatung oder Therapiestelle
2188 aufzusuchen, wenn sie straffrei bleiben wollen. Schulleitungen sind gezwungen, Strafanzeige zu erstatten,
2189 wenn es Anhaltspunkte für Drogenbesitz bei Schülerinnen und Schülern gibt.

2190 Damit verstößt Schwarz-Gelb gegen grundlegende gesundheits- und jugendpolitische Ziele in der
2191 Drogenpolitik. Angst- und verfolgungsfreie Kommunikation mit Konsumierenden und ergebnisoffene
2192 Auseinandersetzungen mit ihnen in der Schule, Jugend- oder Drogenhilfe werden empfindlich gestört.
2193 Jeder Gang zum Arzt oder zu Behörden, jedes Beratungsgespräch und Hilfsgesuch der Konsumierenden
2194 (vor allem sogenannter harter Drogen) ist mit dem Risiko verbunden, polizeilich erfasst zu werden. Die
2195 derzeitige Kriminalisierung von Rauschmittel konsumierenden Menschen schafft durch die Zerstörung
2196 von Lebensläufen, Vertrauensverhältnissen, Freundschaften und Familien mehr Probleme, als sie vorgibt
2197 zu lösen.

2198 Eine Drogenpolitik, die den Vorgaben von Vernunft und Humanität folgen will, wird für Menschen mit
2199 problematischen Konsummern letztendlich nur durch eine enge Verbindung von Vorsorge durch
2200 sachgerechte Aufklärung, ausstiegsorientierten Hilfen, Drogensatzstoffen und weiteren
2201 Gesundheitshilfen für Schwerstabhängige erfolgreich sein. Um die Kriminalisierung von
2202 Drogenkonsumentinnen und -konsumenten zu beenden, treten wir für eine Änderung des
2203 Betäubungsmittelrechts im Sinne einer deutlichen Liberalisierung ein. Unser Ziel ist ein humanes und
2204 fachlich überzeugendes Konzept, welches abhängigen Betroffenen eine grundsätzliche Perspektive für
2205 den Ausstieg aus der Sucht ermöglicht.

2206 Nicht zuletzt halten wir die Einteilung in „legale“ und „illegale“ Substanzen für willkürlich.
2207 Illegalisierung verursacht Beschaffungskriminalität und ermöglicht den Umlauf „gepanschter“ und
2208 hochgefährlicher Substanzen. Im Zuge umfassender Information und Aufklärung streben wir eine
2209 Neubewertung dieser Kategorien an. Die Legalisierung von Cannabis soll ein erster Schritt sein.

2210 Auch das Fahrerlaubnisrecht (Die Fahrerlaubnisverordnung - FeV) darf von den zuständigen Behörden
2211 nicht länger als „Ersatzstrafrecht“ missbraucht werden, indem Cannabisnutzern die Fähigkeit zum Führen
2212 eines Pkws abgesprochen wird (Konsequenz: Führerscheinentzug), ohne dass die Betroffenen
2213 ‚berauscht‘ am Straßenverkehr teilgenommen haben.

2214 **DIE LINKE. NRW tritt deshalb ein für:**

2215 ▪ Ein „Recht auf Rausch“ als Bestandteil der freien Entfaltung der Persönlichkeit und dem Recht,
2216 selbstbestimmt zu leben;

- 2217 ▪ Objektive und differenzierte Aufklärung über Wirkungsweise von Rausch- und Genussmitteln
2218 und mögliche Folgen ihres Konsums, auch des weit verbreiteten Alkohol- und
2219 Medikamentenkonsums;
- 2220 ▪ Einführung einer Unterrichtseinheit Genuss- und Rauschmittelkunde an den nordrhein-
2221 westfälischen Schulen als Teil einer glaubhaften Prävention durch objektive und differenzierte
2222 Aufklärung;
- 2223 ▪ Eine rationale und humane Drogenpolitik sowie eine Liberalisierung des Betäubungsmittelrechts;
- 2224 ▪ Die Regulierung des derzeitigen völlig »freien« Drogenmarktes durch eine Bundesratsinitiative
2225 oder ein nordrhein-westfälisches Modellprojekt für Cannabis, welches den Besitz, Erwerb, Anbau
2226 und Handel unter Berücksichtigung des Jugendschutzes legalisiert; als ersten Schritt in Richtung
2227 Legalisierung sollte es jedem Erwachsenen erlaubt sein, straffrei bis zu fünf weibliche
2228 Cannabispflanzen für seinen privaten Gebrauch anzubauen;
- 2229 ▪ Eine Rücknahme des Runderlasses zur Anwendung des §31a Abs.1 BtMG und eine liberale
2230 Auslegung dieses Paragraphen im Sinne der repressionsfreien, niedrigrschwelligen und
2231 akzeptanzorientierten Drogen- und Jugendarbeit ohne gerichtliche Auflagen;
- 2232 ▪ Die Einrichtung von Druckräumen mit hygienischen Bedingungen für Abhängige harter Drogen
2233 und ihre Anbindung an Betreuungsangebote;
- 2234 ▪ Mehr und bessere Projekte der Therapie- und Nachsorge; dazu gehören insbesondere Hilfe zur
2235 Selbsthilfe, Rechts- und Sozialberatung sowie Hilfe zur Reintegration in Beruf oder Ausbildung;
- 2236 ▪ Flächendeckende Regelversorgung mit Diamorphin (synthetisch hergestelltes Heroin) bei der
2237 Behandlung so genannter Schwerstabhängiger;
- 2238 ▪ Ausreichende und bedarfsorientierte psychosoziale Begleitung und Betreuung von
2239 Rauschmittelabhängigen auf freiwilliger Behandlungsgrundlage;
- 2240 ▪ Finanzierung von zielgruppenspezifischen Beratungs- und Betreuungsangeboten, wie z.B.
2241 Belladonna, die Landesfachstelle Frauen und Sucht, die seit 2007 nicht mehr vom Land finanziert
2242 wird;
- 2243 ▪ Nachvollziehbare THC-Grenzwerte auf wissenschaftlich gesicherter Grundlage für die Teilnahme
2244 am Straßenverkehr bei Cannabiskonsum, ähnlich der Promille-Regelung bei Alkohol, festlegen.

2245 **11. Aktive Demokratie verwirklichen – gemeinsam Politik von unten machen**

2246 DIE LINKE. NRW versteht sich nicht als Partei, die klassische Stellvertretungspolitik im Parlament
2247 machen will. Für uns ist klar, dass linke und soziale Kräfte im Parlament eine starke soziale Bewegung
2248 und den Druck der Bevölkerung brauchen, um erfolgreich einen Politikwechsel einläuten zu können.
2249 Demokratie und Mitbestimmung dürfen sich nicht in Parlamentswahlen erschöpfen.

2250 DIE LINKE. NRW möchte die Demokratie demokratisieren. Sie will Menschen ermutigen, selber
2251 Entscheidungen zu treffen, Politik vor Ort und politische Initiativen zu entwickeln, um ihr Lebensumfeld
2252 nach ihren Bedürfnissen zu gestalten. Hierfür ist direkte Demokratie, also die Beteiligung über
2253 Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide, ein wichtiges Instrument, das in NRW stark
2254 verbesserungswürdig ist.

2255 In NRW fand das letzte Volksbegehren 1978 statt. Abgesehen vom Referendum über die
2256 Landesverfassung im Jahr 1951 kam es in NRW noch nie zu einem Volksentscheid. Von 1946 bis Ende
2257 2008 fanden insgesamt 266 Volksinitiativen und Volksbegehren sowie 15 Volksentscheide in den
2258 deutschen Bundesländern statt. In NRW gab es bisher neun Volksinitiativen und zwei Volksbegehren. In
2259 NRW verhindern hohe Hürden eine lebendige Praxis der direkten Demokratie auf Landesebene.

2260 Schon die Volksinitiative ist schwierig auf den Weg zu bringen. So müssen zwar für eine Volksinitiative
2261 nur 0,5 Prozent der Stimmberechtigten unterschreiben, für NRW sind dies aber mehr als 66 000 Stimmen.
2262 Dazu dürfen diese Unterschriften nur von „Berechtigten“ gesammelt werden. Wenn diese Volksinitiative
2263 dann den Landtag erreicht und von ihm abgelehnt wird, läuft sie zunächst ins Leere, bleibt folgenlos. Erst
2264 wenn erneut 3000 Leute unterschrieben haben, kann daraus ein Volksbegehren gestartet werden.

2265 Vor einem Volksentscheid muss zunächst ein erfolgreiches Volksbegehren durchgeführt werden.
2266 Innerhalb von acht Wochen müssen sich 8 Prozent der Wahlberechtigten für die Durchführung eines
2267 Volksentscheides aussprechen, das entspricht ungefähr einer Million Wahlberechtigter. Dafür müssen
2268 sich die Bürgerinnen und Bürger in den Rathäusern und anderen Amtsgebäuden in Listen eintragen,
2269 Unterschriftensammlungen in der Öffentlichkeit sind also nicht möglich. Für Menschen mit
2270 eingeschränkter Mobilität oder solche, die die Öffnungszeiten von Ämtern nicht wahrnehmen können, ist
2271 eine Stimmabgabe enorm erschwert.

2272 Ein Volksentscheid muss ein Quorum von 15 Prozent Zustimmung unter den Wahlberechtigten erreichen.
2273 Wenn weniger mit „Ja“ gestimmt haben, ist der Volksentscheid gescheitert, egal wie die Mehrheiten sind.
2274 Das entspricht in NRW fast 2 Millionen Wahlberechtigten. Unabhängige, finanz- und mitgliederschwache
2275 Initiativen haben nur ganz geringe Aussichten, so viele Menschen zu erreichen und zur Teilnahme an
2276 einer Abstimmung zu bewegen. Quoren schrecken Menschen häufig von einer Beteiligung an der
2277 Abstimmung ab. Vor allem die Gegner eines Entscheids bleiben der Abstimmung meist fern und
2278 spekulieren darauf, dass das Quorum nicht erreicht wird.

2279 Bei Bürgerbegehren und -entscheid sind die Hürden sogar noch höher: in Gemeinden müssen je nach
2280 Größe 3-10 Prozent einem Begehren zustimmen, in Kreisen 3-5 Prozent der Wahlberechtigten. Auch
2281 beim Bürgerentscheid muss nicht nur eine Mehrheit der Abstimmenden zustimmen, diese müssen
2282 gleichzeitig 20 Prozent der Stimmberechtigten ausmachen.

2283 Die zahlreichen, teilweise unsinnigen und kaum überwindbaren Hürden für Volksinitiativen, -begehren
2284 und -entscheide, sowie Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in NRW müssen abgeschafft werden.

2285 **Die LINKE. NRW fordert deshalb:**

2286 ▪ Die Volksinitiative muss automatisch zum Zulassungsantrag auf Volksbegehren werden und für
2287 Jugendliche ab 16 Jahren und Einwohnerinnen und Einwohnern ohne deutschen Pass geöffnet
2288 werden. Die Unterschriftenhürde sollte auf 30.000 Unterschriften gesenkt und oben genannte
2289 erschwerende Rechtsvorschriften gestrichen werden;

2290 ▪ Die Sammelfrist von Unterschriften für Volksbegehren soll von acht Wochen auf sechs Monate
2291 verlängert werden;

2292 ▪ Finanzwirksame Volksbegehren müssen zugelassen werden. Die Bürgerinnen und Bürger müssen
2293 aktiv mitentscheiden können, wofür in ihrem Lebensumfeld Geld ausgegeben wird und ein
2294 soziales, an ihren Bedürfnissen orientiertes NRW gestalten können;

2295 ▪ Amtseintragung abschaffen – sie verhindert direkte Demokratie; Unterschriften für
2296 Volksbegehren müssen da gesammelt werden, wo Menschen sich aufhalten und leben, nicht auf
2297 Ämtern;

2298 ▪ Die Unterschriftenhürde von Volksbegehren muss auf 2 Prozent gesenkt werden;

2299 ▪ Volksabstimmungen für Verfassungsänderungen sollen verpflichtend eingeführt werden.
2300 Bürgerinnen und Bürger müssen bei Verfassungsänderungen die letzte Entscheidung treffen
2301 dürfen;

2302 ▪ Landespolitische Neuregelung der Quoren mit dem Ziel der Absenkung und Erweiterung der
2303 Zeiträume für Unterschriftensammlungen für Bürgerbegehren und -entscheid. Bürgerentscheide
2304 sind bei Strukturentscheidungen verpflichtend einzuführen und die Beteiligung auf alle
2305 Einwohnerinnen und Einwohner, die dauerhaft in der Kommune leben, auszudehnen;

2306 ▪ Mitwirkungsrechte von Umweltverbänden und Bürgerinitiativen von müssen gestärkt werden.
2307 DIE LINKE. NRW fordert deshalb ein Verbandsklagerecht.

2308 **VII. Es ist an der Zeit – linke Politik von und für Frauen**

2309 **1. Soziale Gerechtigkeit für Männer und Frauen – feministische Politik ernst nehmen**

2310 DIE LINKE. NRW steht für eine geschlechtergerechte Gesellschaft und die konsequente Umsetzung
2311 feministischer Ansprüche – aus gutem Grund.

2312 Noch immer wird der größte Teil der Haus- und Reproduktionsarbeit von Frauen geleistet. Frauen stellen
2313 der Großteil der im Niedriglohnbereich arbeitenden Menschen dar. Sie erhalten weniger Lohn für die

2314 gleiche Arbeit wie ihre Kollegen. Klassische "Frauenberufe" werden gar insgesamt niedriger in den
2315 Lohnstufen eingeordnet. Und in den Führungsetagen in Deutschland sitzen – sogar im internationalen
2316 Vergleich – extrem wenige Frauen.

2317 Gleichzeitig kämpfen viele Frauen mit Familie mit der Doppelbelastung durch Erwerbsarbeit auf der
2318 einen und der Verantwortung für das Zuhause und Kinder auf der anderen Seite.

2319 Aber auch außerhalb der Arbeitswelt sind Frauen permanent Diskriminierungen ausgesetzt. Mädchen sind
2320 häufiger von sexuellem Missbrauch betroffen als Jungen, die Täter sind viel häufiger Männer als Frauen;
2321 Schätzungen gehen davon aus, dass jede dritte Frau in Deutschland mindestens einmal in ihrem Leben
2322 Opfer sexualisierter Gewalt geworden ist.

2323 Insbesondere lesbische Frauen sind in der Öffentlichkeit immer wieder Übergriffen und Anfeindungen
2324 ausgesetzt, und Frauen mit Migrationshintergrund stellen nicht selten das letzte Glied in der Kette der
2325 Lohnarbeitsgesellschaft dar. Sie müssen für die niedrigsten Löhne arbeiten und genießen die geringste
2326 gesellschaftliche Anerkennung.

2327 DIE LINKE. NRW setzt mit geschlechtergerechten Politiken in den eigenen Reihen an und trägt diese
2328 Politik auch nach Außen. Geschlechterpolitik wird dabei nicht als Nischenpolitik von und für Frauen
2329 betrachtet, sondern als Querschnittsaufgabe in allen Bereichen.

2330 Seitdem CDU und FDP in NRW die Fäden in der Hand haben, wurden Vorhaben zur einer
2331 geschlechtergerechten Haushaltsplanung konsequent ausgebremst und Frauenhäusern Gelder entzogen.

2332 Die LINKE. NRW steht für eine Politik, die Gewalt gegen Frauen ablehnt und die Unterstützung von
2333 Betroffenen sicherstellt.

2334 Gewalt gegen Frauen ist leider immer noch ein weit verbreitetes Phänomen. Die meisten Frauen erfahren
2335 Gewalt in den eigenen vier Wänden. Und betroffen sind immer auch vorhandene Kinder. Frauenhäuser
2336 bieten seit Mitte der 1970er Jahre einen wirksamen Schutz für Betroffene. Ihr Ansatz war seit jeher,
2337 schnell und unbürokratisch zu helfen und Frauen und Kinder aufzunehmen. Zu dieser Arbeit gehören oft
2338 auch die psychologische Beratung, Alltagshilfe und pädagogische Arbeit mit den Kindern.

2339 Unter der schwarz-gelben Regierung wurden die Gelder für die Frauenhäuser in NRW massiv gekürzt.
2340 Seit 2006 müssen die Fraueneinrichtungen mit 30 Prozent Finanzkürzungen arbeiten. Hinzu kommen eine
2341 komplizierte Abrechnungspraxis, die zeitweise unbelegte Betten nicht mehr finanziert, und die ersatzlose
2342 Streichung der Landesfachstelle zur Unterstützung der Frauenhäuser in NRW.

2343 Die dadurch gestrichene vierte Stelle in den Einrichtungen, die bisher eine weiterreichende Betreuung
2344 und Nachsorge für Frauen und Kinder sicherte, macht sich in der alltäglichen Arbeit der Häuser deutlich
2345 bemerkbar. Gruppenangebote, Kinderbetreuung, intensive Einzelfallbetreuung – all dies ist nicht mehr
2346 gewährleistet. Darüber hinaus müssen die gestiegenen Energie- und Personalkosten nun von den Häusern
2347 selbst aufgefangen werden.

2348 Für Frauen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus, Kinder und BAföG-Empfängerinnen ist die
2349 Kostenübernahme gänzlich ungeklärt.

2350 In 2006 konnten 5.000 Frauen und ebenso viele Kinder wegen mangelnder Kapazitäten nicht in den
2351 Frauenhäusern NRW aufgenommen werden.

2352 Dieser Zustand kann nicht aufrechterhalten werden! Häusliche Gewalt gegen Frauen ist kein
2353 individuelles, sondern ein gesellschaftliches Problem. Die öffentliche Hand muss ausreichend Mittel zur
2354 Verfügung stellen, um allen Betroffenen eine umfassende Hilfe und Betreuung anbieten zu können.

2355 Die Mitarbeiterinnen der Frauenhäuser brauchen zumutbare Arbeitsbedingungen. Wachsende
2356 Krankenstände aufgrund der permanenten Überlastung der Mitarbeiterinnen können nicht Ziel der
2357 Landespolitik sein.

2358 Im Zuge der Einführung des Gender Mainstreaming geraten die Stellen der Frauenbeauftragten unter
2359 wachsenden Druck. Obwohl sich die Bedingungen, aufgrund derer die Frauenbeauftragtenstellen
2360 entstanden sind, nicht wesentlich verbessert haben, sind viele nun überzeugt, es brauche keine speziellen
2361 Stellen mehr, die sich für die Belange von Frauen einsetzen. Tatsächlich sind die Machtverhältnisse in
2362 unserer Gesellschaft aber immer noch derart ungleich zwischen den Geschlechtern verteilt, dass es diese

2363 Stellen braucht – mit umfangreichen Kompetenzen und Stimmrechten. Gender Mainstreaming, als
2364 modernes Instrument zur Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit angepriesen, dient oft nur als Alibi.

2365 **DIE LINKE. NRW fordert:**

- 2366 ▪ Wiedereinrichtung der Landesfachstelle zur Unterstützung der Frauenhäuser;
- 2367 ▪ Die Sicherstellung der Finanzierung von 1228 Plätzen in den Frauenhäusern in NRW,
2368 entsprechend den Empfehlungen des Europarats, der einen Schlüssel von 1 zu 7.500 empfiehlt;
- 2369 ▪ Die Finanzierung der vierten Stelle in den Frauenhäusern;
- 2370 ▪ Zusätzliche Gelder für Gruppenangebote, intensive Einzelfallbetreuung und pädagogische Arbeit
2371 mit betroffenen Kindern;
- 2372 ▪ Eine feste Bettenfinanzierung unabhängig von aktuellen Belegzahlen und sozialem Hintergrund
2373 der Bewohnerinnen;
- 2374 ▪ Die Sicherstellung der Arbeit aller Frauenhäuser in NRW, sowie die Sicherstellung
2375 übergreifender Angebote zur Gewaltprävention;
- 2376 ▪ Die Förderung mehrsprachiger Mitarbeiterinnen für die Frauenhäuser;
- 2377 ▪ Einrichtung einer Koordinationsstelle für den Austausch von Frauenhausvertreterinnen und
2378 Vertreterinnen der Migrantinnenverbände;
- 2379 ▪ Die Erhaltung und den Ausbau von Frauenbeauftragtenstellen;
- 2380 ▪ Die Wiedereinführung der Beratungsstelle Frau und Beruf;
- 2381 ▪ Auf Landesebene muss endlich Schluss mit leeren Versprechungen sein. Alle Positionen im
2382 Zuständigkeitsbereich des Landes müssen ab sofort mit einer Quote von 50 Prozent mit Frauen
2383 besetzt werden, auf allen Ebenen.

2384 **VIII. Kein Fußbreit dem Faschismus**

2385 1945 schworen die Häftlinge des KZ Buchenwald:

2386 *„Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“*

2387 1939, vor 70 Jahren, begannen die deutschen Faschisten ihren Vernichtungskrieg, in dem zig Millionen
2388 Menschen ermordet wurden. In diesem Krieg verdienten die deutschen Konzerne riesige Profite, eine
2389 Basis für das angebliche „Wirtschaftswunder“ im westlichen Deutschland der 1950er Jahre.

2390 In Deutschland wurden zwischen 1933 und 1945 alle Menschen verfolgt, eingesperrt und ermordet, von
2391 denen auch nur angenommen wurde, dass sie sich dieser Politik der Faschisten und Konzerne widersetzen
2392 würden.

2393 1932 hatten Kommunisten vor dieser Entwicklung gewarnt. Als Hitler im Düsseldorfer *Industrieclub*
2394 erfolgreich um Gelder für seine Wahlkämpfe warb, standen sie vor dem Gebäude und riefen: „Wer Hitler
2395 wählt, wählt den Krieg“. In diesem piekfeinen Club, der nach wie vor besteht, hatten sich die Spitzen der
2396 Industrie von Rhein und Ruhr versammelt, unter der Leitung von Jost Henkel vom Henkel-Konzern. Im
2397 Haus des Bankiers Schröder in Köln wurde Anfang Januar 1933 auf einem Treffen mit Hitler seiner
2398 Kanzlerschaft zugestimmt. Jetzt war auch bereits Heinrich Himmler anwesend.

2399 Es war überall wie in Deutschland: Wo auch immer Faschisten an die Macht kamen, gelang dies mit der
2400 entscheidenden Unterstützung durch die Kapitalisten. Und jeder Faschismus verschaffte dem Kapital
2401 Profitmöglichkeiten und richtete sich gegen die Menschen, die eine Demokratisierung der Wirtschaft und
2402 damit die Entmachtung des Kapitals erkämpfen wollten. Noch kurz vor der Befreiung im Frühjahr 1945
2403 wurden im späteren NRW Menschen erschossen, von denen befürchtet wurde, dass sie die notwendigen
2404 Konsequenzen aus dem deutschen Faschismus ziehen würden.

2405 Aber kein Faschismus war so barbarisch wie der deutsche Nationalsozialismus und kein Faschismus
2406 erbrachte so riesige Profite. Alle Konzerne an Rhein und Ruhr verdienten am deutschen Angriffs- und
2407 Vernichtungskrieg. In ihren Betrieben mussten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus ganz Europa
2408 für die Profite der Konzerneigener schuften.

2409 Menschen, die als „unproduktiv“ galten, wurden als „unheilbare und erbbedingt Geisteskranke“ vergast,
2410 unter ihnen viele Kinder.

2411 Der Völkermord an den Juden, den Sinti und Roma war der bis dahin nicht vorstellbare Höhepunkt dieser
2412 Barbarei. Die Menschen wurden enteignet und dann buchstäblich bis zum letzten Rest verwertet. Die
2413 deutschen Konzerne errichteten in den KZs ihre Produktionsanlagen, in denen die Menschen bis zum Tod
2414 arbeiten mussten. Viele der „unproduktiven“ Frauen, die Kinder und die alten Menschen wurden gleich
2415 ermordet. IG Farben, ein Vorläufer des Bayer-Konzerns, baute in Auschwitz. Fritz ter Meer, einer der
2416 Hauptverantwortlichen, wurde nach 1945 Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrates der Bayer AG und saß in
2417 Düsseldorf im Aufsichtsrat der Commerzbank.

2418 Fritz ter Meer ist nur ein Beispiel für die ununterbrochene Kontinuität des Kapitalismus nach 1945. Eine
2419 solche Kontinuität ist ebenso bei den Juristen, Wissenschaftlern oder den Militärs zu finden. So wurde
2420 Otmar von Verschuer Anfang der 1950er Jahre in Münster mit einem Lehrstuhl für Humangenetik
2421 belohnt. Verschuer hatte die „Experimente“ seines Schülers Mengele in Auschwitz geleitet.

2422 Viele Abgeordnete von CDU und FDP im Landtag von NRW entstammten der NDSAP. Besonders die
2423 FDP tat sich hierbei hervor. Hier gab es enge Kontakte bis in die Spitzen des früheren SS-Apparates.

2424 Dem Kapitalismus gelang es nach 1945, in der Bundesrepublik seine Macht zu erhalten und auszubauen.
2425 Nordrhein-Westfalen wurde zu einem Zentrum dieser Macht. Die notwendige Auseinandersetzung mit
2426 dem Nationalsozialismus wurde verfälscht: Verantwortlich waren angeblich nur wenige Nazis an der
2427 Spitze. Die immanente Verbindung von Faschismus und Kapital wurde verdrängt und geleugnet.

2428 Auf diese Weise konnte zugleich der Kapitalismus gerettet und offiziell der Faschismus „bewältigt“
2429 werden. Die Kontinuität der wirtschaftlichen oder juristischen Eliten oder die Kontinuität in den
2430 Geheimdiensten garantierte aber zugleich einen institutionellen „Faschismus von oben“. Dieser war nicht
2431 auf die besonders außerhalb Deutschlands mit Misstrauen gesehenen Neonazis auf den Straßen
2432 angewiesen.

2433 Die präventive Konterrevolution besonders gegen Kommunisten und dann seit den 1960er Jahren gegen
2434 die Rebellionen in den Universitäten und auf den Straßen wurde so ermöglicht. Der deutsche Staat nach
2435 dem Nationalsozialismus zeigt sein Doppelgesicht: Distanzierung von Auschwitz, das wurde schließlich
2436 im „Ausland“ erwartet, und innen- wie außenpolitisch die Vorbereitung einer neuen Großmachtrolle.

2437 Schließlich gelang es sogar, mit dem Hinweis auf „Auschwitz“ diese Rolle zu zementieren. Da
2438 „Auschwitz“ sich nicht wiederholen dürfe, wurden auch die innenpolitischen Gegner von links mit dem
2439 Verdikt eines „gefährlichen Extremismus“ belegt, der gerade wegen der „deutschen Vergangenheit“ zu
2440 bekämpfen sei.

2441 **1. Nie wieder Faschismus – für antifaschistische Politik und Aufklärungsarbeit**

2442 Deutschland führt seit 1999 wieder Kriege. Der damalige Außenminister begründete diesen Wiedereintritt
2443 Deutschlands in die kriegführenden Großmächte mit „Auschwitz“, das überall zu verhindern sei.

2444 Diese Kriege heißen jetzt „Friedensmaßnahmen“. Deutschland zählt wieder „Gefallene“. Die
2445 Bundeskanzlerin verleiht „für besondere Tapferkeit“ das „Eichenlaub“, wie es schon vor 1945 verliehen
2446 wurde. Die Rüstung verzeichnet auch in der Krise steigende Profite. Und die Kriege dienen dem
2447 deutschen Kapital und seinen Rohstoffinteressen.

2448 Die Gesellschaft wird militarisiert. Vor Arbeitslosenzentren und in Schulen werden Soldaten und
2449 Soldatinnen geworben. Die angeblich äußere Bedrohung dient einem ständig ausgebauten
2450 Überwachungsapparat im Inneren.

2451 In NRW können weltweit agierende Rüstungskonzerne wie „Rheinmetall“ oder „Thyssen-Krupp“
2452 ungestört ihre tödlichen Geschäfte treiben, wie sie schon vor 1945 die Mordinstrumente des
2453 Vernichtungskriegs produziert hatten. Von Geilenkirchen aus starten Überwachungsflugzeuge der NATO,
2454 die auch im Nahen Osten eingesetzt werden. Und immer noch gibt es in NRW eine
2455 „Generalfeldmarschall Rommel Kaserne“. Dabei hat nur die Niederlage dieses Militaristen in Afrika die
2456 Juden in Palästina davor bewahrt, nach Auschwitz deportiert zu werden.

2457 In der jetzigen Wirtschaftskrise des Kapitalismus werden die „deutschen Interessen“ betont. Diese
2458 Interessen sind ein Propagandainstrument. Es geht in Wahrheit um die Interessen des Kapitals. Aber das

2459 Gerede von „deutschen Interessen“ dient dazu, einen Nationalismus wieder hoffähig zu machen, der sich
2460 auch gegen Migrantinnen und Migranten und Asylsuchende richtet.

2461 Es ist nur folgerichtig, dass Neonazis verstärkt in NRW Menschen angreifen, auf der Straße
2462 demonstrieren und um Anhänger werben können.

2463 In der Wirtschaftskrise gewinnen die Faschisten Anhänger, denen ein Ausweg vorgespiegelt wird. Der
2464 Faschismus war aber immer nur die barbarische Antwort des Kapitals auf seine Krisen.

2465 Rassismus wird wieder zu einem Ticket, mit dem angeblich soziale Probleme gelöst werden können.
2466 Neonazis propagieren einen „nationalen Sozialismus“: Wenn angebliche „deutsche Interessen“ Vorrang
2467 haben und nur „Deutsche“ davon profitieren, dann sei die Krise überwunden.

2468 Neofaschistische und rassistische Organisationen versuchen flächendeckend in NRW Fuß zu fassen.
2469 Rassistische Einstellungen zeigen sich im Denken und Handeln beachtlicher Teile der Bevölkerung, bis
2470 tief in die Mitte der Gesellschaft. Entsprechend hängt sich faschistische und rassistische Propaganda in
2471 den letzten Jahren immer stärker an politische Kampagnen der bürgerlichen Mitte an. Noch vor wenigen
2472 Jahren prägte der heutige Ministerpräsident Jürgen Rüttgers den Slogan „Kinder statt Inder“, mit dem er
2473 gegen die Anwerbung ausländischer IT-Fachkräfte polemisierte und bei seiner Wahlklientel punkten
2474 konnte. Im Bundestagswahlkampf 2009 hetzte Rüttgers dann gegen die Rumänen, die angeblich zur
2475 Arbeit „kommen und gehen, wann sie wollen“ und „nicht wissen, was sie tun“.

2476 Mit Kampagnen gegen „Islamisierung und Moscheebauten“ bedient die rechte Bürgerbewegung Pro
2477 NRW Ängste und Vorurteile, die sich in weiten Teilen der Bevölkerung finden und auch von den großen
2478 Medien widerspiegelt werden. Die NPD, aber vor allem so genannte Autonome Nationalisten und Freie
2479 Kameradschaften versuchen, auf den Straßen öffentlichen Raum zu erobern und finden dabei oft genug
2480 die Unterstützung der Gerichte. Nahezu jedes Wochenende marschieren sie in einer Stadt in NRW und
2481 verbreiten ihre rassistische Propaganda. Moscheen und Synagogen werden mit braunen Parolen
2482 beschmiert, Religionsfreiheit mit Füßen getreten

2483 Neonazis stellen für viele Menschen auch in NRW eine konkrete Bedrohung dar, seien es Migranten und
2484 Migrantinnen, Schwule und Lesben, Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen, Antifaschistinnen und
2485 Antifaschisten oder andere ihnen missliebige Menschen. Durch gezielten Terror versuchen sie, politische
2486 Gegner einzuschüchtern und „national befreite“ Zonen zu schaffen.

2487 Sie veranstalten Feste und Konzerte, verteilen rassistische und volksverhetzende Musik-CDs in und vor
2488 Schulen. Besonders Jugendliche gehören zur erklärten Zielgruppe der Neonazis. Ausdrücklich haben sie
2489 den „Kampf um die Köpfe“ proklamiert.

2490 Organisierte Neonazis sind auch in der „feinen Gesellschaft“ zu finden: An den Universitäten in rechten
2491 Studentenverbindungen und Burschenschaften

2492 Neonazis sind dem Kapital nützlich, besonders jetzt in der Wirtschaftskrise.

2493 Neonazis verfolgen und ermorden Menschen, die auch vom Kapital nicht geliebt werden. Neonazis
2494 verhindern, dass ihre Anhänger die wirklichen systemimmanenten Ursachen der Wirtschaftskrise
2495 erkennen. Schon deshalb wird die NPD nicht verboten. Und es wird nicht offengelegt, was die
2496 Verfassungsschutzagenten in der NPD treiben, inwieweit sie nicht selbst für den Rassismus dieser Partei
2497 mitverantwortlich sind

2498 Mit ihrer Sündenbockpolitik gegen Migranten und Flüchtlinge folgen Neofaschisten und
2499 Neofaschistinnen Vorgaben aus der Mitte der Gesellschaft: Institutioneller Rassismus wie die
2500 Abschiebepolitik der Behörden verstärken Nationalismus, Diskriminierung und Ausgrenzung.

2501 Die oft benutzten Erklärungsmuster, nach denen Neofaschisten und -faschistinnen als „haltlose“
2502 Jugendliche beschrieben werden, verharmlosen die Gefahr. Das vielerorts praktizierte Ignorieren ist
2503 ebenso wenig hilfreich wie der Verweis auf „Aussteigerprogramme“. Neonazismus ist kein
2504 Drogenproblem. Um ihm entgegen zu treten, bedarf es des entschlossenen und kontinuierlichen
2505 Widerstands.

2506 Die Symbolpolitik der bürgerlichen Parteien statt einer echten Integrationspolitik in NRW sowie der
2507 Ausschluss von Migrantinnen und Migranten aus der Politik fördern fremdenfeindliche Tendenzen. Die
2508 scheinheilige Politik der Landesregierung, gegen Neofaschismus vorgehen zu wollen und dies in der

2509 Öffentlichkeit zu propagieren, in Wirklichkeit aber Kürzungen bei der Integrationspolitik zu forcieren,
2510 behindert jegliche antifaschistische Arbeit.

2511 **DIE LINKE. NRW wartet deshalb nicht auf ein Verbot der NPD. Sie setzt sich aktiv dafür ein, dass**
2512 **Neonazis buchstäblich keinen Raum mehr in den Köpfen, auf den Straßen, in den Parlamenten**
2513 **haben. Sie leistet aktiven Widerstand – in Netzwerken und sozialen Bewegungen, Gewerkschaften**
2514 **und demokratischen Parteien.**

2515 **DIE LINKE. NRW fordert:**

- 2516 ▪ Die Unterbindung neofaschistischer Aktivitäten unter Nutzung aller rechtlichen Mittel;
- 2517 ▪ Aufklärung über den historischen Faschismus, vor allem über die Rolle des Kapitals und die
2518 Kontinuitäten nach 1945 und Förderung antifaschistischer Gedenkstättenarbeit wie beispielsweise
2519 bei dem Projekt „Blumen für Stukenbrock“ oder bei den „Stolpersteinen“;
- 2520 ▪ Die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für Bildungs- und Aufklärungsarbeit gegen
2521 Neofaschismus. Die Förderung (inter)kultureller und jugendpolitischer Arbeit gegen Rechts;
- 2522 ▪ Ausbau unabhängiger Beratungsstellen, wie z.B. dem Informations- und Dokumentationszentrum
2523 (IDA NRW) auf Landesebene;
- 2524 ▪ finanzielle Unterstützung von kommunalen Projekten gegen Rechts und Förderung von mobilen
2525 Beratungsteams gegen Rassismus und Neofaschismus;
- 2526 ▪ DIE LINKE. NRW kämpft gegen die Militarisierung der Gesellschaft: Krieg bedeutet immer
2527 Nationalismus und Menschenfeindlichkeit;
- 2528 ▪ DIE LINKE. NRW tritt für die Menschenrechte ein, gegen Verfolgungen durch Neonazis und
2529 gegen staatlich organisierte Diskriminierungen und Abschiebungen: Dies ist aktiver
2530 Antirassismus;
- 2531 ▪ DIE LINKE. NRW kämpft gegen den „Rassismus von oben“. Gewalt geht vor allem von den
2532 Institutionen aus, gegen Asylbewerber, gegen Menschen ohne Lohnarbeit oder unter
2533 unzumutbaren Lebens- und Arbeitsbedingungen, gegen Menschen in den postkolonialen Ländern,
2534 die sich gegen den ökonomischen Imperialismus wehren: Das Ausbeutungssystem des
2535 Kapitalismus bedeutet weltweite alltägliche Gewalt gegen die abhängig Beschäftigten;
- 2536 ▪ DIE LINKE. NRW klärt über die Mechanismen des Kapitalismus auf: Nur so kann sie die
2537 Menschen überzeugen, dass Rassismus keine Antwort ist;
- 2538 ▪ Die LINKE. NRW kämpft, weil sie antifaschistisch ist, für eine auch wirtschaftliche
2539 Demokratisierung der Gesellschaft, das heißt für eine Überwindung des Kapitalismus.

2540 **IX. Konsequenz gegen Krieg**

2541 **1. Zivilgesellschaft stärken - Keine Bundeswehr im Inneren**

2542 DIE LINKE. NRW bekämpft den Krieg und lehnt Einsätze der Bundeswehr im Inneren ab. Die
2543 Bundeswehr darf nicht als „Hilfspolizei“ eingesetzt werden. Aufgaben von Militär und Polizei sowie
2544 Militär und zivilem Katastrophenschutz sind strikt zu trennen. Diese Verfassungsbestimmungen werden
2545 seit Jahren unterlaufen. Schleichend, aber kontinuierlich soll die Präsenz der Bundeswehr im Inneren
2546 wieder zum Alltag werden.

2547 Ein Einfallstor dafür ist die so genannte Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ).

2548 Seit Januar 2007 baut die Bundeswehr flächendeckend kleine Kommandos von Reservisten auf – allein
2549 fünf Bezirksverbindungskommandos und 54 Kreisverbindungskommandos in NRW. Sie sind zuständig
2550 für die ZMZ auf der Ebene von Regierungsbezirken beziehungsweise Kreisen und kreisfreien Städten.
2551 Angeblich geht es dabei um die Unterstützung von zivilen Behörden bei Katastrophen. Tatsächlich
2552 werden der zivile Katastrophenschutz und der militärische Zivilschutz, der für den Kriegsfall gedacht
2553 war, zusammengelegt. Im Klartext heißt das: das Militär ist dauerhaft in Katastrophenschutzstäben in
2554 örtlichen und regionalen zivilen Verwaltungen eingebunden. Die Militärkommandos üben beständig mit
2555 zivilen Stellen, sammeln Kenntnisse und Informationen, haben Verbindungsbüros in Rathäusern und
2556 Landratsämtern. Offiziere bekommen maßgeblichen Einfluss auf Katastrophenschutzpläne und

2557 bestimmen mit, was Gefährdungen sind. Aus der verfassungsrechtlichen Ausnahme droht der
2558 Normalzustand zu werden.

2559 **DIE LINKE.** NRW lehnt die Zivil-Militärische Zusammenarbeit entschieden ab.

2560 Der zivile Katastrophenschutz wird kaputt gespart und seine Handlungsfähigkeit gefährdet: Länder und
2561 Kommunen sparen beim technischen Hilfswerk (THW) ein, in der Hoffnung auf die
2562 Bundeswehriinfrastruktur. Für diese haben aber Auslandseinsätze den absoluten Vorrang. Nur wenn
2563 darüber hinaus finanzielle Mittel und Kapazitäten vorhanden sind, stehen sie für zivile Zwecke im Inland
2564 zur Verfügung.

2565 Auf dieser Grundlage lässt sich keine verlässliche Planung für zivilen Katastrophenschutz entwickeln.
2566 Schon seit Jahren schiebt der zivile Katastrophenschutz einen großen Erneuerungsbedarf vor sich her. Als
2567 bei der Fußballweltmeisterschaft der Herren 2006 jedes Stadion auch mit Fahrzeugen zur Erkennung von
2568 biologischen und chemischen Stoffen ausgerüstet werden sollte, standen dem zivilen Katastrophenschutz
2569 dafür nicht genügend Fahrzeuge zur Verfügung – es musste auf Fahrzeuge der Bundeswehr
2570 zurückgegriffen werden. Dies war eine willkommene Gelegenheit zur Akzeptanzbeschaffung.

2571 Der Einsatz der Bundeswehr im Innern soll nach dem Willen aller übrigen Parteien der Normalfall
2572 werden. Konzepte, Soldaten zur Sicherung von öffentlichen Gebäuden oder zur Aufrechterhaltung von
2573 Ruhe und Ordnung bei Demonstrationen einzusetzen, liegen bereits in den Schubladen der
2574 Regierungsfractionen im Bund. Auch die NRW-CDU fordert seit längerem den Einsatz der Bundeswehr
2575 im Inneren zur „Terrorabwehr“.

2576 Die LINKE. NRW lehnt außerdem die Anwerbeversuche der Bundeswehr in Schulen, Berufskollegien
2577 und Arbeitsämtern entschieden ab. Momentan sind Offiziere regelmäßige Gäste in
2578 Berufsorientierungswochen an Schulen; in den ARGEen warten sie auf Hartz IV Empfänger und -
2579 Empfängerinnen unter 25. Die Bundeswehr nutzt an dieser Stelle die Perspektivlosigkeit, die
2580 Zukunftsangst und die Armut vieler junger Menschen für ihre Rekrutierungspolitik aus.

2581 **DIE LINKE. NRW fordert:**

2582 ▪ Die Institutionalisierung der ZMZ zu beenden: die Landesregierung muss ihre Kooperation mit
2583 dem Landeskommmando der Bundeswehr beenden;

2584 ▪ Statt der Bundeswehr den Zugang in die zivilen Verwaltungen zu gewähren, ist der zivile
2585 Katastrophenschutz auf allen Ebenen zu erhalten und zu stärken: bessere Ausstattung mit
2586 Personal, Infrastruktur und Finanzen ist unabdingbar. Die Mittel können unter anderem aus dem
2587 Etat der Bundeswehr bereitgestellt werden. Entsprechende Initiativen sollen im Bundesrat
2588 entwickelt werden;

2589 ▪ Keine Inlandseinsätze der Bundeswehr. Wir wehren uns gegen den Einsatz von Soldaten bei
2590 Demonstrationen, Fußballspielen und Großveranstaltungen. Die Vermischung der
2591 Zuständigkeiten von Polizei und Militär stellt einen eklatanten Verfassungsbruch dar;

2592 ▪ Die NRW-Landesregierung muss sich im Bundesrat gegen Grundgesetzänderungen zur
2593 Militarisierung zur Wehr setzen und auch die schleichende Militarisierung in NRW muss
2594 gestoppt werden;

2595 ▪ Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr sofort aufzukündigen: Die Bundeswehr hat in
2596 den Schulen und Ämtern genauso wenig verloren, wie auf unseren Straßen und Plätzen;

2597 ▪ Demilitarisierung der Wirtschaftsförderung: keine Subventionen und Fördergelder an Firmen und
2598 Konzerne in NRW, die an Rüstungsforschung und Herstellung von Rüstungsgütern und
2599 Kampfstoffen beteiligt sind;

2600 ▪ Die Einrichtung eines Beirates für Konversion: dort beraten Vertreterinnen und Vertreter der
2601 Wissenschaft, der Gewerkschaften, aus Städten und Gemeinden, ggf. regionalen Unternehmen
2602 über die Entwicklung von Regionen, die von sinkenden Rüstungsausgaben betroffen sind. DIE
2603 LINKE. NRW fordert Planungen für die Nutzung von Flächen und Gebäuden, die heute noch von
2604 Bundeswehr und NATO-Verbänden genutzt werden.